

Schleswig-Holsteinischer Landtag

14. Wahlperiode

Plenarprotokoll

39. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 24. September 1997

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung4
des Haushaltsgesetzes 1997**

Dringlichkeitsvorlage der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1007

**b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung
des Haushaltsbegleitgesetzes 1997**

Dringlichkeitsvorlage der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1008

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als
Punkte 5 a) und 5 b) in die
Tagesordnung eingereiht

**a) Befreiung von Mitarbeitern der Landesbank..5
Schleswig-Holstein von der gesetzlichen
Rentenversicherung**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1005

**b) Maßnahmen zur Sicherung einer solidarischen
Rentenversicherung**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1009

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als
Punkte 1 a) und 1 b) in die
Tagesordnung eingereiht

Gemeinsame Beratung6

**a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Änderung des Haushaltsgesetzes 1997**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1007

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes 1997

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1008

Günter Neugebauer (SPD)

Beschluß: Überweisung an den
Finanzausschuß

Gemeinsame Beratung.....7

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltsbegleitgesetzes 1998 (Haushaltsbegleitgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/850

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/942

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/977

d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997 bis 2001

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/871

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Martin Kayenburg (CDU)

Ute Erdsiek-Rave (SPD)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Thomas Stritzl (CDU)

Günter Neugebauer (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Beschlüsse:

1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/850 und des Berichts Drucksache 14/871 an den Finanzausschuß und alle übrigen Ausschüsse
2. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/942 an den Finanzausschuß
3. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/977 an den Innen- und Rechtsausschuß

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes78 zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 14/981

Klaus Schlie (CDU)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den
Sonderausschuß
„Verfassungsreform“

Umsetzung im Stiftungsrat der85 Kulturstiftung

Wahlvorschlag der Fraktion der SPDDrucksache 14/950

Beschluß: Annahme

Vertretung des Landes Schleswig-Holstein85 im Ausschuß der Regionen

Wahlvorschlag der Fraktion der SPDDrucksache 14/951

Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 14/963

Wahlvorschlag der Fraktion der CDUDrucksache 14/982

Beschluß: Annahme

Bericht über die Unterrichtssituation an85 den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Schuljahr 1996/97

Bericht der Landesregierung Drucksache 14/701

Bericht und Beschlußempfehlung des
Bildungsausschusses Drucksache 14/937

Dr. Ulf von Hiemcrone (SPD)

Beschluß: Kenntnisnahme

Sicherung der Jugendaufbauwerke85

Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/758
Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses Drucksache 14/952

Gudrun Hunecke (CDU)

Beschluß: Annahme

**Lage der Polizei und innere Sicherheit86
in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage
der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/456
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses Drucksache 14/969

Heinz Maurus (CDU)

Beschluß: Kenntnisnahme

**Fahndungskapazitäten der Polizei in86
Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/659
Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses Drucksache 14/970

Heinz Maurus (CDU)

Beschluß: Für erledigt erklärt

Technologietransfer in Schleswig-Holstein.....86

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/516
Bericht und Beschlußempfehlung des
Wirtschaftsausschusses Drucksache 14/972

Uwe Eichelberg (CDU)

Beschluß: Annahme

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend,
Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen
und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft,
Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume,
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit
und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 16. Tagung
des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist
ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Walhorn und
weiterhin Herr Gerckens. Wir wünschen beiden gute
Genesung.

(Beifall)

Aus dienstlichen Gründen ist Herr Minister Walter
beurlaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie,
sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 13. September 1997 - vor nunmehr elf Tagen -
ist ein Flugzeug der Bundeswehr mit einem Flugzeug
der amerikanischen Luftwaffe vor der namibischen
Küste kollidiert und abgestürzt.

Eine Hoffnung, Überlebende dieses tragischen
Unglücks zu finden, gibt es nicht mehr. Betroffen sind
24 Insassen des deutschen Flugzeuges - unter ihnen

sechs Soldaten des Marinestandorts Flensburg. Alle Mitfliegenden der beiden Flugzeuge sind tödlich verunglückt. Ich werde morgen für den Landtag an der offiziellen Trauerfeier in Köln teilnehmen.

Wir trauern um alle Toten. Unser Mitgefühl gilt den Angehörigen und den Hinterbliebenen.

Sie haben sich zu Ehren der Toten erhoben; ich danke Ihnen.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben zwei Gesetzentwürfe zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1997 und zur Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes 1997 als Dringlichkeitsvorlagen gemäß § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung eingereicht.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1997

Dringlichkeitsvorlage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1007

und

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes 1997

Dringlichkeitsvorlage der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1008

Das Wort zur Begründung der Dringlichkeit wird nicht gewünscht.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Abgeordneter Neugebauer, wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht oder nicht?

(Günter Neugebauer [SPD]: Wenn wir uns in der Sache einig sind, brauchen wir das Wort zur Begründung nicht!)

- Ja, das werden wir bei der Abstimmung sehen. Das Wort zur Begründung wird also nicht ausdrücklich gewünscht.

Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Dann werde ich über die Dringlichkeit dieser beiden Gesetzentwürfe abstimmen lassen. Ich weise auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin. Eine Zweidrittelmehrheit der

abgegebenen Stimmen ist zur Bejahung der Dringlichkeit erforderlich.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, die Gesetzentwürfe als Punkt 5 a) und b) in die Tagesordnung einzureihen und vor der gemeinsamen Beratung der Tagesordnungspunkte 2, 3, 4 und 21 gleich als ersten Punkt der Tagesordnung aufzurufen. - Vielleicht kommen wir mit Beiträgen von fünf Minuten Länge oder sogar mit noch kürzerer Redezeit aus? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die Fraktion der F.D.P. sowie die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben weitere Dringlichkeitsanträge eingereicht.

Befreiung von Mitarbeitern der Landesbank Schleswig-Holstein von der gesetzlichen Rentenversicherung

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1005

und

Maßnahmen zur Sicherung einer solidarischen Rentenversicherung

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1009

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen thematisch überlappenden Dringlichkeitsantrag eingebracht haben,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Thematisch was?)

- einen thematisch überlappenden Antrag eingebracht haben, gehe ich davon aus, daß das Haus die Dringlichkeit beider Anträge bejahen wird. Deshalb will ich mich auf ganz kurze Ausführungen beschränken.

Am Donnerstag letzter Woche überraschte uns die Landesbank mit der Information, daß ein wesentlicher Teil ihrer Mitarbeiter von der Möglichkeit Gebrauch machen wolle, aus der gesetzlichen Rentenversicherung auszuscheiden. Die Antragsfristen waren bereits abgelaufen. Seitdem ist parlamentarische Hektik ausgebrochen. Dem Thema auch angemessen, haben die beiden Mitglieder des Landesbankbeirates, Herr Kollege Hay und Frau Kollegin Heinold, eine Sondersitzung des Landesbankbeirates gefordert. Die Ministerpräsidentin hat sich am 23. September dieses Jahres mit zwei Presseerklärungen - mit einer alten und einer neuen Fassung - zu Wort gemeldet und erklärt, sie wolle nun gesetzgeberisch tätig werden.

Meiner Meinung nach sollte der Schleswig-Holsteinische Landtag Gelegenheit nehmen, in der aktuellen Plenartagung zu diesem Thema Stellung zu nehmen und seine Willensbildung zum Ausdruck zu bringen, wie sich die Landesregierung in dieser Frage künftig verhalten soll.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Begründung der Dringlichkeit? - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Dringlichkeit der Anträge abstimmen. Auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung weise ich erneut hin.

Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch in diesem Fall die Dringlichkeit bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, die Anträge als Punkt 1 a und 1 b in die Tagesordnung einzureihen und sie nach der Fragestunde zu behandeln. Ich habe mich mit den Fraktionen dahin verständigt, in Abänderung der bisherigen Ablaufplanung die Fragestunde erst am Donnerstag morgen um 10:00 Uhr stattfinden zu lassen. Die soeben angenommenen Anträge 1 a) und 1 b) würden dann im Anschluß an die Fragestunde zur Behandlung aufgerufen werden. Wenn längere Redezeiten als jeweils Fünf-Minuten-Beiträge für erforderlich gehalten werden, dann bitte ich, dies unter den Parlamentarischen Geschäftsführern abzustimmen und mir mitzuteilen. - Widerspruch höre ich nicht. - Dann werden wir so verfahren.

Den die Tätigkeit des Eingabenausschusses betreffenden Tagesordnungspunkt 23 werden wir am Donnerstag vormittag im Anschluß daran behandeln.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 9, 10, 24, 25 sowie 30 bis 32 ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4 und 21 - Haushaltsbegleitgesetz 1998, Änderung des Investitionsbank- und des Sparkassengesetzes und Finanzplan - sowie die Punkte 16 und 20 - Bundesgrenzschutz-Standorte.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Punkte 12, 22 und 33.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat mitgeteilt, daß sie ihren Antrag zur Novellierung des Atomgesetzes - das ist der Tagesordnungspunkt 15 - zurückzieht.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 16. Tagung.

Auch hierzu ist noch eine Änderung mitzuteilen. Der Tagesordnungspunkt 6, Umsetzung einer nachhaltigen ökologischen Waldentwicklung in Schleswig-Holstein, soll nicht heute, sondern erst am Freitag behandelt werden. Stattdessen rufe ich heute die Tagesordnungspunkte 17, Resolution zur Nicht-Impfpolitik der Europäischen Union, und 18, Zukünftige Organisationsstruktur der schleswig-holsteinischen Landesmuseen in Schleswig, zu einem Zeitpunkt auf, über den sich die Fraktionen noch verständigen werden.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18:00 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Auf unserer Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer der Bruno-Lorenzen-Schule in Schleswig. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt auf die Tagesordnungspunkte 5 a) und 5 b) zur gemeinsamen Beratung.

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 1997

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1007

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache
14/1008

Das Wort zur Begründung hat der Herr Abgeordnete
Neugebauer.

(Günter Neugebauer [SPD]: Was?)

Herr Abgeordneter, ich habe eben die
Tagesordnungspunkte 5 a) und 5 b) aufgerufen.

(Günter Neugebauer [SPD]:
Entschuldigung, ich war abgelenkt!)

- Ich habe die Tagesordnungspunkte 5 a) und 5 b)
aufgerufen. Das sind die beiden beschlossenen
Dringlichkeitsvorlagen. Wenn Sie nun „auf dem
Dampfer“ sind, sollten Sie bitte nach vorn kommen.

(Heiterkeit und Beifall - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja frech!)

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, daß ich
mich selbst von diesen wichtigen Punkten abgelenkt
habe.

(Zurufe: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren, in der August-Tagung des
Landtages haben wir im Rahmen der Beratung des
Haushaltbegleitgesetzes 1997 unter anderem den
Verkauf von Darlehensforderungen des Landes an
die Investitionsbank beschlossen. Im Rahmen der
Beratungen im Finanzausschuß sind Zweifel darüber
aufgetaucht, ob die dabei gefundenen Formulierungen
zweifelsfrei und damit rechtsklar seien. Dank der
Initiative des Kollegen Kubicki - das will ich
ausdrücklich hervorheben - und in Zusammenarbeit mit
dem Wissenschaftlichen Dienst ist es nun gelungen, zur

Rechtsklarheit zu kommen. Wir haben nun
Formulierungen gefunden, die vorsehen, daß bei der
Bewertung des Barwertes **Risikoabschläge**
vorgenommen werden können. Wir beantragen
deswegen die entsprechende Änderung des
Haushaltbegleitgesetzes 1997.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß es nicht um
inhaltliche Änderungen geht, sondern um die
Rechtssicherheit. Im Hinblick darauf, daß die
Entwicklungen auf dem Kreditmarkt sehr ungewiß sind,
bitten wir um eine Beratung noch in dieser Tagung des
Landtages, damit die Landesregierung die
Verhandlungen mit der Investitionsbank zügig
aufnehmen kann.

Ich bedanke mich vorweg, daß Sie alle bereit waren,
die Dringlichkeit für diese Punkte zu bejahen. Ich
würde mich freuen, wenn wir am Freitag noch in dieser
Tagung diese Gesetzesänderungen beschließen
könnten.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird für die Grundsatzberatung das Wort gewünscht? -
Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Beratung. Es ist
beantragt worden, die Gesetzentwürfe dem
Finanzausschuß zu überweisen. Wer so beschließen
will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die
Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist
einstimmig so beschlossen.

Im Hinblick darauf, daß die zweite Lesung dieser
Gesetzentwürfe am Freitag stattfinden soll, bitte ich
den Vorsitzenden des Finanzausschusses, einen Termin
für die Ausschußsitzung zu bestimmen.

Ich rufe nun auf die Tagesordnungspunkte 2, 3, 4 und
21 zur gemeinsamen Beratung.

Gemeinsame Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Haushaltbegleitgesetzes 1998 (Haushaltbegleitgesetz 1998)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/850

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig- Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/942

**c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur
Änderung des Schleswig-Holsteinischen
Abgeordnetengesetzes**

Gesetzesentwurf der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/977

**d) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1997
bis 2001**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/871

Ich erteile das Wort zur Begründung zu den
Tagesordnungspunkten 2, 3 und 21 dem Herrn Minister
für Finanzen und Energie.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und
Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den
Haushaltsentwurf 1998 und die **mittelfristige
Finanzplanung 1997 bis 2001** vor. Beide Vorlagen
werden von der Landesregierung verstanden als
Antwort auf eine bundesweite Krise der öffentlichen
Finanzen, die in der Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland ohne Beispiel ist.

Jede Regierung, ob Bund oder Land, und jede
Körperschaft der kommunalen Selbstverwaltung steht
vor der Frage, wie langfristig **Einnahmen** und
Ausgaben der öffentlichen Hand wieder zum
Ausgleich gebracht werden können. Diese Entwicklung
betrachten nicht nur die Finanzminister mit Sorge. Wir
alle sind uns zunehmend bewußt, daß es bei den
heutigen Haushaltsberatungen auch um längerfristig
wirkende Strukturentscheidungen geht.

Zu solchen Strukturentscheidungen hat Emanuel Geibel
folgendes gesagt:

„Sorgen sind meist von der Nessel Art,
sie brennen, rührst du sie zart;
fasse nur an herzhafte,
so ist der Griff nicht schmerzhaft!“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist
bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr
schön!)

herzhaft und, wenn es sein muß, schmerzhaft.

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Haller
[CDU])

Diese Regierung aus Sozialdemokraten und Grünen
steht ein für aktive Beschäftigungs- und Umweltpolitik,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nur
Sprüche!)

für die Modernisierung Schleswig-Holsteins zu einem
Industrie- und Dienstleistungsstandort in einer
ökologischen Modellregion.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Echt?)

Und diese Regierung steht ein für Strukturreformen, die
das unter den gegebenen finanziellen
Rahmenbedingungen Wesentliche trennt von all dem,
was politisch wünschenswert gewesen wäre, aber unter
dem Diktat der leeren Kassen nun einmal keine
Priorität genießen kann.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, ja!)

Dieser **Haushalt** ist ein Beweis dafür, daß
Reformpolitik - wenn auch in kleinen Schritten - auch
unter härtesten finanziellen Rahmenbedingungen
möglich ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.])

Wir sind in den letzten Monaten Zeugen geworden, wie
die Ankündigungen von neuen Entlassungswellen in
Unternehmen mit explosionsartig steigenden
Aktienkursen zusammentrafen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Wir sind Zeugen einer sich immer weiter
verfestigenden **Massenarbeitslosigkeit** und Zeugen
eines jobless growth, wie es die
Wirtschaftswissenschaftler nennen, also eines
wirtschaftlichen Wachstums, das sich aber nicht
umsetzt in vermehrte Beschäftigung.

Obwohl der Wirtschaftsminister relativ gute
Konjunkturdaten verkünden kann, rechnen die

führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für dieses Jahr mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung und für das nächste Jahr nur mit einer leichten Besserung. Professor Walter, Chefökonom der Deutschen Bank - hier bestens bekannt -, hält sogar einen vorübergehenden Anstieg der Arbeitslosenzahl auf 5 Millionen im Jahre 1998 für möglich.

Wir sind Zeugen eines Auseinanderdriftens der Lebenschancen der Menschen, wie wir es nicht mehr für möglich gehalten haben, seit sich in diesem Land das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, also eines zum sozialen Ausgleich verpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, durchgesetzt hat. Dieses Land bräuchte eine „strukturelle und moralische Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft“,

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

so wie sie Anfang des Jahres der Rat der Evangelischen Kirche und die Katholische Bischofskonferenz gemeinsam gefordert haben. Deutlicher als in diesem Kirchenwort kann man die fehlende Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland nicht anmahnen. Die Diskussion über die Wahlanalyse in Hamburg macht meiner Meinung nach deutlich, daß es in einer Stadt wie Hamburg - und nicht nur dort - nicht nur eine **Armutskrise**, sondern auch eine **Reichtumskrise** gibt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Land steht in der Tat vor einer Blockade in der Politik. Ich aber sage: Die Blockierer sitzen in Bonn auf der Regierungsbank. Es wird sich morgen abend zeigen, ob die Regierungskoalition im Vermittlungsausschuß eine Absenkung der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung mitträgt oder ob CSU und F.D.P. eine moderate Erhöhung der Energiesteuer blockieren.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Als es um die Finanzierung des Golfkriegs ging, war man bei der Erhöhung der Mineralölsteuer nicht so pingelig.

Wir müssen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1995 **Steuerausfälle** in einer noch nie dagewesenen Größenordnung hinnehmen. Die Dimension dieser Einbußen wird deutlich, wenn wir zum Beispiel die aktuellen Einnahmeerwartungen für das kommende

Haushaltsjahr 1998 mit den Schätzungen vergleichen, die ursprünglich einmal der mittelfristigen Finanzplanung zugrunde gelegt wurden.

Gegenüber dieser ersten Schätzung - zugegebenermaßen aus dem Jahr 1994 - rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ noch mit einer um 1,7 Milliarden DM höheren **Steuerschätzung** als die Mai-Steuerschätzung. Dem Arbeitskreis ist die ursprüngliche Fehlprognose nicht vorzuwerfen. Schuld sind keine leichtfertigen Steuerprognosen, sondern neben der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit hat ein Steuersystem daran schuld, das immer weniger in der Lage ist, auch den elementarsten Ansprüchen von Aufkommenseffektivität und Gerechtigkeit zu genügen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das **Steuersystem**, so wie es heute gilt, wird in Kürze zu einem Ausbluten der öffentlichen Haushalte führen. Wir täten alle gut daran, den Hinweis ernst zu nehmen, den die Deutsche Bundesbank in ihrem vorletzten Monatsbericht uns allen ins Stammbuch geschrieben hat: allmählich und zuletzt zunehmende Erosion der Steuerbasis in Deutschland.

Hinter diesen zurückhaltenden Worten verbirgt sich doch nichts anderes als die Warnung vor einer völligen **Handlungsunfähigkeit des Staates**.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Dschungel der undurchsichtigen Steuergesetzgebung erweist sich immer mehr als einziges großes Steuerschlupfloch für Unternehmen und Einkommensmillionäre, während gleichzeitig Arbeitnehmerinkommen durch steigende Steuern und Sozialabgaben immer höher belastet werden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Landesregierung ist deshalb auch weiterhin in hohem Maße daran interessiert, daß es in Deutschland zu einer großen Steuerreform kommt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] - Zurufe von der CDU)

Wir sagen ja zu mehr **Steuergerechtigkeit**.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dabei muß die Entlastung der unteren Einkommen Vorrang vor der Senkung der Spitzensteuersätze haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sagen ja zu einem durchsichtigen Steuersystem, und wir sagen ja zum Abbau von Ausnahmetatbeständen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir werden auch in Zukunft eine **Steuerreform** unterstützen, die solide gegenfinanziert ist. Etwas anderes ist es allerdings, wenn nach den immensen Einnahmeverlusten in den letzten Jahren ins Blaue hinein auch noch gewaltige Steuerentlastungen versprochen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie müssen mal dynamisch denken, Herr Möller!)

Wenn das Steuerkonzept der Bonner Koalition verwirklicht würde - es wird nicht verwirklicht -, wird das Schleswig-Holstein 600 Millionen DM kosten, die wir beim besten Willen nicht einsparen können. Wir tragen schließlich die Verantwortung für die staatliche Infrastruktur im Land - für Schulen, Hochschulen und für die Polizei.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, wir stehen für eine Strukturreform des deutschen Steuersystems zur Verfügung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Wir stehen nicht für eine klientelorientierte Geschenkepolitik und für finanzpolitische Experimente zur Verfügung.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung hat konstruktiv an der Abschaffung der Gewerbesteuer mitgewirkt. Dies aber natürlich unter der Voraussetzung eines vollen Lastenausgleichs für die Kommunen. Wir haben konstruktiv einen Mehrheitsbeschluß im Vermittlungsausschuß mitgetragen, der sowohl eine Senkung der Arbeitslosenversicherung als auch der Rentenversicherung beinhaltet bei gleichzeitiger

unpopulärer Anhebung der Verbrauchssteuern. Wir werden, wie es die Ministerpräsidentin schon deutlich gemacht hat, auch morgen im Vermittlungsausschuß konstruktiv mitarbeiten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir sehen!)

wenn es zu einem Angebot der Koalitionsfraktionen kommt und vielleicht auch in Teilschritten eine gegenfinanzierte Steuerfinanzierung in Angriff genommen wird. Hoffentlich ist die Koalition sprachfähig.

Der **Haushalt 1998** sieht Nettoausgaben in Höhe von 14,47 Milliarden DM vor und wächst damit um 447 Millionen DM - plus 3,2 %. Das ist auf den ersten Blick nicht wenig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Dieser **Ausgabenzuwachs** ist aber fast ausschließlich durch zwangsläufige Steigerungen verursacht, auf die die Landesregierung keinen Einfluß hat, oder auf Ausgabenschwerpunkte, die niemand - auch wohl nicht die Opposition - ernsthaft in Frage stellen wird. Die Personalausgaben steigen trotz linearer Verbesserungen, trotz mehr Pensionären und trotz des Anstiegs in der Beihilfe um nur 60 Millionen DM oder 1 %. Die Zinsausgaben steigen um 116 Millionen DM, der kommunale Finanzausgleich wächst um 147 Millionen DM, die Ausgaben für die Sozialhilfe steigen um 38 Millionen DM. Das macht zusammen allein 361 Millionen DM aus.

Nun bin ich gespannt, ob jemand - auch von der Opposition - bei Ausgabesteigerungen in folgenden Blöcken Kürzungen vorschlägt: ASH plus 10 Millionen DM, Pflegeinfrastruktur plus 18 Millionen DM, EU-Regionalförderung plus 18 Millionen DM, Krankenhausbaufinanzierung plus 9 Millionen DM, Wohnungsbau plus 13 Millionen DM, Städtebauförderung plus 7 Millionen DM, Ausbildungsverkehr plus 5 Millionen DM, Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ plus 5 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie erhöhen sich die Zinsen?)

Mit dem Anstieg bei diesen Ausgabeblöcken ist der gesamte Ausgabenzuwachs des Jahres 1998 begründet.

Alle anderen Ausgaben des Landes stagnieren oder sinken.

Natürlich kann man, wie es der CDU-Fraktionsvorsitzende, Herr Kayenburg, tut, zur Haushaltssanierung die Streichung von Subventionen in Höhe von 250 Millionen DM fordern. Man sollte dann aber auch - das erleben wir hoffentlich heute - sagen, um welche Subventionen es sich handelt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es paßt nicht zusammen, daß sich Abgeordnete der CDU-Fraktion im Landtag lauthals darüber beschweren, wenn das Land nicht mehr in der Lage ist, alle Komplementärmittel in der GA abzurufen. Das paßt nicht zusammen mit der Forderung nach hartem Subventionsabbau.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Haushalt 1998 ist ein Sparhaushalt. Das sehen offensichtlich auch diejenigen so, die vor dem Landeshaus regelmäßig gegen die Haushaltspolitik protestieren.

Im Zweijahreszeitraum 1997/98 steigen die Ausgaben des Landes gegenüber 1996 nur um 174 Millionen DM, das sind 0,6 %. Durch diese restriktive Ausgabenpolitik werden wir - ungeachtet der Einbrüche bei den Steuereinnahmen - die Neuverschuldung um 70 Millionen DM senken. Schauen Sie sich einmal die Zeitung von heute an, was in den CDU/F.D.P.-regierten Ländern mit der Neuverschuldung passiert. Die Kreditfinanzierungsquote sinkt mit 7,9 % auf den niedrigsten Stand, den Schleswig-Holstein seit sechs Jahren hatte. Damit liegen wir im Bundesdurchschnitt.

Unsere Sparleistungen werden auch deutlich, wenn man die Nettoausgaben pro Einwohner vergleicht. Hier lagen wir 1994 strukturell noch mit 300 DM pro Kopf und Ausgaben pro Jahr über dem Durchschnitt der westlichen Länder. 1998 liegen wir im Bundesdurchschnitt.

Ich will mich nicht allzulange mit alten Geschichten aufhalten, aber es ist und bleibt richtig, daß ein Teil der Probleme, die wir heute haben, darauf zurückzuführen ist, daß frühere CDU-Regierungen ihre Etats um bis zu 17 % aus Krediten finanziert haben.

(Günter Neugebauer [SPD]:
Ungeheuerlich! - Martin Kayenburg
[CDU]: Wir mußten keine Immobilien
verkaufen!)

Ich sage noch einmal: Die Kennzahl für 1998 lautet 7,9 %.

Wir bleiben mit unserer **Nettokreditaufnahme** in Höhe von 1,15 Milliarden DM unter dem in der Landesverfassung festgesetzten Rahmen. Die **Investitionsquote** liegt bei 11,1 %. Ich würde mir auch eine höhere Investitionsquote wünschen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei 10,7!)

Wir halten die Personalkostenquote auf einem Wert von unter 40 %. Das ist eine der niedrigsten Quoten im Ländervergleich.

Meine Damen und Herren - auch an die Adresse des Herrn Rechnungshofpräsidenten -: Mit 23,7 % hat Schleswig-Holstein die zweitniedrigste Steigerungsrate der Nettoausgaben der Haushaltsjahre 1990 bis 1996; der Länderdurchschnitt liegt hier bei 28,1 %.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aller
Länder?)

- Aller Westländer, die Ostländer sind außen vor.

Auch der **mittelfristigen Finanzplanung** liegen nach wie vor schwierige wirtschaftliche Rahmenbedingungen zugrunde. Die letzte Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres erwartet für die alten Bundesländer ein reales Wachstum von 2,5 bis 3 % bis 1998 und durchschnittlich 2,5 % für die Jahre 1997 bis 2000. Ich freue mich, daß gerade für Schleswig-Holstein heute von den Unternehmen positive Signale ausgegangen sind, so daß wir vielleicht nicht so pessimistisch sein müssen, daß die prognostizierten Werte nicht erreicht werden.

Wir können für Schleswig-Holstein feststellen, daß die wirtschaftliche Entwicklung bei uns seit der letzten Rezessionsphase 1993 günstiger verlaufen ist als im übrigen Bundesgebiet. Trotzdem bleibt im Planungszeitraum die Massenarbeitslosigkeit das wirtschaftliche Problem Nummer 1, und sie stellt weiterhin ein strukturelles Risiko für unseren Haushalt dar.

Zentrales Problem auch der mittelfristigen Planung bleibt die Entwicklung der Einnahmen. Daß dies kein spezifisch schleswig-holsteinisches Problem ist, läßt

sich daran ersehen, daß **Schleswig-Holstein** den Steuerprognosen zufolge **Geberland im Finanzausgleich** bleibt, wahrscheinlich stärker als im Mai prognostiziert. Darauf sind wir ungeachtet der Belastungen, die das für uns mit sich bringt, ein wenig stolz. Aber als Finanzminister sage ich ganz uneigennützig: Geben ist seliger als Nehmen, es bleibt bei uns etwas mehr hängen.

Unser Ziel ist es, die **Neuverschuldung** des Landes in jährlichen Schritten auf schließlich 700 Millionen DM im Jahre 2001 zu reduzieren. Angesichts der absehbaren Haushaltsbelastung ist dies ein ehrgeiziges, aber letztlich doch realistisches Ziel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Ich habe im Zusammenhang mit dem Gebäudemanagement den Eindruck, daß Sie genau das verhindern wollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben Sie doch vorgeschlagen!)

Angesichts dieser Daten ist die **Kritik**, die der **Landesrechnungshof** an unserer Finanzplanung geübt hat, für mich nicht nachzuvollziehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wer, wie dies der Landesrechnungshof tut, höhere Investitionen fordert, mehr Mittel für die Bauunterhaltung verlangt oder eine unzureichende Personalausstattung in einigen Bereichen der Landesverwaltung wahrnimmt, hat das Recht verwirkt, unsere ausgesprochen maßvolle Erhöhung der Neuverschuldung zu kritisieren. Der weitaus größte Teil der Steuerausfälle des Jahres 1998 ist durch Einsparungen ausgeglichen worden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Einsparungen sind als kurzfristig wirkende Maßnahmen ohne dauerhafte Verbesserung der finanziellen Lage des Landes bagatellisiert worden. Ich frage: Waren die Haushaltsbegleitgesetze 1994/95 mit dauerhaftem Eingriff in das Schulgesetz, Landesblindengeldgesetz, Jugendförderungsgesetz wirklich nur kurzfristig wirkende, unzulängliche Maßnahmen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nein!)

Haben wir nicht auch das Krankenhausfinanzierungsgesetz, das Landwirtschaftskammergesetz, das Landeswassergesetz geändert? Was bedeutet die weitere Zweckbindung der Feuerschutzsteuer oder das Auslaufen des Berufsakademiegesetzes?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Alles unglaublich!)

Viel mehr Leistungsgesetze, die das Land in eigener Zuständigkeit hätte ändern können, gibt es überhaupt nicht. Um so ungerechter ist der Vorwurf, die Landesregierung habe auf die finanziellen Probleme nur mit ungeeigneten Sparmaßnahmen reagiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, zu spät!)

Zu unseren Sparmaßnahmen gehören natürlich auch Personalkosteneinsparungen und Stellenreduzierungen. Mit 405 Stelleneinsparungen im Jahre 1998 sind wir auf einem guten Weg bei den Personalausgaben. Gleichzeitig errechnet der Landesrechnungshof einen zusätzlichen Bedarf von 1.100 bis 1.800 Lehrern,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

die teilweise durch die Verschiebung von Pensionslasten in die Zukunft finanziert werden können.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nicht nur teilweise!)

Ich kann diese Argumentation des Landesrechnungshofs nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bleibe dabei: Der Landesrechnungshof ist ein wichtiges Kontrollorgan der Haushaltsführung, aber nicht eine Denkfabrik für oppositionelle Politstrategien.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zurufe und Unruhe bei CDU und F.D.P.)

Zum **Haushaltsvollzug 1997** möchte ich mich kurzfassen. Wir haben erst in der August-Tagung des Landtages den Nachtragshaushalt 1997 beraten. Inzwischen liegen die Ist-Ergebnisse für August vor.

Danach sind bis Ende August die Nettoeinnahmen des Landes um 1,4 % gegenüber 1996 gesunken, die Nettoausgaben sind um 2,1 % hinter dem Vorjahr zurückgeblieben.

Mit Spannung, aber auch mit einiger Sorge beobachten wir gezielt die **Steuerentwicklung**. Bis Ende Juli konnten wir bei den Steuern ein zufriedenstellendes Steueraufkommen verzeichnen. Die Tendenz schien positiv, auch deshalb, weil im zweiten Halbjahr 1997 günstige Entwicklungen bei der Kraftfahrzeugsteuer, der Erbschaftsteuer und wohl auch bei der Einkommensteuer zu erwarten sind. Das August-Aufkommen war leider wie in allen anderen Ländern, vor allem wegen des immer noch nicht kompensierten Wegfalls der Abschlagszahlung zur Vermögensteuer unbefriedigend niedrig.

Der September ist wegen der Vorauszahlung bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ein sogenannter großer Steuermonat. Das Monatsergebnis des September wollen wir abwarten, bevor wir eine eigene neue Aufkommensprognose für 1997 erstellen. Wir wollen das im Vorfeld der Steuerschätzung vom November, damit wir Ihnen in den Ausschlußberatungen etwas sagen können.

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Die **Ausgabenreste** können in diesem Jahr nicht mehr mit einer Restkreditermächtigung aus dem Vorjahr finanziert werden. Ausgabenreste werden deshalb grundsätzlich nur freigegeben, wenn sie durch Mehreinnahmen oder Einsparungen vor allem in Form neuer Ausgabenreste gedeckt sind. Bei Resten aus zweckgebundenen Einnahmen, zum Beispiel Umweltabgaben oder Mitteln der EU, müssen die Einnahmen selbstverständlich weitergeleitet werden. Auch beim Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ ist wegen der unerträglich hohen Arbeitslosigkeit ein Ausgabenrest freigegeben worden.

Was die **globalen Minderausgaben** angeht, bleibt es bei den Verabredungen mit allen Ressorts, daß die globalen Minderausgaben 1997 zu erwirtschaften sind. Vom Grundsatz her ist es so: Wenn es Ressort die Minderausgaben nicht erwirtschaftet, werde ich mir erlauben, sie auf das nächste Haushaltsjahr vorzutragen. Eine Ausnahme - das will ich hier ausdrücklich sagen - ist die Zusage gegenüber den Hochschulen, denen wir weitgehend Budgets zugestanden haben. Wenn die Hochschulen in diesem Haushaltsjahr etwas erwirtschaften, um im nächsten

Jahr daraus wichtige Ausgaben zu finanzieren, werden wir dies nicht beim Haushaltsabschluß kassieren.

Unser Weg aus der Finanzkrise beruht auf zwei Grundprinzipien: eine konsequente **Sparpolitik**, die den Dialog mit den Betroffenen sucht, aber nicht vor Interessenverbänden zurückschreckt, eine **Strukturreform** der öffentlichen Verwaltung, die mittelfristig strukturelle Einsparungen verwirklicht und so einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst auf schmaler finanzieller Grundlage auch in Zukunft möglich macht.

Die **Übertragung von Liegenschaften** des Landes auf die Investitionsbank stellt in diesem Gesamtkonzept einen wichtigen Baustein dar. Wir wollen einen Haushalt und eine mittelfristige Finanzplanung, die unter den von der Verfassung vorgegebenen Grenzen der Kreditaufnahme bleiben und die Nettoneuverschuldung reduzieren. Der Spielraum für sofort wirkende Sparmaßnahmen über das von uns vorgesehene Maß hinaus ist minimal. Zu sehr ist der Haushalt von gesetzlich festgelegten Ausgaben geprägt. Wir kommen, wie Bund, andere Länder und Kommunen auch, um den Verkauf von Landesvermögen nicht herum.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was?)

Wir haben uns für die Übertragung der Landesliegenschaften auf die Investitionsbank entschieden, weil diese Übertragung nicht nur kurzfristig Liquidität schafft, sondern weil sie den Landeshaushalt nachhaltig entlastet und darüber hinaus ein wichtiges Instrument der von uns gewollten Strukturreform darstellt.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Mit der Übertragung der Liegenschaften und der Umwandlung der Landesbauverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts wird in Schleswig-Holstein ein Stück moderner, leistungsfähiger Verwaltung geschaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Diese Übertragung verschafft uns Liquidität, die wir kurzfristig brauchen, bevor die Strukturreformen greifen. Die Übertragung ist selbst ein Teil dieser Strukturreformen. Die Haltung der Oppositionsparteien zu diesem für unser Land so bedeutsamen Vorhaben hat uns erstaunt. CDU und F.D.P., die sonst gerade in

diesen Fragen der Politik für sich Kompetenz beanspruchen, beteiligen sich mit kaum konstruktiven Diskussionsbeiträgen an diesem Prozeß.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das, was Sie machen, ist ein Schritt zurück!)

Mit einer wirklich bemerkenswerten Hartnäckigkeit werden kameralistische Strukturen gegen moderne Ansätze einer kaufmännisch orientierten Neuorganisation verteidigt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn Sie zum Lügen übergehen wollen, machen Sie weiter so!)

Unter den verschiedenen Möglichkeiten für eine **zentrale Verwaltung der Liegenschaften** haben wir uns dafür entschieden, die Landesbauverwaltung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umzuwandeln. Wir haben uns so entschieden, weil die Landesbauverwaltung schon in jüngster Zeit erhebliche Umstrukturierungen zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen vorgenommen hat. Daher ist es nur konsequent, daß wir diesen Weg fortsetzen, indem wir ihr neue anspruchsvolle Aufgaben übertragen.

Nach allen Gesprächen, die ich geführt habe, bin ich davon überzeugt, daß die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesbauverwaltung ihre neuen Aufgaben mit höchster Motivation erfüllen und auch die personellen Einschnitte mittragen werden. Wir halten die Anstalt des öffentlichen Rechts auch deshalb für die beste Lösung, weil diese Anstalt auch die Zuständigkeiten der Bundesbauverwaltung für die ihr nicht übertragenen Liegenschaften mit übernehmen kann, so daß eine doppelte Personalvorhaltung unterbleiben kann. Nur so kann der Personalbestand von ehemals 1400 Mitarbeitern bis zum Jahr 2004 auf 700 reduziert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle fest, daß der Aufbau eines zentralen Gebäudemanagements hier im Hause nicht umstritten ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das war auch unser Vorschlag!)

Auch der Rechnungshof nimmt diesen Teil des Reformpaketes ausdrücklich von seiner Kritik aus.

Umstritten ist aber die **Übertragung** an die **Investitionsbank**. Ich bin davon überzeugt - und Gutachter haben mich darin bestätigt -, daß wir bei der Neuorganisation der Bewirtschaftung unserer Liegenschaften konsequent sein müssen. Der Versuch, ein zentrales Gebäudemanagement aufzubauen, reicht allein nicht aus. Die Konsequenz muß ein echtes Vermieter-Mieter-Verhältnis sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat kein Gutachter gesagt!)

Die Konsequenz müssen eine Gebäudeverwaltung unter kaufmännischen Gesichtspunkten und der Aufbau eines Gebäudemanagements Schleswig-Holstein unter Einbeziehung der kaufmännischen Erfahrung der LEG sein. Die Konsequenz müssen schließlich auch echte Marktmieten sein. Nur sie schaffen den Anreiz, freie Bürokapazitäten oder überdimensionierte Werkstätten an Dritte weiterzuvermieten und stattdessen ein neues kostengünstigeres Gebäude anzumieten. Genau dies wird geschehen müssen, wenn wir den in vielen Behörden notwendig gewordenen Personalabbau im Gebäudemanagement umsetzen, womit wir mittelfristig zu einer besseren Finanzlage des Landes beitragen. Das zentrale Gebäudemanagement und die Übertragung der Liegenschaften sind in einem Zusammenhang zu sehen. Nur zusammen werden wir damit auch die vollen Einsparpotentiale ausschöpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch die Übertragung der Liegenschaften ergibt sich für das Land ganz aktuell ein **Liquiditätszuwachs** in Höhe von 700 Millionen DM, den wir zur Senkung der Nettokreditaufnahme einsetzen wollen. Die Übertragung der Liegenschaften ermöglicht den Abbau des Antragsstaus bei **Instandsetzungsmaßnahmen** mit einem Volumen von 200 Millionen DM, wofür wir im Landeshaushalt keine Mittel zur Verfügung haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist auch Quatsch! Das zahlen Sie doch schon für die Miete, Herr Möller!)

Unter all diesen Umständen weiß ich nicht, auf welcher Grundlage sich die Kritik an der Übertragung aufbauen soll. Die Übertragung der Liegenschaften ist

wirtschaftlich, und sie ist verfassungsgemäß. Ich bitte Sie darum, dem Regelwerk zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Wienholtz wird zur Frage der Verfassungskonformität noch selbst das Wort ergreifen.

Die **Modernisierung** der schleswig-holsteinischen **Verwaltung** bleibt eine der Hauptaufgaben unserer Politik. Unser Ziel ist eine Verwaltung, die in puncto Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit den Vergleich mit privaten Unternehmen nicht zu scheuen braucht. Unser Ziel ist es, den Haushalt mittelfristig durch tiefgreifende strukturelle Veränderungen zu entlasten. Mit unseren Beschlüssen zu rund 50 Strukturmaßnahmen werden wir ab dem Jahr 2000 bei Sachmitteln jährlich rund 100 Millionen DM einsparen. Auf weitere 800 Stellen kann verzichtet werden.

Wir werden mit diesem Haushalt erstmals die **Budgetierung der Personalkosten** einführen. Die damit verbundene Kürzung des Personalkostenbudgets stellt eine unmittelbar wirkende Sparmaßnahme dar. Die Budgetierung stellt daneben aber auch eine weit über die aktuelle Einsparung hinausgehende Umorientierung in der Personalpolitik dar. Personalwirtschaftliche Maßnahmen verlangen in Zukunft von jeder einzelnen Dienststelle ein ausgeprägtes Kostenbewußtsein. Ökonomisches Handeln wird gerade im kostenträchtigen Personalbereich unserer Landesverwaltung zum Leitprinzip werden. Mit der Budgetierung entfällt die begrenzte Wiederbesetzungssperre, die zwar auch Einsparungen erbracht, vielfach aber zu Konflikten geführt hat, weil es gerade in kleineren Dienststellen zu problematischen Zufallsergebnissen kam.

Wir werden das begonnene Projekt „**Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik**“ in allen Ressorts zum Abschluß bringen und die Ergebnisse umsetzen. Bis zum 31. Dezember werden die Ressorts Konzepte für die Reorganisation der Ministerien vorlegen. Die Kosten-Leistungs-Rechnung wird im kommenden Jahr in weiteren Pilotenrichtungen eingeführt. 1999 werden wir ein neues dezentrales Mittelbewirtschaftungssystem einführen, welches den Einsatz der Kosten-Leistungs-Rechnung unterstützt. Wir haben mit den Sprechern im Finanzausschuß ein Vorgespräch geführt. Selbstverständlich werden wir bei solchen Modernisierungsmaßnahmen beachten, daß die Rechte des Haushaltsgesetzgebers gewahrt bleiben.

Damit werden wir dem Leitbild einer zielorientierten Verwaltung näherkommen. Ein Schwerpunkt unserer **Verwaltungsmodernisierung** bleibt weiterhin die Einführung moderner **Informationstechniken**. Ich nenne nur die Stichworte MEGA, MESTA, COMPAS, VERBIS und FISCUS. Ich will hier noch einmal deutlich machen, daß solche Modernisierungsmaßnahmen auch antizyklische Vorinvestitionen darstellen. Wir werden für diese Projekte rund 250 Millionen DM investieren müssen, bevor sie sich überhaupt in der Verwaltungsmodernisierung auswirken.

Die **Haushaltskonsolidierung** ist unabdingbar, aber wir sparen nicht nach der Rasenmähermethode.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sparen überhaupt nichts!)

Verantwortungsbewußtes Sparen heißt, **Schwerpunkte** zu setzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo machen Sie das? Was sparen Sie?)

Unsere Schwerpunkte sind Arbeit, Bildung, Umwelt und innere Sicherheit.

Unsere **Wirtschaftspolitik** verfolgt das Ziel, den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein durch eine weitergehende umweltorientierte Modernisierung zu stärken und so die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Auf die Schaffung einer modernen Verkehrsinfrastruktur fällt dabei der größte Anteil der Finanzmittel, wobei hier wiederum der öffentliche Personennahverkehr den größten Posten darstellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch für die Fortführung des Regionalprogramms und für die Wettbewerbshilfen für den Schiffbau setzen wir erhebliche Mittel ein. Arbeitsmarktpolitisch wichtig und entsprechend finanziell ausgestattet sind berufliche Bildung, Weiterbildung und Aufstiegsfortbildung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Angesichts der dramatischen Situation auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Alternative zur aktiven **Arbeitsmarktpolitik**. Während der Bund seine

Arbeitsmarktprogramme weiter abbaut und rund 300 000 Umschulungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gestrichen hat, erhöht das Land die Eigenmittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen um 12,8 Millionen DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit welcher Effizienz?)

Mit der Kofinanzierung aus Mitteln des Sozialfonds der Europäischen Union kann die Landesregierung im Haushalt 1998 64 Millionen DM zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kubicki, was Ihren Zwischenruf angeht: Daß Sie ein gestörtes Verhältnis zur aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt und der Landesregierung haben, ist bekannt. Das kann nachher in der Diskussion ausgetauscht werden.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das wissen auch andere! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen stelle ich Leute ein!)

Wir werden das **Konzept zur langfristigen Unterrichtsversorgung** an den Schulen umsetzen. Dieses Konzept erfordert Opfer von allen Beteiligten.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Minister, gestatten Sie eine Unterbrechung! Ich habe für bestimmte Rituale tiefes Verständnis; aber das sollte kein Dauerritual werden!

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Danke, Herr Präsident! - Dieses Konzept erfordert Opfer von allen Beteiligten, aber es wird eine stabile Unterrichtsversorgung an den schleswig-holsteinischen Schulen trotz der erheblichen Belastungen auch durch die kommenden, geburtenstarken Jahrgänge sichern.

Wir haben in diesem Haushaltsjahr 150 neue Lehrerstellen geschaffen, und es werden 100 solcher Stellen im Haushalt 1998 dazukommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir arbeiten weiter an der Erfüllung des vom Bundestag beschlossenen Rechtsanspruchs auf einen **Kindergartenplatz**. Der Kindergartenfonds der Investitionsbank wird um 6 Millionen DM auf 121 Millionen DM aufgestockt. Dagegen können wir in unserem Haushalt den Ansatz für den Bau von neuen Kindertagesstätten fast halbieren, nämlich auf 12,1 %. Das macht deutlich, daß dieser Investitionsschwerpunkt der letzten Jahre Wirkung gezeigt hat.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Auch wenn zur Zeit auf dem **Wohnungsmarkt** Entspannungstendenzen erkennbar sind, weisen längerfristige Bedarfsprognosen auf einen nach wie vor hohen Bedarf hin. Die Landesregierung wird daher auch 1998 rund 4.000 Wohneinheiten fördern und damit die Wohnungsbauförderung auf dem Niveau von 1997 fortsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Vordergrund steht dabei die Förderung von Mietwohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen, weil gerade hier immer noch eine hohe Nachfrage zu beobachten ist und im nächsten Jahr für eine Vielzahl von Sozialwohnungen die Bindungen auslaufen.

Die Anzahl der geförderten Eigentumsmaßnahmen wird deutlich erhöht. Wir wollen, wie schon in diesem Jahr, auch im Haushaltsjahr 1998 verstärkt neben dem Neubau auch die Modernisierung von Wohnungen sowie den Ankauf von Belegrechten fördern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Investitionsprogramm bei den Kindergärten und unsere aktive Wohnungsbaupolitik sind Beispiel dafür, daß es sehr wohl möglich ist, auch die großen Probleme dieser Zeit erfolgreich anzugehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir treiben die ökologische Erneuerung und die konsequente **Unterstützung umweltpolitischer Programme** weiter voran. So werden für Maßnahmen Verbesserung der Gewässergüte, Verbesserung Abwasserreinigung, Verminderung der Schadstoffeintragung allein aus der Abwasserabgabe 42 Millionen DM eingesetzt, 27 Millionen DM für Maßnahmen des Grundwasserschutzes aus der Grundwasserentnahmeabgabe, für Maßnahmen Förderung und Vermeidung, Verminderung, Verwertung von Abfällen und Beseitigung von Altlasten 38 Millionen DM, Flächenschutz 21,5 Millionen DM, Ökotechnik 2,8 Millionen DM.

Moderne Umwelttechnik schafft Arbeitsplätze. Allein in der Windenergie sind 1.500 Arbeitsplätze geschaffen

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und in Schleswig-Holstein 1,4 Milliarden DM Investitionen initiiert worden.

Den Schwerpunkt im **Agrarhaushalt** bildet weiterhin die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Im Landeshaushalt sind dafür 55 Millionen DM komplementär zu den Bundesmitteln eingestellt worden. Unsere Politik zielt darauf ab, eine integrierte Förderung der ländlichen Räume zu gewährleisten, bei der Land- und Ernährungswirtschaft, Tourismus und moderne Dienstleistungen gleichermaßen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Alle reden von **innerer Sicherheit**. Die Landesregierung handelt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Der Haushalt der Polizei steht unter dem Leitsatz „Präsenz, Prävention und Motivation“.

(Zuruf von der CDU: 2 Millionen DM Kürzung!)

Das Personalstrukturprogramm zur Verbesserung der Beförderungssituation insbesondere im Wach- und Streifendienst wird mit 1,5 Millionen DM fortgesetzt. Die Modernisierung der Polizei wird ebenfalls

konsequent weiterverfolgt, COMPAS, 6 Millionen DM, ist dafür ein Beweis.

In Kiel und Lübeck werden die Einsatzleitzentralen mit 1,8 Millionen DM modernisiert. Die wichtige kriminalistische und kriminaltechnische Ausstattung sowie die Funkausstattung mit 2 Millionen DM sind ebenso wie der Bereich Fahndungs- und Ermittlungsarbeit auf den Dienststellen mit 2,4 Millionen DM ein Schwerpunkt. Auch im kommenden Jahr wird es möglich sein, daß 200 junge Frauen und Männer ihren Dienst bei der Landespolizei aufnehmen können.

(Beifall bei der SPD)

Die **Modernisierung der Justiz** ist angesichts der anhaltend hohen Belastung und der in ihren Grundzügen überholten Aufbau- und Ablauforganisation in den Gerichten und Staatsanwaltschaften von herausragender Bedeutung. Durch Reorganisation und umfassenden Einsatz von Informationstechnik werden schnellere und teamorientierte Arbeitsweisen in der Justiz ermöglicht werden. Wir wollen in den 28 Amtsgerichten bis 2001 das Projekt MEGA umsetzen. Wir wollen bei den Staatsanwaltschaften das Programm MESTA planmäßig durchführen. Als neue große Aufgabe haben wir uns die Einführung des neuen elektronischen Grundbuchs vorgenommen.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundespräsident hat in seiner Berliner Rede im April dieses Jahres eine verbreitete Unfähigkeit zu Reformen und zur Gestaltung der Zukunft beklagt und gemahnt, daß wir alle die vor uns liegenden Aufgaben als große gemeinschaftliche Herausforderung begreifen müssen. Die Finanzkrise, vor der wir hier in Schleswig-Holstein, aber auch in allen anderen Ländern, in den Kommunen und vor der der Bund steht, ist eine solche Herausforderung.

Der Ihnen vorliegende Haushalt und die mittelfristige Finanzplanung machen deutlich, daß die **Landesregierung** mit dem Willen zur **Gestaltung der Zukunft** an die vor uns liegenden Aufgaben herangeht. Wir haben uns entschlossen, einen nicht einfachen Weg zu gehen. Unser Ziel ist es, die Modernisierung unseres Landes auch unter schwierigsten finanziellen Rahmenbedingungen voranzutreiben und dabei mittelfristig die Finanzen zu konsolidieren. Das wird schwer, aber es ist möglich. Packen wir es gemeinsam an.

(Anhaltender Beifall bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Wird das Wort zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 14/977, gewünscht, oder soll das im Rahmen der Sachdebatte behandelt werden? - Dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Grundsatzberatung. Ich erteile zunächst dem Oppositionsführer, dem Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Möller, das hätte ja eine ganz gute Rede werden können. Die Analyse der wirtschaftlichen Situation Deutschlands und die Lage der Haushalte war gut angelegt. Fast wäre es Ihnen gelungen, von Ihrem Versagen bei der Haushaltsführung abzulenken. Aber spätestens bei Ihrem Zitat über die Nesseln war klar, daß Sie auch von Umwelt nichts verstehen.

(Beifall bei der CDU)

Denn jeder weiß, daß man, wenn man sich nicht verbrennen will, Nesseln mit zwei Fingern, aber nicht mit der ganzen Hand anfaßt und sie schnell wieder fallen läßt. Sie haben sich die Finger verbrannt - auch bei Ihrer Haushaltsrede.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie haben wieder einmal versucht, die Schuld auf **Bonn** zu schieben - jedenfalls mit dem Hinweis darauf, daß die Blockierer bei der **Steuerreform** auf der Regierungsbank saßen. Dafür haben wir nun überhaupt kein Verständnis. Ich will gar nichts beschönigen. Was in Bonn abläuft, macht uns nicht glücklich. Aber: Das unerfreuliche Schauspiel, das Ihre Partei, die SPD, bietet, ist unverantwortlich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nicht nur Ihre Kollegen im Bundestag, sondern Sie höchstpersönlich hier in Schleswig-Holstein tragen Verantwortung für die unverantwortliche **Obstruktionspolitik im Bundesrat**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie betreiben diese mit voller Absicht. Auch, wenn heute andere Bekundungen gemacht werden - Frau Simonis hat hier bereits vor einem Jahr gesagt, daß sie diese Obstruktionspolitik betreiben will. Von daher haben wir hier überhaupt nichts zurückzunehmen.

Heute ist das Thema nicht „Blockadepolitik der SPD in Bonn“; dafür haben Sie am Sonntag in Hamburg die Quittung bekommen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

So sehr wir im Landtag über die Notwendigkeit einer guten Steuerreform streiten könnten, klar ist doch, daß Sie mit Ihren Attacken auf die Koalition in Bonn nur von dem finanzpolitischen Desaster in Kiel ablenken wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn mit dem Schäuble-Vorschlag?)

- Herr Hentschel, die Überschrift für die erste Lesung des Haushalts ist eindeutig: Das Land ist pleite. - Sie, Frau Simonis, und niemand sonst tragen die Verantwortung für die zusammengebrochene **Finanzpolitik** des Landes seit 1988.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Heute wird nachhaltig der Beweis erbracht: Sie sind nicht die Finanzexpertin, als die Sie sich haben feiern lassen, ohne eigene Leistungen erbracht zu haben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Zeitumstände haben Ihnen dabei geholfen. Ihr Image von der Sparkommissarin kauft Ihnen niemand mehr ab, allenfalls noch Lokalzeitungen in Oberbayern. Hier jedenfalls können Sie niemanden überzeugen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Selbst Ihre Überredungskunst und die Anbiederungsversuche bei Ihrer Bundespartei in Bonn funktionieren nicht mehr. Sie haben - das war seit Jahren erkennbar - mit Ihrer Finanzpolitik den Haushalt an die Wand gefahren. Sie müssen ja nicht auf die Mahnungen und Forderungen der Opposition hören, aber Sie hätten wenigstens das, was Ihnen der Landesrechnungshof schon für 1994 in deutlichen

Worten bescheinigte, beherzigen sollen. Ihnen ist damals ins Stammbuch geschrieben worden, daß Ihnen der ernsthafte **Wille zur Sparsamkeit** fehlt. Heute hat Ihr Minister den Offenbarungseid geleistet. Das Unternehmen Schleswig-Holstein, wie Sie das Land einmal selbst genannt haben, braucht jetzt einen Konkursverwalter. Aber auch dazu taugen Sie, Herr Möller, nicht.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie handeln statt dessen nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung. Das ist spätestens eben anhand der unqualifizierten Angriffe auf den Landesrechnungshof deutlich geworden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zum Haushalt selbst: Das **Haushaltsloch** wollen Sie formal auf zwei Wegen stopfen. Zum ersten gehen Sie von 100 Millionen DM **globalen Minderausgaben** im sächlichen und personellen Bereich aus. Zum zweiten haben Sie globale Einnahmetitel aus Verkäufen in einer Größenordnung von rund 500 Millionen vorgesehen. Dabei halten Sie es allerdings nicht für notwendig, die Summe in den Erläuterungen aufzuschlüsseln. Das wäre wenigstens in Ansätzen dem Anspruch einer sauberen Haushaltsführung gerecht geworden. Über den beabsichtigten **Immobiliendeal** haben Sie uns anfangs nur durch Ihre Presseerklärung benachrichtigt. Dies zeugt davon, daß Sie selbst bei der Aufstellung des Landeshaushalts unsicher waren. Dies beweisen im übrigen auch Ihre Äußerungen im Finanzausschuß, nach denen Sie sich eine andere Haushaltssanierung hätten vorstellen können; nur das sei politisch nicht gewollt gewesen.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Wenn man sich einmal die Planung für die erste Lesung anschaut, so ist festzustellen: Sie hatten den Haushalt offenbar nicht zusammen. Sie hatten keine sichere Finanzierung. Die SPD hatte nichts Eiligeres zu tun, als für den 3. September eine Sondersitzung zu beantragen, weil Sie mit Ihren Zahlen nicht soweit waren. Sie vergaßen vor allem, den Diskussionsbedarf einzukalkulieren, den der Immobiliendeal schon in Vorfeld in einer Demokratie - unabhängig von den Änderungen - benötigt. Nicht einmal Ihr Koalitionspartner, Frau Simonis, war von der Richtigkeit des Tuns überzeugt. Wie man heute hört, ist er innerlich wohl auch noch nicht überzeugt. Er beugt sich aber offensichtlich der Koalitionsdisziplin. Oder - auch das könnte man vermuten - haben Sie nach der bekannten Art neue Zugeständnisse von Rot an Grün

gemacht? Wir sind gespannt darauf, was da noch auf uns zukommt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kayenburg, es ist schon ziemlich hanebüchen, was Sie da erzählen!)

- Aus dem Immobiliendeal will der Finanzminister 250 Millionen DM für den Haushalt einnehmen, Frau Fröhlich. Noch nicht gesagt worden ist, woher die restlichen 250 Millionen kommen sollen, die bei diesem Haushaltstitel eingesetzt sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: LEG!)

Wir vermuten, daß ein Teil davon aus dem Verkauf des zehnpromzentigen Anteils am Flughafen Fuhlsbüttel und aus der geplanten Veräußerung von 49,5 % der LEG-Anteile kommen soll. Zur geplanten Höhe der Einnahmen aus diesen beiden Verkäufen haben Sie bisher nichts Konkretes gesagt, obwohl die Verkäufe bereits im vergangenen Jahr im Nachtragshaushalt vorgesehen waren. Bezeichnend ist, daß Sie im Februar noch davon ausgingen, daß sich die Einnahmen aus den Verkäufen der **Flughafenanteile** und der **LEG-Anteile** auf 92 Millionen DM belaufen würden. Wie die 92 Millionen DM nun über eine wundersame Vermehrung zu 250 Millionen DM werden, müssen Sie uns freundlicherweise noch einmal erklären.

(Holger Astrup [SPD]: Sie müssen es verstehen!)

Entweder stimmt Ihre Rechnung nicht, oder Sie haben die richtigen Wertermittlungen bisher nicht offengelegt, oder aber

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da haben Sie etwas durcheinandergebracht! - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- auch dazu können wir ein Wort sagen, Herr Astrup - man geht bei der LEG davon aus, daß nicht nur die 645 Millionen DM eine Rolle spielen, sondern daß irgendwo auch der tatsächliche Wert eine Rolle spielt. Ich werde nachher darauf zurückkommen, was Sie da an Erlösen erzielen könnten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf von der SPD)

- Entschuldigung, ich habe das nicht ganz verstanden. Aber das war sicherlich nicht richtig; denn sonst wäre da kein Widerspruch gekommen.

Im übrigen beweist die Vorlage zu dem Nachtrag, daß die **Forderungen** aus den **Agrar- und Wohnungsbaukrediten** ebenfalls nicht richtig veranschlagt worden sind. Nicht umsonst werden wir heute einem Dringlichkeitsantrag zustimmen müssen. Daran wird deutlich: Das Land befürchtet offensichtlich, daß sich der Bund in Höhe von 21 Millionen DM in den nächsten Jahren schadlos halten könnte, weil Mittel in dieser Höhe von Brüssel zurückgefordert werden könnten. Auch diese Einnahmeposition muß also relativiert werden.

Was die Rücktrittsrechte betrifft, die gerade bei den Agrarkrediten mit aufgenommen worden sind, so entsteht, wenn es zu einem solchen Rücktritt kommen sollte, eine neue Haushaltslücke von etwa 150 Millionen DM. Dazu wollen Sie sich heute natürlich nicht bekennen, Herr Minister. Ich frage mich, wie Sie dann, wenn diese Rücktrittsrechte in Anspruch genommen werden, die Lücke in Höhe von 150 Millionen DM aus dem Haushalt decken wollen. Sicher ist jedenfalls: Das ist keine solide Finanzpolitik.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist Bilanzverschleierung. Das ist leichtfertig. Das grenzt an Fahrlässigkeit.

Sie gehen laut Ihrem Hindergrund von August 1997 davon aus, daß - so ist das da jedenfalls formuliert - Einnahmen in Höhe von 700 Millionen DM aus den Veräußerungen im Zusammenhang mit dem **Immobiliendeal** kommen. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung sind für die jeweiligen Jahre 250 Millionen DM, 200 Millionen sowie 200 Millionen DM ausgebracht. Das sind nach unserer Rechnung 650 Millionen DM. Auch hier fehlen Ihnen 50 Millionen DM. Vielleicht sind sie dazu da, Notare damit zu beauftragen, Eintragungen vornehmen zu lassen. Vielleicht sind die beiden unterschiedlichen Summen aber auch auf eine andere, uns jedenfalls nicht zugängliche Weise zu erklären. Die beiden Zahlen sind ein Beweis für die Unsolidität Ihrer Haushaltsplanung und möglicherweise auch eine Zerstrittenheit innerhalb der Landesregierung; denn da weiß rechts offenbar nicht, was links tut.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das tatsächliche Geschehnis aber, Frau Heinold, ist noch viel trauriger. Diese Zahlen stützen sich auf ein - mit eingeschränkten und fragwürdigen Prämissen - bestelltes Gutachten. Mit der Aussage, die **Wirtschaftlichkeit** sei gegeben und die **Verfassungsmäßigkeit** würde Herr Wienholtz darstellen, hat sich der Minister wieder einmal aus der Verantwortung gestohlen. Mit nichts ist bewiesen worden, daß das Geschäft wirtschaftlich ist. Sie haben überhaupt keine Wirtschaftlichkeitsberechnung, Herr Minister!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Im übrigen ist außer Ihnen niemand davon überzeugt, daß das Geschäft aufgeht. Auch aus dem Gutachten geht hervor, daß die zu erwirtschaftenden Gewinne nur vom **Gebäudemanagement** auf der einen Seite und von der **Reduktion der Flächen** auf der anderen Seite abhängen und nicht von irgend etwas anderem.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die Alternative, ein reines Gebäudemanagement zu betreiben, haben Sie der Gutachterfirma als vierte Variante wohlweislich nicht in den Auftrag geschrieben. Warum denn wohl nicht? Die Rechnung ist doch ganz einfach. Sie selbst haben uns mitgeteilt, daß das Land über 700.000 bis 1 Million m² Flächen verfügt. Sie selbst haben uns mitgeteilt, daß Sie 12,20 DM pro m² Miete angesetzt haben. Das sind - wenn ich richtig rechne - round about 150 DM pro m² und Jahr. Sie können sich selbst ausrechnen, wie hoch Ihre Einsparung wäre, wenn Sie 1 Million m² Fläche um 10 % reduzieren. Sie läge nämlich über der Summe, die Sie aus dem Geschäft nach Abzug der Miete erwirtschaften. Sie hätten hier sparen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Aber was tun Sie statt dessen? Sie weigern sich bis heute, die Komplexe getrennt voneinander durchzurechnen. Auch die Stellungnahme der Managementberatungsfirma BSL macht deutlich, daß wir hier die richtigen Überlegungen anstellen. Sie sagt nämlich, daß ein zentrales Gebäudemanagement an sich schon - ohne eine Reduzierung der Flächen - eine Einsparung in zweistelliger Prozenzhöhe brächte. Das heißt doch nichts anderes, als daß Ihre 10 % allein durch ein zentrales Gebäudemanagement zu erwirtschaften wären.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nein, Frau Simonis, Ihnen geht es überhaupt nicht um Einsparungen im Haushalt; Ihnen geht es um die Vermeidung der sofortigen Bankrotterklärung durch eine verdeckte **Drittmittelkreditierung**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie wollen doch Ihr angeschlagenes Image nur über die Bundestagswahl hinaus retten, vielleicht in der irrealen Hoffnung, in eine SPD-Regierungsmannschaft in Bonn berufen zu werden. Den Bankrott soll dann hinterher Ihr Nachfolger oder - verzeihen Sie, Frau Erdsiek-Rave! - Ihre Nachfolgerin abwenden. Mit dem Immobiliendeal jedenfalls schaffen Sie weit über das Jahr 2000 hinaus Lasten für dieses Land, Frau Simonis!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auf Ihre Sparvorschläge warten wir!)

Wenn wir im Jahr 2000 den Kassensturz machen werden, müssen wir gar nicht lange gucken. Der Minister hat selbst gesagt, wo wir stehen. Er sagte: „Ein solcher Haushaltsausgleich zeigt eindrucksvoll die finanzielle Problematik der kommenden Jahre“. - Gemeint ist der Immobiliendeal.

Weiter heißt es dann bei ihm - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seien Sie doch einmal ehrlich! - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Offenbar können Sie Ehrlichkeit nicht vertragen, Herr Hentschel! Das ist nämlich ein wörtliches Zitat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Weiter steht dort: „Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben droht ab dem Jahr 2000/2001 deutlich größer zu werden, sofern es nicht gelingt, weitere Einsparungen zu realisieren.“

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir wissen doch alle, was in Bonn passiert! Hören Sie doch einmal darauf, was Herr Schäuble gesagt hat!)

Wo sind denn diese Einsparungen? Machen Sie doch einmal Vorschläge! Daran fehlt es aber bei Ihnen. Das ist der Punkt.

Wenn Sie auf Herrn Schäuble und auf Bonn hinweisen: Man kann ja einmal über Punkte diskutieren. Nur, was macht denn die Partei, mit der Sie hier koalieren? - Frau Matthäus-Maier sagt: Nein, 15 Pfennig seien viel zuviel bei der **Mineralölsteuer**; das dürften höchstens 10 Pfennig sein.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagt denn Ihre Partei dazu, was sagt die F.D.P. dazu? - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daß dazu hier im Lande Beifall geklatscht wird, das verstehe ich nun überhaupt nicht; denn wir sind uns doch darüber einig, daß das Flächenland Schleswig-Holstein mit seinen Bürgerinnen und Bürgern belastet wird.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Was wollen Sie denn in Bonn? - Sie wollen doch überhaupt keine **Steuerreform**. Alle wissenschaftlichen Institute sind sich doch einig, daß nur eine wirkliche Entlastung und nicht ein Ausgleich oder eine Verschiebung, wie Sie sie wollen, zu mehr Arbeitsplätzen führt. Das, was Sie machen wollen, ist ein Nullsummenspiel, das am Ende nichts bringt.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber wenn das Land im Jahr 2000 pleite ist, gilt das Motto, das auch hier deutlich wird: Nach uns die Sintflut!

(Wortmeldung der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke des Präsidenten)

- Frau Heinold, ich habe den Eindruck, wir können nachher diskutieren.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, erlauben Sie mir bitte die Frage?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Schäuble, Ihr Fraktionsvorsitzender in Bonn, hat doch selbst die Schnauze voll! Er hat die Schnauze von Ihrer eigenen Partei in

Bonn voll! - Zurufe von der CDU -
Glocke des Präsidenten)

- Herr Abgeordneter Hentschel - -

Martin Kayenburg [CDU]:

Sie haben die Chance, insbesondere die SPD hat die Chance, am Donnerstag im Vermittlungsausschuß zu zeigen, wie weit sie überhaupt in der Lage ist, sich zu bewegen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Dann können wir uns Freitag morgen darüber unterhalten, ob wir doch noch eine Chance haben werden.

Es kann nur gehen, wenn wir wirkliche Entlastungen haben - und sei es in Schritten. Ich halte sonst nichts von Stufenplänen, aber in diesem Fall wäre auch das ein Weg. Die Verantwortung liegt aber allein bei der SPD.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sind wir uns ja einig!)

Zurück zu den Immobilien!

Herr Minister, was Sie bisher immer verschwiegen haben - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg, Entschuldigung! - Ich rufe den Herrn Abgeordneten Hentschel zur Ordnung.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht in Ordnung! - Günter Neugebauer [SPD]: Jetzt kommen die Alternativen!)

Martin Kayenburg [CDU]:

Wir können auch gern zu den Alternativen kommen. Ich denke, Herr Neugebauer, das Thema „Immobilienideal“ ist hinreichend deutlich geworden. Wir sind jedenfalls der Auffassung - das ist auch im Finanzausschuß von Ihrer Seite bestätigt worden -, daß Gebäudemanagement und **Immobilienideal** nicht

ursächlich zusammenhängen und für die geplanten Haushaltseinsparungen wohl auch nicht nötig sind, sondern lediglich zur Sanierung des Haushalts vorgesehen sind.

Aus diesem Grund sind wir nach wie vor der Auffassung, daß dieses Geschäft verfassungswidrig sein könnte; denn hier werden Drittmittel in der Form aufgenommen, daß das Land an die I-Bank Immobilien weitergibt, sich die I-Bank - wie es auch deutlich geworden ist - am Kapitalmarkt refinanziert, diese Mittel dem Land zur Verfügung stellt. Damit das Land dann auch noch die nötige Sicherheit bei der I-Bank hinterläßt, werden statt 1 Milliarde DM lediglich 700 Millionen DM ausgekehrt; weitere 300 Millionen DM werden als Eigenkapital bei der I-Bank zurückgelassen.

Gefragt, warum das denn nötig sei, zeigt man doch, in welcher Form bei Ihnen Haushaltspolitik gemacht wird, Herr Neugebauer!

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Darauf ist uns gesagt worden - hören Sie bitte einmal zu; vielleicht ersparen Sie sich dann auch diese Zwischenrufe -, das müsse man so betrachten wie die Eigenleistungen beim Häuslebauer, der mit anpacken muß und als Eigenleistung einen bestimmten Teil mit in die Kapitalbildung einbringt. So betrachten Sie 300 Millionen DM. Nette Eigenleistung, kann ich da nur sagen!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Häuslebauer hat doch keine Kameralistik!)

- Im Klartext: Herr Hentschel, Sie haben doch die Immobilien nur hinterlegt, um die nötige Sicherheit zu geben, damit die Investitionsbank diese Mittel zur Verfügung stellt. Das ist doch über den Beirat beziehungsweise über den **Liegenschaftsausschuß** sichergestellt. Da gibt es ja offenbar - Herr Minister, trotz Ihres guten Willens habe ich leider das Gutachten erst heute morgen bekommen - einen zweiten Entwurf. Nach dem Entwurf, den wir kennen, hat das Land im Liegenschaftsausschuß die Mehrheit. An dieser Stelle wäre das Gutachten nicht richtig; denn der Gutachter geht davon aus, daß die Verfassungsmäßigkeit deswegen auch an dieser Stelle wiederhergestellt sei, weil das Land im Liegenschaftsausschuß nicht mehr die Mehrheit hätte.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Wenn das so ist, dann allerdings müssen wir an dem Punkt noch einmal nachdenken. Nur, dann kennen wir nicht die richtige Vorlage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen die häufiger so! - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Thomas Stritzl [CDU]: Das hat ja Methode! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann kommen Sie zu den politischen Perspektiven?)

Wir kennen nur die Vorlage, wonach das Land die Mehrheit hat. - Zu politischen Perspektiven kann ich gern kommen, Herr Hentschel, aber dazu will ich Ihnen erst einmal folgendes sagen. Als die Frau Ministerpräsidentin gefragt wurde, welches konkrete Zahlenwerk die Opposition vorlege, hat sie geantwortet, das würde sie amüsieren; das sei nicht Aufgabe der Opposition, sondern Sache der Regierung.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Wenn die Quelle gewünscht wird: Das Zitat ist aus dem Hörfunkspiegel „Inland“ vom 13. August 1996. - Auf diese Zahlen warten wir also schon seit über einem Jahr.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Also, Herr Hentschel, mit ein bißchen mehr Ernsthaftigkeit sollte man an die Sache schon herangehen. Der Immobiliendeal ist jedenfalls nicht das Geschäft.

Einem professionellen **Gebäudemanagement** mit seinen **Sparwirkungen** auf den Haushalt hätten wir zugestimmt. Wir hätten im übrigen auch zugestimmt, wenn nicht nötige Immobilien oder unbebaute Liegenschaften veräußert worden wären.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat doch der Landesrechnungshof schon gesagt! Lassen Sie jetzt die Opposition vom Landesrechnungshof machen?)

- Der Vorwurf ist schon hinreichend genug zurückgewiesen worden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie einmal in die Presse schauen, werden Sie sehen, daß es durchaus parallele Entwicklungen gibt. Darauf werden wir morgen zu sprechen kommen, wenn wir das Thema „Landesbank“ diskutieren werden. Hier kann man schon in dieselbe Richtung denken, wenn man wirtschaftlich vernünftig denkt. Nur, das fehlt Ihnen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Im übrigen habe ich in der Presse angedeutet, was wir für sinnvoll halten würden. Wir haben gesagt, daß wir bereit sind, bei den **Subventionen** zurückzufahren. Herr Minister, ich stehe überhaupt nicht an zu sagen, daß ich auch in der Fraktion

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche?)

einen Hinweis gegeben habe, daß man zum Beispiel darüber nachdenken müßte - Herr Neugebauer! -, ob es sinnvoll ist, an florierende Unternehmen, die dann auch noch Gewinne machen, die über Jahre mit ihren Aufträgen ausgelastet sind, Subventionen zu zahlen. Ich frage mich, ob Sie diesen Weg mitgehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich denke, ich habe einen Hinweis gegeben, und wir werden die Haushaltsberatungen führen. In den Haushaltsberatungen kann man sicherlich auch über solche Punkte nachdenken. Man kann aber auch über die 6er Titel nachdenken, über die 4,6 Milliarden DM, in denen auch Ihre rot-grünen Spielwiesen stecken.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn Sie da ein paar Titel genannt haben wollen, kann ich Ihnen die gern aufzeigen.

Letztlich, Herr Minister: Wenn Sie hier - das ist noch ein Hinweis auf Bonn - deutlich zu machen versuchen, daß die **Steuereinnahmen** dauernd gesunken seien, dann sage ich Ihnen, daß das doch so gar nicht stimmt. Sie haben das sehr geschickt formuliert. Im **Bund** ist das richtig. Das **Land** hat aber bis auf das Jahr 1996 - deswegen ist diese Haushaltsmisere um so

verwerflicher - keine Minderung bei den Steuereinnahmen gehabt. Sie haben seit 1988 insgesamt einen Zuwachs von 54,8 % zu verzeichnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Trotzdem ist Sparen nicht Ihre Sache.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Ihnen ist es immerhin gelungen, die Pro-Kopf-Verschuldung im Lande auf über 10.000 DM hochzutreiben.

Sie sagen, im **Personalbereich** wollen Sie Einsparungen machen. In der Vergangenheit haben Sie diesen Bereich jedenfalls aufgeblasen. Ihre Quote liegt bei nahezu 40 %. Wir fordern seit Jahren einen Einstellungsstopp, Herr Hentschel; dem sind Sie nicht gefolgt. Sie haben ihn nur halbherzig nachvollzogen.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, die Pensionierungswelle bis zum Jahre 2005 für Personaleinsparungen zu nutzen, ebenso die nicht unerhebliche Fluktuation. Reaktion: nahe Null. Was machen Sie eigentlich mit den Entbeamtungen? Wir könnten uns vorstellen, daß man für einige Jahre auf Entbeamtungen verzichtet. Sie wissen genau, daß Angestellte in der aktiven Zeit - ich betone „in der aktiven Zeit“ - 30 % teurer sind als Beamte.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Warum eigentlich sind Sie nicht bereit, hier für eine Übergangszeit - -

(Holger Astrup [SPD]: Wir denken weiter!)

- Wir denken auch weiter. Nur, wir wollen das bei einem gesunden Haushalt und nicht bei einem Haushalt, in dem wir später Mietkosten von über 100 Millionen DM haben, Herr Astrup, die wir zusätzlich aufbringen müssen, weil Sie die Immobilien verscherbeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Das ist doch der Punkt.

Wir haben außerdem vorgeschlagen, daß wir die **Leistungen des Landes** auf den Prüfstand stellen sollten. Haben Sie doch den Mut, alle Leistungsempfänger aufzufordern zu begründen, warum sie bestimmte Ansprüche geltend machen.

(Holger Astrup [SPD]: Dann haben wir Ihre Kollegen auf dem Hals! Das kennen wir ja schon!)

- Herr Astrup, diese Auseinandersetzung führe ich schon selber; die müssen Sie mir nicht abnehmen. Entscheidend ist, ob Sie bereit und in der Lage sind, gerade bei den 6er Titeln alles auf den Prüfstand zu stellen. Ich werde Ihnen da auch ein paar Punkte nennen; Sie werden sich wundern.

(Holger Astrup [SPD]: Ich freue mich darauf!)

- Gut. Wir können das dann in der Einzeldebatte austauschen. Wir müssen das nicht hier im Grundsatz tun. Ich muß nicht über Flüchtlingsrat, über Förderung von bestimmten Maßnahmen oder auch über kleinere Dinge reden, die sich im Bereich von 15.000 bis 40.000 DM abspielen.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Neugebauer, wenn Sie das pro Kopf der Mitglieder der jeweiligen Organisation umrechnen, dann kommen in einzelnen Fällen Zuschüsse des Landes von zum Beispiel einer DM pro Jahr und Kopf für ein Mitglied eines Vereins heraus. Ich frage mich, was dieser Schwachsinn soll. Die Buchungen sind teurer als das, was Sie da ausgeben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Also, gehen Sie mit ein bißchen Phantasie daran, überprüfen Sie die Leistungen, überprüfen Sie die Mischfinanzierungen, wo viele **Mitnahmeeffekte** zu verzeichnen sind!

Das gilt auch im Hinblick auf Ihre Kritik. Machen Sie eine Strukturreform, die nicht nur im Verbalen steckenbleibt! Jedenfalls ist das der Weg, wie Sie den Haushalt auch 1998 noch in Ordnung bringen könnten. Für 1999 müssen dann strukturelle Sparmaßnahmen ausgeführt werden. Und ich behaupte: Wenn Sie uns folgen, greifen die auch.

Ich komme jetzt noch ganz kurz auf die **Wohnungen** zurück. Sie könnten den Haushalt - eben wurde nach der Zahl gefragt, beziehungsweise mir wurde nicht abgenommen, daß die Rechnung nicht stimmt - doch ganz schnell sanieren: Die WOBAU hat über 18.000 Wohnungen. Wenn Sie jede Wohnung mit nur 100.000 DM ansetzen, dann kennen Sie etwa den Wert dieser Wohnungen. Die Landesregierung selbst hat einen Wert von 645 Millionen DM ermittelt.

(Minister Claus Möller: Und die Schulden?)

- Ich habe die Schulden auch nicht abgezogen, Herr Minister; ich habe gesagt „Wert“. Ich bitte, die Formulierungen dann doch auch korrekt aufzunehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn wir von einem Wert der WOBAU von 645 Millionen DM ausgehen und ich berücksichtige, wie Sie die Agrarkredite oder die Wohnungsbaukredite abgewertet haben, und nur den Prozentsatz zugrunde lege, dann muß der Wert der WOBAU, und zwar der, der gemeinhin als Verkehrswert bezeichnet wird, irgendwo auf der Hälfte zwischen 650 Millionen und 1,7 Milliarden DM liegen. Wenn Sie das realisieren, haben Sie Ihren Haushalt für die nächsten Jahre gleich mit saniert. Nur, Sie sind ja nicht einsichtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nun sollen auch keine Argumente kommen, das sei unsozial. Eigentumsbildung war noch nie unsozial. Und wenn es um die Mieter geht, Herr Hentschel, so gilt es, die Chance wahrzunehmen - vielleicht ist die Landesregierung ja aus dem Verkauf der HDW-Wohnungen auch schlau geworden -, eine Mieterabsicherung vorzunehmen, so daß über diesen Weg eine Sanierung des Haushalts auch sozialverträglich möglich sein müßte.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist das die einzige Alternative?)

Frau Simonis, folgen Sie uns! Dann haben Sie die Chance, als Sparkommissarin doch noch in die Geschichte dieses Landes einzugehen. Ich jedenfalls kann nur sagen: Wir müssen keine weiteren Vorschläge machen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen bloß andere Häuser als wir verkaufen!)

Es ist nicht Aufgabe der Opposition, die Regierung mit Vorschlägen zu überholen. Aufgabe der Opposition ist es, die Vorschläge der Regierung zu prüfen. Dazu können wir dann ja oder nein sagen. Dies stammt nun leider nicht von mir, sondern von Herrn Klose. Aber es ist richtig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave [SPD]:

Sie können gern noch ein wenig weiterklatschen.

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! „Kernkompetenz“ - dieser Begriff, dieses Wort hat bei der Entwicklung von Unternehmensstrategien und in der Debatte um die Modernisierung des öffentlichen Sektors fast schon Flügel. Über eben diese **Kernkompetenz** sollte nicht nur geredet werden. Es gilt vielmehr, sie aktiv wahrzunehmen - zum Beispiel heute, zum Beispiel in diesem Landtag. Denn wenn es eine landespolitische, eine parlamentarische Kernkompetenz gibt, dann ist es die Debatte und sind es letztlich die Entscheidungen zum Haushalt.

Die Versuchung mag ja groß sein, am heutigen Tage vieles über Hamburg und noch mehr über Bonn zu sagen, darüber zu reden und zu streiten. Aber der Kern unserer Debatte ist das nicht. Deshalb gestatten Sie mir nur zwei Anmerkungen.

Erstens. Hamburg hat gewählt. Bürgermeister Voscherau ist zurückgetreten, und beides hat der SPD wehgetan. Den Respekt vor der Entscheidung des Hamburger Bürgermeisters verbinde ich mit einem Dank für die von ihm erbrachten Leistungen für seine Stadt und für die langjährige Zusammenarbeit mit unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zusammenarbeit muß und wird auch unter neuen Konstellationen weitergehen. Die SPD hat den Auftrag zur Regierungsbildung und damit auch die

Verantwortung, für Kontinuität gemeinsamer norddeutscher Interessen zu sorgen.

Zweitens. In Bonn wird gezählt, aber noch nicht gewählt. Der Bonner Stillstand hat schlimme Auswirkungen für unser Land. Ihre Appelle an die SPD, Kohl und Waigel aus der Klemme zu helfen, sind entweder dreist oder heuchlerisch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Holger Astrup [SPD]: Beides! - Lachen bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Die Krisenmanagementversuche von Herrn Schäuble sind ebenso ehrenwert wie durchsichtig. Sie dienen in erster Linie eigenen Interessen. Aber warten wir es ab, ob es womöglich in dieser Woche doch noch zu einem Kompromiß kommt. Das wäre ja gut für unser Land. Eine gemeinsame Linie ist jedenfalls in den **Koalitionsfraktionen in Bonn** bisher nicht zu erkennen - im Gegensatz zur Opposition. Es ist bezeichnend, Herr Kayenburg, daß Sie zum Schäuble-Vorschlag nichts beigetragen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Dann haben Sie nicht richtig zugehört!)

Ich spare mir weitere Bemerkungen - nicht zu Ihrer Rede; dazu komme ich noch - zu dem, was in Bonn geschieht, und sage: Der König des Kuddelmuddels, Herr Waigel, und der Weltrekordhalter im Aussitzen, Herr Kohl, sind eine Belastung für dieses Land, und ihre Zeit läuft ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Zeit läuft ab, und Sie wissen das ganz genau, meine Damen und Herren!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir ja sehen!)

- Ach, wissen Sie, Herr Kubicki, nach Ihrem Landesparteitag und nach der Wahl in Hamburg höre ich Ihre Zwischenrufe mit noch größerer Gelassenheit als vorher schon.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen sehen, was Sie nach den Kommunalwahlen sagen!)

Zurück zur Kernkompetenz des Schleswig-Holsteinischen Landtags, zur Debatte um den **Haushalt 1998** und zu den Kernaufgaben unseres Landes, zu den Kernstücken unserer Politik. - Auch wenn wir in den vergangenen Wochen und Monaten auf Steuerschätzungen und Arbeitsmarktdaten, auf globale Tendenzen und regionale Sonderentwicklungen oft genug nur reagieren konnten, weil die Entscheidung ganz woanders fiel - in Bonn, in Brüssel, in Frankfurt oder in New York -, wollen wir mit dem Haushaltsentwurf deutlich machen, wie wir reagieren und auf welchen Feldern wir agieren wollen.

Risiken bei den Steuereinnahmen auf der einen Seite, gesetzliche Aufgaben auf der anderen Seite, und dazu ein immer noch hoher Personalkostenanteil sind ein dorniges Dreieck.

Ich muß mich, Herr Kayenburg, nun leider doch Ihrer Rede zuwenden. Ich habe vom Anfang bis zum Ende aufmerksam zugehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wie alle! - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben ja eine wirklich nette Fraktion, die auf Verabredung heftigen Beifall klatscht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das können Sie auch organisieren!)

Aber ich muß in aller Ehrlichkeit sagen, ich habe die ganze Zeit geglaubt, Sie müßten Ihre Rede mit der des finanzpolitischen Sprechers vertauscht haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es war null politische Perspektive. Sie haben dem Finanzminister Analysefähigkeit attestiert, aber von Ihnen kam keine einzige wirtschaftspolitische Analyse.

(Martin Kayenburg [CDU]: Was? - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allen Dingen fehlten von A bis Z ein politischer Leitgedanke, ein politischer Entwurf, eine politische Idee.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es tut mir leid, mich hat - und das sage ich ganz ehrlich - ausgesprochen enttäuscht, was ich von Ihnen gehört habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kommt von Ihnen?)

- Ja, das kommt jetzt von mir. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Wort zum Sonntag!)

Ich kann deshalb die Aufregung der Opposition - vor allen Dingen über die **Veräußerung** von **Landesliegenschaften** - sehr gut verstehen. Und wissen Sie, ein Zwischenruf wie der von Ihnen mit dem Wort zum Sonntag - von Ihnen kommen ja gelegentlich geschmacklose Zwischenrufe - war nun einer der Höhepunkte, die Sie sich bisher geleistet haben.

Die Kritik der Opposition am Verkauf der Landesliegenschaften gipfelt ja in dem Vorwurf, wie wollten tatsächlich durch Einnahmeverbesserungen rot-grüne Reformpolitik verwirklichen. Das ist ja unerhört. Da will doch tatsächlich eine Koalition bei knappen Kassen einen Wählerauftrag und einen Koalitionsvertrag erfüllen. Ich fühle mich ertappt. Nur die rot-grüne Koalitionsdisziplin verbietet es mir ja, daß ich rot anlaufe. Recht haben Sie, ja, Sie haben recht. Wir wollen und wir werden weiterhin Landespolitik gestalten, weil dieses Land nämlich Fortschritt und nicht Stillstand braucht und weil dieses Land Einfallsreichtum hat und nicht unter Ideenarmut leidet. Ich sage noch einmal, wir wären im wahrsten Sinne des Wortes klug beraten, wenn wir den Austausch von Ideen, von Gedanken, von Kreativität kluger Köpfe dieses Landes im Rahmen der Landespolitik nachdrücklich fördern würden. Es würde diesem Land guttun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieses Land Schleswig-Holstein durchlebt in seiner Wirtschaftsstruktur, in seiner Infrastruktur einen Wandel, den wir mitgestalten wollen, damit das Nörgeln der Vergangenheit aufhört. Dafür braucht auch der Landeshaushalt Gestaltungsspielraum. Dafür braucht der Haushalt gestaltbare und innovative Finanzierungsinstrumente - Einfälle also gegen die Ausfälle aus Bonn.

Wir schulden unseren Wählerinnen und Wählern Ideen statt immer neue Schulden. Und wir brauchen „Bessermacher“ statt „Besserwisser“.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Richtig ist: Wer handelt, der handelt sich auch viel ein - vor allen Dingen Kritik. Letztere zu üben, ist das gute Recht, sogar die Pflicht einer Opposition. Hier in diesem Hohen Hause läßt sich ja auch ordentlich streiten. Außerhalb dieser Debatte und außerhalb dieses Parteienstreites steht allerdings der Landesrechnungshof. Das heißt, dort sollte er stehen, wenn er nicht Gefahr laufen will, daß seine Neutralität, sein Verfassungsauftrag, seine Unabhängigkeit in Zweifel gezogen werden.

Ich nehme die Machtbalance, die Rollenverteilung von Organen unserer Landesverfassung sehr ernst. Deshalb fordere ich vom Landesrechnungshof, daß er sich auf seinen Verfassungsauftrag und dessen Grenzen besinnt.

(Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Das ist doch unerhört!)

Zur Sache selbst, das heißt zur geplanten Veräußerung von Landesliegenschaften und deren Form der Bewirtschaftung will ich nach langer intensiver und auch kritischer Diskussion in der Fraktion folgendes noch einmal feststellen:

Erstens. Selbstverständlich - und niemand verheimlicht das - geht es auch - ich betone „auch“ - um aktuelle wie mittelfristige Liquiditätsbeschaffung, weil wir politisch handlungsfähig bleiben wollen, weil wir unsere Politik eben nicht kaputtsparen wollen und weil auch nicht nur ich übrigens keine nennenswerten und vom Volumen vergleichbare Alternative sehe. Was Herr Kayenburg hier gesagt hat, waren nichts als vage Andeutungen. Sie sind uns nach ihrer vollmundigen Ankündigung, Herr Kayenburg, man könne doch 250 Millionen DM auch auf andere Weise einsparen, ein paar konkretere Vorschläge schuldig. Wir warten darauf.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie hier vorgeschlagen haben, indem Sie sich dem Vorschlag des Landesrechnungshofes angeschlossen haben - nämlich die Veräußerung des WOBAU-Bestandes -, ist - mit Verlaub bemerkt - keine Alternative.

Ich könnte ja - das klingt vielleicht ein bißchen boshaft, was ich hier sage - eine oppositionelle Taktik der landesweiten sozialen Verunsicherung, die damit verbunden wäre, verstehen. Die hätten Sie vielleicht gern. Aber Sie werden sie mit uns nicht bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir werden das Gebäudevermögen durch den neuen wirtschaftlichen Eigentümer in seiner Substanz nachhaltig erhalten und verbessern, was bisher im Rahmen der ständigen Kürzungen der entsprechenden Titel nicht möglich war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daran sind Sie doch schuld!)

Vermögensmanagement durch eine Bank - eine öffentlich-rechtliche noch dazu, die unserem Einfluß unterliegt - halte ich für eine zukunftsweisende Lösung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sehen wir ja!)

Drittens. Wir werden die Gebäudeverwaltung, das **Liegenschaftsmanagement** in eine neu zu gründende Anstalt überführen, und zwar mit dem Personal der Landesbauverwaltung, mit dem Personal der Ressorts und mit dem Know-how der LEG.

Die Rechtsfrage scheint geklärt zu sein. Das Gutachten, das die Landesregierung gestern vorgelegt hat, zeigt nach meiner Einschätzung auch, wie kurzatmig und wie angreifbar die Stellungnahme des Landesrechnungshofes ist. Ich halte die Wirtschaftlichkeit für darstellbar. Die verschiedenen Komponenten des Konzeptes bewirken parallel wie aufeinanderfolgend nachhaltige Effekte für den Haushalt - und zwar punktuell wie strukturell.

Meine Damen und Herren, niemand erwartet von Ihnen und von der Öffentlichkeit, daß Sie dies für das Ei des Kolumbus halten. Aber mit Ihrer Grundeinstellung und mit Ihrer Ängstlichkeit, Neuland zu betreten und neue Wege zu begehen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

wäre Kolumbus noch nicht einmal aus der Hafeneinfahrt herausgekommen, Herr Kayenburg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche Herrn Minister Möller, daß er den finanzpolitischen Kurs, der der Kurs dieser Koalition ist, fest in der Hand behält.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wünschen wir ihm auch!)

Ich bedanke mich ausdrücklich bei ihm für die Standhaftigkeit und den Mut, mit dem er neue Wege geht, sie offenlegt und sie hier im Parlament zur Diskussion stellt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beide Koalitionsfraktionen gehen diesen Weg auf konstruktive und solidarische Weise mit ihrem Minister. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich auch bei unserem Koalitionspartner.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vorwärts in den Abgrund!)

Dank gebührt auch den Mitarbeitern in seinem Hause, insbesondere in der Landesbauverwaltung, und den Experten der **Landesentwicklungsgesellschaft** und der **I-Bank**.

Nun möchte ich noch ein Wort zu den beiden letztgenannten Institutionen sagen. Wir selbst haben deren Grundlagen und Aufgaben in diesem Parlament durch Gesetz geschaffen, damit wir uns stärker auf das Steuern konzentrieren können und damit eine effiziente Infrastruktur durch kräftiges Rudern dieses Land voranbringt. Oder wollten sie, die Opposition, daß diese unsere Kinder, die es ja sind, immer nur im Sandkasten spielen? LEG und IB sind ein kräftiger Doppelzweier geworden, wie sich das im Ruderland Schleswig-Holstein gehört. Weil beim Rudern die Steuerleute meist Leichtgewichte sind und nach großen Erfolgen ins Wasser geworfen werden, will ich unsere Aufgabe lieber anders definieren.

(Thomas Stritzl [CDU]: Doppelzweier?)

- Nein, wir sind die Trainer dieses Doppelzweiers. Wir legen fest, wo das Boot an den Start geht. Und die Siegprämie gehört uns übrigens auch, und zwar uns allen.

(Beifall bei der SPD)

- Ja, da sagen Sie mal etwas dagegen: Für die Kernaufgabe der „Bewahrung und Schaffung von Gestaltungsspielraum“ haben wir einen innovativen Ansatz gefunden.

Ich komme nun zu den Kernstücken:

1. Arbeitschancen schaffen.
2. Bildungsperspektiven eröffnen.
3. Technologieimpulse geben.
4. Den sozialen Zusammenhalt stärken.

Die Arbeitnehmer in Schleswig-Holstein haben oft genug und an vielen Orten am eigenen Leib erfahren, was Globalisierung heißt. Das geht von Teldec bis Hagenuk. Die Konzerngebundenheit vieler Unternehmen hat Standortverlagerungen zur Folge. Die geringe Exportquote der kleinen Unternehmen im Lande bedeutet zugleich, daß sie am exportbedingten Aufschwung nur wenig Anteil haben. Durch die Finanzknappheit der öffentlichen Hände fehlt der Spielraum für eine antizyklische Beschäftigungspolitik. Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik im Lande müssen deshalb neue Antworten geben. Wir organisieren über den Landeshaushalt einen neuen Mix von Maßnahmen.

In einer Kraftanstrengung wird ASH noch um 10 Millionen DM aufgestockt, die Finanzierung von Existenzgründungen wird ausgebaut, das Konzept der Technologiezentren für junge, innovative Unternehmen wird fortgeführt, die Kommunen werden in ihren Anstrengungen unterstützt, um mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten neue Wege aus der Sozialhilfe zu finden, und die Instrumente der Bestandspflege - Bürgschaftsbank, Wirtschaftsförderungsgesellschaft - wie auch die Unterstützung neuer Unternehmen durch mittelständische Beteiligungsgesellschaften und I-Bank werden koordiniert eingesetzt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können ja nicht ernsthaft bestreiten, daß dies vernünftige Instrumente zur Stärkung der **Wirtschaftskraft** dieses Landes sind. So fördern wir den Wandel, und so versuchen wir, in landespolitischer Verantwortung die Schaffung von Arbeitsplätzen zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich wundere mich nur, daß von Ihnen überhaupt nichts Derartiges kommt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die neuen Anforderungen an die Arbeitsplätze sind Herausforderungen an die schulische und berufliche Bildung. Und die kulturelle Attraktivität eines Landes ist auch ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität, für die Identität, aber auch für den Wirtschaftsstandort. Das hat uns nicht zuletzt das Institut für Weltwirtschaft ins Stammbuch geschrieben.

Bildungspolitik, Wissenschaftspolitik, Kulturpolitik, sie entscheiden über die Zukunft des Landes. Auf diesem Feld werden auch die besonderen Anstrengungen und Herausforderungen für die Arbeit meiner Fraktion in den kommenden Monaten liegen. Wir werden auch hier zu mehr Kooperation und Konzentration kommen müssen. Ich weiß, wie schwer es für manchen Verband ist, für manche Interessengruppe, das Ganze zu sehen, wenn man nur einen Teil vertreten muß. Aber die Neueinstellung von Lehrerinnen und Lehrern, die zusätzlichen Mittel für den Einstieg in die Betreute Grundschule als wichtige bildungspolitische, sozialpolitische und frauenpolitische Maßnahme, das sind Schwerpunkte, und das ist eine wichtige Wegmarke.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil Sie zur Schule auch nichts gesagt haben - noch nicht einmal indirekt -, erlaube ich mir eine Aufforderung an die Interessenvertreter in der Opposition hier im Hohen Hause: Reden Sie unsere Schulen doch nicht weiter schlecht, und demotivieren Sie nicht unsere engagierten Lehrer und Schüler!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beenden Sie Ihren Kulturkampf gegen die Gesamtschulen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

akzeptieren Sie sie als Teil unseres Bildungssystems, und kommen Sie endlich von der Konfrontation zur Kooperation!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Gott sei Dank verstehe ich nicht, was Sie da sagen.

(Heiterkeit)

Kommen Sie also endlich von der Konfrontation zur Kooperation auch in diesem Bereich!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kooperation, das muß auch das Schlüsselwort für den Hochschulsektor sein. Auch dazu kam von Ihnen kein Wort. Die Strukturdebatte ist schwierig genug. Ich setze darauf, daß am Ende kooperative Kommunalpolitik die Oberhand gewinnt über Kirchtumspolitik.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Da könnten eigentlich alle in der Fraktion klatschen.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

- Ich weiß ja, daß es unterschiedliche Interessen gibt, Herr Kayenburg; es ist kein Geheimnis, daß es das auch bei Ihnen gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sicher!)

Das Ziel muß doch sein, eine zukunftsweisende, tragfähige und dauerhafte Struktur im Lande zu schaffen, die für beide Landesteile gilt, für Schleswig und für Holstein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: So ist es!)

Es gibt in unserem Lande nicht nur so etwas wie einen historischen Auftrag, sondern es gibt auch einen Verfassungsauftrag, für faire Chancen und Perspektiven auch im **Hochschulbereich** zu sorgen, was die beiden Landesteile angeht. Wer das als Regionalpopulismus oder gar als Wahlkampfaktik anprangert - da gucke ich unsere Koalitionspartner einmal an -, der hat entweder die schleswig-holsteinische Geschichte nicht begriffen, oder er verfolgt ganz andere eigene Interessen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Anke Spoorendonk [SSW])

- Ich warte gern, bis Sie mit Ihrem Dialog zu Ende sind. Standortvielfalt, Standortprofil und internationale Wettbewerbsfähigkeit, das soll unsere Hochschulpolitik auszeichnen. Ich sichere für meine Fraktion allen Beteiligten sorgfältige Beratungen und ein sorgfältiges Abwägen zu.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre ganz gut!)

Ich füge in diesem Zusammenhang hinzu: Ich weiß, daß viele außerschulische und außeruniversitäre Bildungseinrichtungen große Sorgen haben. Ich weiß um ihre Abhängigkeiten. Aber ich setze auch hier darauf - zum Beispiel im Bereich der Akademien -, daß wir zu mehr Kooperation und Konzentration kommen werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kulturelle Angebot unseres Landes ist reichhaltig und wird von vielen Begeisterungsfähigen getragen. Das ist gut so. Unsere Landesmuseen, das Musikfestival sind echte Highlights, die über die Landesgrenzen hinaus strahlen. Auch deshalb wird die konzeptionelle Fortentwicklung und Förderung eine wichtige Aufgabe bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vom Highlight zum Hightech ist es nur eine Silbe weit. Und umgekehrt wird auch ein Schuh daraus. Denn manches in und aus Schleswig-Holstein ist ein echtes technologisches Highlight. Da bekommt letzte Woche ein junges Unternehmen aus Flensburg den Preis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt für seine Erfindungen auf dem Gebiet der Kältetechnik.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Trotz dieser Regierung!)

Da entwickeln Unternehmen in Lübeck und Norderstedt weltweit führende Produkte der Medizintechnik. Da spezialisieren sich in Kiel und Eckernförde Firmen und Institute auf dem Gebiet der Meerestechnik und erreichen Spitzenstellungen in ihrer Branche. Da veranstaltet Husum mit großem Erfolg die weltweit größte Windenergiemesse, da wird im Kaiser-Wilhelm-

Koog das weltweit größte Testfeld für Windenergie betrieben, gleich neben Deutschlands ältestem Windpark. Da gehen Firmen mit neuen Kommunikationsdienstleistungen an die Börse. - Meine Damen und Herren, Sie mögen sagen, das ist nicht das Verdienst der Landesregierung. Das will ich gerne zugestehen. Aber ich glaube, es gibt in diesem Land ein Klima, und es gibt viele Einrichtungen und Institutionen, die diesen Wandel, den wir wollen und den wir fördern wollen, **neue Technologien**, neue Dienstleistungen und anderes, nachhaltig befördern, und dabei soll es bleiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!)

Ich sage gerne noch einmal, welche Einrichtungen dies sind - dies ist eigentlich unumstritten im Lande -: Technologiestiftung, Technologietransferzentrale, Energiestiftung, Energieagentur. Sie alle unterstützen und fördern diesen Prozeß. Aus einer engeren Kooperation dieser Einrichtungen, die ich mir übrigens sehr wünschen würde und die ich nachdrücklich befürworte, verspreche ich mir weitere Impulse für Innovation und Arbeitsplätze, für das Profil dieses Landes und für eine nachhaltige Produktivität.

Die aktive Ausgestaltung dieses Prozesses übrigens, den ich eben beschrieben habe, durch die Unternehmensverbände und durch die Gewerkschaften hier im Lande, das ist ein Markenzeichen unseres Landes. Ich bedanke mich für diese kooperative Haltung ausdrücklich und beispielhaft bei Dr. Driftmann und bei Karin Roth.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn dann noch der Präsident des Landessportverbandes aktiv die EXPO 2000 in Schleswig-Holstein begleitet, dann ist das wahrer Sportsgeist.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Meine Damen und Herren, Garantin dieses kooperativen Klimas in diesem Lande ist die Ministerpräsidentin, der ich dafür danke und die ich nachdrücklich dabei unterstütze.

(Beifall bei der SPD - Thomas Stritzl [CDU]: Die möchte ich eigentlich gern hören! Sie ist ja gar nicht da!)

Die Zusammenarbeit für die Zukunft Schleswig-Holsteins setzt auch Zeichen für den sozialen Zusammenhalt.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Heiterkeit)

Die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts, Kollege Neugebauer, nimmt nicht nur täglich zu, sondern sie ist auch das Band, das die individualisierte Gesellschaft zusammenhält.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das mußte ihm einmal gesagt werden!)

Kindergartenplätze, Altenpflege, Krankenhaussanierung, Behindertenintegration, humane Ausländerpolitik, neue soziale Dienstleistungen und bewährtes ehrenamtliches Engagement, Streetworker und Betreuer des Täter-Opfer-Ausgleichs und viele mehr, sie alle sind das Netz, das Gestrauchelte auffängt, das Schwache stützt und Bedürftigen hilft. Sie geben ein Stück Stabilität, wo Globalisierungsdebatten die Menschen verunsichern, Rentenkürzungen sie ängstigen und Bonner Kürzungen Mangel schaffen.

Wir Sozialdemokraten jedenfalls fühlen uns in der Pflicht, wenn die soziale Substanz dieser Republik ins Wanken gerät. Wir wissen sehr wohl, daß unsere sozialen Systeme auch „Modernisierungsnotwendigkeiten“ zeigen. Wir wissen, daß wir das **soziale Netz** reformieren müssen, und wir wissen, daß wir die Instrumente, die wir haben, wie zum Beispiel die Sozialhilfe, effizienter einsetzen müssen.

Bei all dem, was wir vorhaben, haben wir aber eine eindeutige Meßlatte; das sind die berechtigten Sorgen, Ängste und Nöte all derer, die sich eben nicht selbst vor allen Risiken des Lebens allein schützen können.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst-Dieter Rossmann [SPD])

Aus diesem Blickwinkel werden wir auch die Debatte um die **innere Sicherheit** des Landes fortsetzen, und zwar mit Augenmaß

(Beifall bei der SPD)

und nicht als Thema, nicht als Kampagne auf irgendeiner wahlkampfaktischen Metaebene. Denn das Augenmaß ist das Schutzbedürfnis der Menschen, der

Schutz vor Bedrohung und der Schutz ihrer Grundrechte. Da gibt es offenbar Differenzen zwischen dem, was objektiv ist, und dem, was Menschen subjektiv empfinden. Unsere Antwort darauf muß sein: Pragmatismus statt Populismus, Prävention statt Panikmache, Polizeipräsenz statt Perfektion bei der Formulierung von immer neuen Gesetzentwürfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An diejenigen, die immer so gerne Tony Blair in Anspruch nehmen, sei gerichtet, daß sie einmal nachlesen mögen, was er wirklich gesagt hat. Er hat gesagt - ich sage es einmal auf deutsch -: Hart in der Sache und konsequent in der Bekämpfung der Ursachen. Nur in diesem Zweiklang ist das für mich auch akzeptabel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist übrigens interessant, in der „Zeit“ der vergangenen Woche nachzulesen, daß sich die englische Politik für das deutsche Jugendstrafrecht interessiert, beispielsweise für den Täter-Opfer-Ausgleich. Dies aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß eher Instrumente des Jugendstrafrechts in das Erwachsenenstrafrecht übernommen werden sollten als umgekehrt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das auch aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß das Wegschließen von Straftätern immer zugleich auch ein Augenverschließen vor der sozialen Wirklichkeit ist.

So wie wir Bürgerrechte schützen, so wie wir den sozialen Zusammenhalt stärken, so schützen wir die Lebensgrundlagen der Bürgerinnen und Bürger. Unser Begriff von **Umweltpolitik** hat sich gewandelt - von der Reaktion auf Krisen und Mißstände zur Integration in alle Politikbereiche, speziell der Arbeitsmarkt- und Technologiepolitik.

Nur Vernetzung sichert Nachhaltigkeit und schützt vor Kurzatmigkeit. Gerade auf diesem Gebiet brauchen wir neue Formen der Zusammenarbeit - wenn ich beispielsweise an die Abfallpolitik denke - sowohl auf kommunaler Ebene als auch im Ostseeraum, interkommunale, interregionale Zusammenarbeit im Land durch das Land mit unseren Nachbarn in Europa. Darin liegt die große, über das Land hinausweisende

Perspektive schleswig-holsteinischer Politik. Man könnte auch im Insiderjargon sagen: Die Verbindung von Konnexität und Subsidiarität.

Keine Angst, Sie werden mich auch am Ende meiner Rede nicht als Prinzipienreiterin erleben. Dieses Steckenpferd sollen andere reiten. Das hohe Roß ist weder mein Lieblingstier noch das Wappentier dieses Landes. Im Gegensatz zur Zukunft unseres Landes ist es auch nicht schützenswert.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nein, wir setzen auf Solidarität und Gemeinsinn, auf Kooperation und Gestaltungsfreude zum Wohle des Landes und seiner Menschen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Fröhlich das Wort.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Haushaltsrede in diesem Jahr stelle ich unter das Zitat eines Wirtschaftsjournalisten, der in Abwandlung eines berühmten Horkheimer-Zitats folgendes fordert: Von der Krise des Sozialstaates soll schweigen, wer von der Krise des Kapitalismus nicht reden will. - Unsere derzeitige Perspektive für das Jahr 2007 sieht so aus: Ohne tiefgreifende strukturelle Änderungen an der Einnahmesituation der Länder werden innerhalb der nächsten zehn Jahre die Zinslasten und Personalkosten die politischen Bewegungsspielräume weitgehend aufgefressen haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und die Mieten!)

Verantwortungsvolle nachhaltige **Finanzpolitik** heißt also, daß wir die Neuverschuldung senken und die Einnahmen sichern müssen.

Verschärft wird unsere Haushaltslage dadurch, daß nach der derzeitigen Tendenz die öffentlichen Sozialleistungen aufgrund der Arbeitslosigkeit steigen werden. Es wäre jedoch fatal, eine Perspektive darin zu sehen, die Sozialleistungen weiter zu kürzen; denn

wenn wir einen Vergleich zwischen unserer jetzigen Situation und der Weimarer Republik anstellen - was zur Zeit viele Menschen in diesem Land angesichts der allmählich sich angleichenden Arbeitslosenzahlen tun -, sehen wir, daß auch damals die Menschen von den sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit - wie ich es sagte - gebeutelt waren. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß uns das gesellschaftliche Gefüge wesentlich stabiler erscheint und es wohl auch ist. Dies ist der Erfolg der **sozialen Sicherung**.

Neoliberale Konzepte, die nach der sogenannten Selbstverantwortung schreien und damit den Rückzug des Staates aus der sozialen Sicherung meinen, verkennen diesen Zusammenhang und werden unsere Demokratie gewaltigen Unruhepotentialen aussetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Denn wer keine Teilhabe bietet, kann auch keine Teilnahme an demokratischen Prozessen erwarten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Teilhabe heißt auch, vom vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum nicht ausgeschlossen zu sein. Dafür brauchen wir aber die Bereitschaft abzugeben.

Im Außenhandel wird ein Rekord nach dem anderen vermeldet; das Wachstum liegt wieder bei mehr als 2 %. Zu mehr Arbeitsplätzen führt das aber nicht.

Während der Anteil der Lohnsteuer am **Gesamtsteueraufkommen** steigt, und zwar trotz steigender Arbeitslosigkeit, sinken die Anteile der Unternehmensteuer und der Einkommensteuer. Dennoch wird über die hohe Steuerbelastung der Unternehmen geklagt. Bei der Bereitschaft abzugeben sind zunächst die Großverdiener gefragt, ich könnte auch sagen, die sogenannten Besserverdienenden, die sich mit Hilfe von Steuergeschenken längst aus ihrer sozialen Verantwortung gestohlen haben;

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

denn daß der Spitzensteuersatz in den seltensten Fällen greift, ist bekannt.

Hierzu zitiere ich den Wirtschaftswissenschaftler Dieter Heißel:

„Die Spitzengruppe mit Jahreseinkommen von 10 Millionen DM und mehr hatte 1989“

- übrigens, jüngere Zahlen existieren dazu nicht -

„nur eine durchschnittliche Steuerbelastung von 34,1 %. Bei einem Steuersatz von damals noch 53 %, der greifen sollte, wären durchschnittlich in dieser Spitzengruppe 19,4 Millionen DM Steuern pro Kopf fällig gewesen. Diese Gruppe hätte insgesamt 5,8 Milliarden DM mehr pro Jahr zahlen müssen.“

Dies ist sozusagen ein Reichtumsbericht. Wir sollten uns vielleicht einmal überlegen, ob wir nicht lieber statt Armutsberichten Reichtumsberichte machen müßten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Teilhabe heißt aber auch, nicht von der gesellschaftlichen Anerkennung, die mit Erwerbsarbeit verbunden ist, ausgeschlossen zu sein, das heißt, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern und vor allem auch die Bereitschaft zu fördern, Arbeitsplätze zu teilen; denn noch ist es so, daß das soziale Prestige, das mit einem Arbeitsplatz verbunden ist, durch kein noch so hohes Arbeitslosengeld ersetzt werden kann.

Allerdings wissen wir alle, daß der Versuch, das Arbeitslosengeld auf einem einigermaßen erträglichen Niveau zu halten, niemals gemacht wurde. Die Aufforderung zum Teilen ist stets nur an die gegangen, die sich am schlechtesten wehren konnten. Uns bleibt langfristig nichts anderes übrig, als den Wert des Menschen unabhängig von seinem volkswirtschaftlichen Beitrag zu betrachten; denn Vollbeschäftigung werden wir nicht mehr erreichen können. Dieser Wahrheit müssen wir uns stellen. Die alten Sprüche, wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen und so weiter, sind leider noch in vielen Köpfen tief verankert.

Schlimm ist, wenn Politiker noch Öl ins Feuer gießen und öffentlich für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger einen Zwang zur Arbeit fordern, ohne zu erklären, wo die Arbeitsplätze herkommen sollen.

Seit Jahren verschiebt sich das Verhältnis der Steuerlast zuungunsten der kleinen und mittleren Gehälter. Deshalb setzen wir uns mit unserem allseits anerkannten **Steuerreformkonzept** für die sofortige Beendigung aller Möglichkeiten zur Steuerumgehung ein. Das inzwischen für die Steuervermeidung

optimierte Einkommensteuergesetz gehört grundlegend und schnell reformiert. Insofern finden wir den Vorschlag von Herrn Schäuble ausgezeichnet und bedauern sehr, daß Herr Kohl sich offensichtlich nicht in der Lage sieht, den kleineren Koalitionspartner angemessen zu berücksichtigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann besteht auch Spielraum für eine sinnvollere Gestaltung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen. Wir sperren uns in diesem Bereich nicht, verlangen aber, daß die Berechnungsgrundlagen wieder korrekt erfaßt werden. Die Senkung des Spitzensteuersatzes ist mit uns durchaus diskutierbar, wenn das Steueraufkommen insgesamt steigt. Würden die Steuern auf Gewinne in gleichem Umfang zur Finanzierung der Staatsausgaben herangezogen wie 1980, hätten die öffentliche Haushalte 1995 rund 45 Milliarden DM mehr zur Verfügung gehabt.

Angeichts des vorliegenden Haushalts wird uns wieder einmal bewußt, wie eng begrenzt die Ausgabemöglichkeiten heute sind. Es erhärtet sich dabei aber der Verdacht, daß in den letzten beiden Jahrzehnten, also in einem Zeitraum, in dem CDU und SPD Regierungsverantwortung zu tragen hatten, nicht wirtschaftlich genug mit den Landesgeldern umgegangen wurde.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Uns erschließt sich aus den alten Unterlagen der immense Schuldenberg, den die CDU-Regierung der SPD 1988 übergeben hat.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir erkennen aber auch, daß es bei aller Kompetenz, die Frau Simonis im Finanzbereich zugestanden werden muß - sonst hätte sie dieses schwierige Geschäft wahrscheinlich gar nicht übernehmen können -, auch die SPD versäumt hat, in der Zeit gefüllter Kassen nach der Wiedervereinigung bei den Ausgaben auf die Bremse zu treten.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Thomas Stritzl [CDU])

- Das können Sie sich sparen. - So sind wir heute damit konfrontiert, alle **Einsparmaßnahmen** und **strukturellen Einschnitte** auf einmal vornehmen zu müssen. Kurzfristige Handlungen können eine langfristige Planung nicht ersetzen. Das wissen wir. Dafür tragen alle anderen Parteien gemeinsam die Verantwortung.

Wir Grünen haben inzwischen bei vielen Vorhaben unsere anfänglichen Vorstellungen dank der finanziellen Realitäten anpassen müssen. Wir haben dabei aber auch gelernt, daß sich Gestaltungsspielräume häufig auch ohne Geld erschließen. In der Krise liegt vielleicht auch eine Chance, wenn wir es schaffen umzustrukturieren, ohne daß gleich Millionen draufgelegt werden müssen, so zum Beispiel im Bereich der Landesplanung für unsere zukünftige Energienutzung. Indem wir der Windenergie möglichst wenig Steine in den Weg legen, wird grüne Politik auch ohne große Ausgabensteigerung sichtbar und für dieses Land zum Nutzen.

Wenn wir **Einsparmaßnahmen** treffen, müssen sie mit **Effektivitätssteigerungen** einhergehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben mit ihrem klaren Bekenntnis zu einer effizienten Verwaltung wesentlich dazu beigetragen, daß die Strukturreform nicht in den Mühlen der Verwaltung steckenbleibt. Diese Veränderungen sind unverzichtbar.

Die von der CDU immer wieder geforderte weitere Streichung fast aller Förderungen ist absolut nicht verantwortbar. Die Länder stehen in der Pflicht zur Begrenzung der Schäden, die durch Versäumnisse der Bundesregierung entstehen. Die Einnahmen aus dem **Liegenschaftsverkauf** sind allein daher unverzichtbar. Unverzichtbar ist auch die **Verbesserung des Liegenschaftsmanagements**. Beides bildet für uns eine Einheit.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rein rechnerisch und formal lassen sie sich trennen, nach dem Sinngehalt aber nicht. Zu einem vernünftigen Liegenschaftsmanagement gehört auch eine Eigentümerschaft, die sich von Behördeninteressen und kameralistischer Buchhaltung freimachen kann.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

Was wir bei unseren Überlegungen trotz des Sparzwanges immer wieder berücksichtigen müssen: Unsere Zukunft liegt im Qualitätswettbewerb, in der Entwicklung unseres brain trust, in neuen Technologien, die verantwortungsvoll mit unserer Welt umgehen, in der ökologischen und damit zukunftsfähigen Neuorientierung unseres Landes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zentrales Moment dafür ist die **Bildungspolitik**. Wir geben mehr Geld für Lehrer aus; das ist fast einmalig in der Bundesrepublik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

In einer Zeit von Stellenstreichungen quer durch alle Ressorts leisten wir uns den Luxus, auch in diesem Jahr 100 neue Lehrerstellen zu schaffen.

Ein weiteres zentrales Moment ist die **Modernisierung und Neuorientierung der Hochschullandschaft** in Schleswig-Holstein. Diese Aufgabe ist um so gewaltiger, als sie mit erheblichen Kosteneinsparungen verbunden sein muß. Das tut der notwendigen Umstrukturierung nicht nur gut, sondern schafft auch schmerzhaft Zwänge. Wir glauben aber, daß nur in Zeiten solcher Zwänge die wirklich wichtigen Neustrukturierungsprozesse stattfinden können. Das zeigt sich auch bei der Modernisierung der Verwaltung.

An dieser Stelle möchte ich eine kurze Bemerkung zu unseren Äußerungen in Richtung **Flensburger Bildungswissenschaftliche Universität** machen. Wir sind nicht verantwortungslose kommunale Plattmacher oder Leute, die die regionalen Bedingungen verkennen. Wir möchten aber auch nicht zugunsten kurzfristiger Erfolge hier eine möglicherweise nicht standortgerechte Planung unendlich weiter fordern und fördern. Wir müssen alle ehrlich darüber nachdenken. In Flensburg muß eine standortgerechte Hochschulentwicklung stattfinden. Darum wollen wir uns kümmern, dafür schlagen wir auch Schritte vor. Das muß dringend gemacht werden; das hat es in diesem Land leider noch nicht gegeben. Uns die ganze Verantwortung dafür aufzubürden, daß an dieser Stelle nicht genug gearbeitet wurde, finde ich nicht richtig.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Von unserer Basis und unseren Wählerinnen und Wählern werden wir oft gefragt, wie denn angesichts

der katastrophalen Haushaltslage eine grüne Haushaltsrede im Jahre 2007 aussehen soll. Dazu kann ich nur sagen: Wir tun jetzt alles, um in zehn Jahren sagen zu können, daß wir vorgesorgt haben. Dabei dürfen wir uns natürlich nicht scheuen, unpopuläre Entscheidungen zu vertreten. Wir haben - ich sagte das eben gerade - auch den Mut gehabt, unseren Flensburger Parteifreunden zu sagen, daß wir die Lösung der Bildungsministerin nicht mittragen, weil sie die Probleme nur verschiebt.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Die **Zukunft der Arbeitsgesellschaft** liegt im Bereich der **Qualitätsdienstleistungen**. Wir müssen daher die notwendigen Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen in arbeitsintensiven Branchen schaffen. Dabei führt kein Weg an der Senkung der Lohnnebenkosten vorbei. Im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sind die Lohnnebenkosten die Investitionsbremse Nummer 1.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Die Ökosteuer ist das Instrument, um hier umzusteuern. Soziale Wirtschaftsbetriebe sind daneben das richtige Instrument, um die Impulse von staatlicher Seite zu unterstützen und einigen Arbeitslosen zu dauerhafter Arbeit zu verhelfen. Sie sind ein Teil der notwendigen Umsteuerung von der Produktions- zur Dienstleistungsgesellschaft.

In Schleswig-Holstein gibt es beispielsweise das Chitosan-Verwertungsmodell in Dithmarschen. Dort wurde, angestoßen durch die Ökotech-Gruppe des Umweltministeriums, ein Verfahren zur Gewinnung eines Industrierohstoffs aus Krabbenschalen entwickelt. Nun soll in Büsum eine Produktion aufgebaut werden. Verbunden werden könnte dies damit, das Krabbenpulen wieder zurückzuholen und Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger anzubieten. - Herr Kayenburg, wenn Sie das Spielwiese nennen, wird einmal mehr deutlich, wie groß die Kluft zwischen unseren beiden Parteien ist.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir müssen für die kommenden Jahre die Konsolidierung des Haushaltes schaffen. Das Wachstum der Neuverschuldung soll im Jahre 2000 unter der Inflationsrate liegen. Nur dann werden wir

unserer Aufgabe gegenüber den kommenden Generationen gerecht.

Ich habe anfangs von der Krise des Sozialstaates gesprochen, die ein Spiegelbild der Krise des Kapitalismus sei. So will ich zum Schluß einige der Gedanken zur **Kapitalismuskrise** beisteuern. Dabei lasse ich mich von dem gewiß unverdächtigen englischen Ökonomen John Maynard Keynes leiten, der vor allem mit seiner Forderung nach antizyklischer Fiskalpolitik sprichwörtlich bekanntgeworden ist. Er hat bei seinen umfangreichen Forschungen über die Gesetzmäßigkeiten in der Dynamik kapitalistischer Systeme drei Entwicklungsphasen für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg prophezeit. Zunächst werde eine Phase des hohen Investitionsbedarfs eintreten, vor allem hervorgerufen durch den Wiederaufbau mit seinem enormen Nachholbedarf an Grundbedürfnisgütern. Aufgabe staatlicher Wirtschaftspolitik werde es sein, den hierzu nötigen Kapitalbedarf bereitzustellen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Schade, daß Herr Steinbrück nicht da ist! Der könnte etwas lernen!)

Es würden Anreize zum Konsumverzicht und zum Sparen zugunsten von Investitionen nötig sein. Mit abnehmender Konsumdringlichkeit gleichen sich ihm zufolge Sparangebot und Investitionsnachfrage aus, und es folgt die dritte Phase. Sie sei gekennzeichnet durch die sinkende Attraktivität von Konsum, allerdings - so formulierte Keynes - unter dem Vorzeichen der Vollbeschäftigung. Gewissermaßen holt also das Angebot die Nachfrage ein. Die Güterausstattung der Haushalte ist hoch. Es besteht nahezu eine Sättigung materieller Bedürfnisse. Hier Keynes' Rat an die Wirtschafts- und Finanzpolitik der künftigen Phase drei:

„Es wird notwendig sein, sinnvollen Konsum zu unterstützen, vom Sparen abzuraten und einen Teil des unerwünschten Überangebots durch vermehrte Freizeit zu absorbieren. Mehr Urlaub,“

- das ist ein wunderbarer Weg, Geld loszuwerden -

„und kürzere Arbeitszeiten!“

- Soweit John Maynard Keynes.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie hätten doch weiterstudieren sollen!)

Die Krise des Kapitalismus made in Germany 1997 entsteht also dadurch - hier kann man manchmal mehr lernen, auch Sie, Herr Kubicki -, daß der Wandel weg von der Produktionsarbeitsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft nicht nur nicht vollzogen worden ist, sondern massiv behindert wird. Nicht nur die Ausgrenzung der Modernisierungsverlierer, vor allem der Frauen und Kinder, ist hier zu nennen, sondern auch die Unterhöhnung demokratischer Strukturen durch die Verarmung der kommunalen Familie. Indem man Teilhabe verweigert, zerstört man Arbeits- und Kaufkraft. Und so schließt sich der Teufelskreis eines reformunfähigen Kapitalismus.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden uns jetzt an die Einzelarbeiten machen und in allen Bereichen genau überprüfen, ob uns dieser Entwurf in die Lage versetzt, auch im Jahr 2007 unseren Kindern und Enkelkindern in die Augen schauen und ihnen sagen zu können: Wir haben die Zeichen der Zeit erkannt, wir haben mit den Möglichkeiten der Landespolitik energisch und mit Augenmaß der Krise des Kapitalismus unseren Mut entgegengesetzt. Wir sollten den Mut haben, die Grenzen des Wachstums als eine Gesetzmäßigkeit des Lebens anzuerkennen, statt danach zu schießen, wie man sich beliebt machen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es schon beachtlich, daß die Fraktionsvorsitzende der SPD die Haushaltsdebatte für die vornehmste Aufgabe des Parlamentes hält und die linke Seite des Hauses fast vollständig nicht vertreten ist. Offensichtlich scheint an der Debatte kein großes Interesse zu bestehen. Ich nehme es einfach nur zur Kenntnis.

Die Fraktionsvorsitzende hat auch von Visionen gesprochen, die wir entwickeln sollten. Sie hat von Alternativen gesprochen, und von dem, was die Oppositionsfaktionen anzubieten haben. Ich hätte dazu

gerne etwas gesagt. Wenn sie aber nicht im Raum ist, kann ich es mir ersparen.

Im übrigen möchte ich nur darauf hinweisen, daß ich mich seit dem letzten Landesparteitag und der Hamburger Bürgerschaftswahl sehr relaxt zurücklehne. Ich kann feststellen, daß überall dort, wo ich bisher die Ehre hatte, für die F.D.P. zu kandidieren, die F.D.P. zugelegt hat. Das kann nicht jeder hier im Hause von sich behaupten. Im übrigen können wir feststellen, daß die Hamburger Bürgerschaftswahl zu einem sehr beachtlichen Ergebnis geführt hat. Frau Kähler, in einer Stadt wie Hamburg kommt Rot-Grün gerade auf knapp 50 %.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und wer liegt unter 5 %?)

- Frau Heinold, ich weiß nicht, woher Sie Ihren Optimismus nehmen, daß Sie den Bundestagswahlkampf so erfolgreich bestehen werden. Das sehen wir uns doch im nächsten Jahr einmal an.

Zu Beginn meiner Haushaltsrede möchte ich zurückkommen auf eine Passage aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin vom 23. Mai 1996, in der sie ausführte:

“... die Menschen sind zu schmerzlichen Opfern bereit, aber Taktieren und billiger Streit stoßen sie ab. Wir können tragfähige Lösungen finden - Arbeit schaffen, Umwelt schützen, Gemeinsinn stärken -, wenn die politischen Parteien und die politischen Ebenen gemeinsam und konstruktiv danach suchen.“

Das Hamburger Wahlergebnis vom letzten Sonntag hat Heide Simonis in einer Art und Weise recht gegeben, wie sie es selbst wahrscheinlich gar nicht erahnt hat. Die SPD der Hansestadt mit ihrem Bürgermeister Henning Voscherau an ihrer Spitze, der im Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag zugleich Verhandlungsführer der SPD-geführten Länder war oder noch ist, hat die größte Niederlage der Nachkriegsgeschichte erlitten. Viele kluge Leute haben sich zu den Ursachen geäußert. Ein Anwachsen der Stimmen der Rechtsradikalen gab es glücklicherweise nicht. Ich appelliere deshalb sehr nachdrücklich an die Landesregierung, daß sie mit dazu beiträgt, daß die **wechselseitige Blockade** der von allen als notwendig erachteten **Reformen unseres Steuersystems und unseres sozialen Sicherungssystems** aufgegeben wird. Ungeachtet von Wahlterminen muß es in unserer parlamentarischen Demokratie und in unserem föderalen System möglich

sein, notwendige Veränderungen gemeinsam herbeizuführen. Gelingt dies nicht, wird sich sehr schnell - so fürchte ich - die Frage nach der Leistungsfähigkeit unseres politischen und parlamentarischen Systems stellen.

Ich richte meinen Appell, zur **Zusammenarbeit** zurückzufinden oder dazu einen Beitrag zu leisten, unmittelbar an Heide Simonis, weil noch nicht ausgeschlossen ist, daß sie bei der Verhandlungsführung für die SPD die Rolle von Henning Voscherau übernehmen wird. Damit wäre auch gleichzeitig mein Freund Jürgen Koppelin widerlegt, der hinsichtlich der Akzeptanz von Heide Simonis durch die Bundes-SPD den Vergleich mit einem Zebrastrifen nicht scheute: „Sie wird einfach übergangen.“ Angesichts der Entdeckung der Marktwirtschaft und der besseren Leistungserbringung durch Private als durch den Staat, wie es seit neuestem von der Landesregierung unisono propagiert wird, wäre ein größerer Einfluß von Heide Simonis auf die SPD wünschenswert.

Frau Kollegin Erdsiek-Rave und Herr Möller, es macht keinen Sinn, wenn die SPD unisono sagt, die Lohnnebenkosten und die Staatsquote seien zu hoch, Steuerreformdiskussionen aber immer nur statisch unter dem Gesichtspunkt der Gegenfinanzierung geführt werden. Etwas mehr Dynamik, etwas mehr Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und in die Freisetzung von Kräften wären vielleicht auch auf Seiten der SPD wünschenswert.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der bereits zitierten Regierungserklärung der Ministerpräsidentin heißt es weiter:

„Wir dürfen nicht auf Kosten künftiger Generationen leben. Auch unsere Kinder und Enkel müssen noch Politik gestalten können. Dafür tragen wir heute Verantwortung. Deshalb muß unsere Finanzpolitik weiterhin solide sein.“

Sie fährt fort:

„... wir müssen auch unsere eigenen konsumtiven Ausgaben weiter reduzieren. Dazu ist in der beginnenden Legislaturperiode folgendes notwendig: Die Nettokreditaufnahme wird schrittweise auf 800 Millionen DM zurückgeführt. Unerwartete Mehreinnahmen werden mindestens zu zwei Dritteln zur

zusätzlichen Senkung der Neuverschuldung verwendet. Die Netto-Ausgaben werden im Jahresdurchschnitt um höchstens 1,5 % steigen. Die Personalausgaben wollen wir bis zum Jahre 2000 auf unter 39 % senken.“

Welche dieser **Aussagen** finden sich im **Haushalt 1998** wieder?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Keine!)

Die Finanzlage des Landes ist katastrophal. Das sikkert langsam, aber sicher auch in das öffentliche Bewußtsein. Meldeten sich in den vergangenen Jahren zahlreiche Gruppen und Verbände vor der ersten Lesung des Haushalts mit der Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung noch lautstark zu Wort, so herrscht in diesem Jahr ängstliche Grabesstille. Zahlreiche Zuwendungsempfänger sind bereits damit zufrieden, daß nicht oder nur unterproportional gekürzt wird. Viele haben im laufenden Jahr 1997 schlechte Erfahrungen gemacht, wenn sie sich auf die Aussagen der Landesregierung verlassen haben, denn sie wußte bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes, daß gegebene Zusagen nicht eingehalten werden können.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ich möchte einmal hören, was Herr Kayenburg dazu gesagt hätte!)

Wie zutreffend die Wahrnehmung der Menschen in diesem Land ist, wurde uns vor wenigen Tagen anschaulich vor Augen geführt, als öffentlich verbreitet wurde, daß die Polizei überlege, Rechnungen für Strom in diesem Jahr nicht mehr zu bezahlen, weil anders die verordneten **globalen Minderausgaben** nicht zu erwirtschaften seien. Die Situation ist in der Tat trostlos. Deswegen scheinen der Finanzminister und sein Staatssekretär auch die Aufgabe übernommen zu haben, der allgemeinen Depression durch humoristische Einlagen entgegenzuwirken. Es war für mich beeindruckend, wie die schiere **Finanznot** die eingefleischten Genossen Möller und Lohmann plötzlich entgegen aller Übung zu blühenden Verfechtern der **Marktwirtschaft**, ja zu Verfechtern schlimmster kapitalistischer Methoden werden ließ. Diese Methoden werden aber nicht dadurch besser, daß sie durch die unmittelbare oder durch mittelbare öffentliche Hand angewendet werden. Ich habe bereits den Geist Otto Graf Lambsdorffs durch den Sitzungssaal des Finanzausschusses flattern sehen und mir gedacht, jetzt sitzt er in der Maske von Claus Möller oder Joachim Lohmann hier.

(Zuruf von der CDU: Der Graf Lambsdorff lebt doch noch!)

Wir mußten lernen, daß Landesimmobilien deshalb der Investitionsbank und keinem anderen übertragen werden sollen, damit der Transfer steuerfrei gestaltet werden kann. Herr Kollege Neugebauer, bevor Ihr Zwischenruf mit der Frage nach den Alternativen der Opposition kommt, sage ich Ihnen, daß wir einen Gesetzentwurf zur **Übertragung von Landesliegenschaften** auf eine landeseigene Gesellschaft und zum zentralen Gebäudemanagement eingebracht haben. Ich erinnere nur an Ihre Ausführungen von damals. Ich freue mich schon auf Ihre Ausführungen von heute. Auch Sie haben eine große Wegstrecke zurückgelegt und viel gelernt. Wir mußten aber lernen, daß die Immobilien der **Investitionsbank** deswegen übertragen werden, damit die Transaktion steuerfrei gestaltet werden kann. Wenn große Unternehmen Gewinne ins Ausland verlagern, um Steuern zu sparen, geiseln die Sozialdemokraten als erste ein solches Verhalten als grob unsolidarisch.

Damit sich die Transaktion auch rechnet, sollen zudem Immobilien durch die Investitionsbank verkauft werden. Kollege Neugebauer, das ist Kapitalismus pur. Die Investitionsbank tätigt die Transaktionen mit geliehenem Geld. Damit sich die Transaktion rechnet, muß der Deal zum Teil mit einem Verkauf übernommener Vermögensteile finanziert werden. Die große Welt im kleinen Schleswig-Holstein! So ein Verhalten kannten wir bisher nur bei feindlichen Unternehmensübernahmen in den USA.

Auch die Erweiterung des Wortschatzes bei der Spitze des Finanzministeriums bereitet mir ernsthafte Sorgen, daß dort noch die alten Sozialdemokraten sitzen. Statt Solidarität, Fürsorge und Sozialstaat hört man plötzlich Worte wie „Marktmiete“, „Effizienzsteigerung“ oder „freier Markt“. Diese Worte wurden von Sozialdemokraten früher nur mit dem Ausdruck äußersten Ekels über die Lippen gebracht. Herr Kollege Neugebauer, wie viele Millionen hätte dieses Land in der Vergangenheit sparen können, wenn nicht jeder noch so kleine Privatisierungsvorschlag der F.D.P. oder der CDU ein Opfer der ideologisch motivierten sozialdemokratischen Blockade geworden wäre! Hätten wir das **zentrale Gebäudemanagement** bereits vor fünf Jahren eingeführt, hätten wir heute keine Probleme mit Steuermindereinnahmen, über die der Finanzminister so laut geklagt hat.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Kaffeesatzleserei!)

Ich kann es Ihnen vorrechnen: Über 500 Millionen DM wären in Ihrer Amtszeit eingespart worden, wenn das, was heute für richtig erkannt wird, früher durchgesetzt worden wäre. Eine halbe Milliarde DM ist verpulvert worden, weil die Sozialdemokraten Vorstellungen von F.D.P. und CDU nicht rechtzeitig gefolgt sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Hoffnung, daß auch die schleswig-holsteinische SPD den Weg von der Volkspartei zur New Labour schaffen wird, habe ich als überzeugter Marktwirtschaftler schnell aufgegeben. Frau Kollegin Fröhlich, unübersehbar konnte der Crashkurs in Makro I nicht alle Lücken schließen. Die Schwächen bei der Umsetzung von der Theorie in die rauhe Praxis sind nicht zu übersehen. Staatssekretär Dr. Lohmann hat im Finanzausschuß berichtet, man werde im Rahmen des großen **Immobilien Deals** Marktmieten erheben. Leider ergab eine nähere Nachfrage, daß das Land keine **Marktmieten**, sondern allenfalls Vergleichsmieten erhebt, wobei noch nicht einmal ganz klar ist, ob diese Vergleichsmieten bei sinkenden Marktmieten plötzlich zu Kostenmieten mutieren und die Räumlichkeiten auf dem tatsächlich freien Markt viel billiger angemietet werden könnten. Trotzdem, die gute Absicht zählt. Jedenfalls habe ich auch gelernt, daß die angeblichen Marktmieten den Vorteil bringen, daß bereits alle Kosten mit enthalten seien. So könnte auch der Instandhaltungsstau abgebaut werden. Wer hat diesen eigentlich verursacht, Herr Kollege Neugebauer -,

(Günter Neugebauer [SPD]: Die Steuermindereinnahmen!)

daß die Umwandlungskosten enthalten seien und die Tilgung?

Am faszinierendsten war für mich, daß die Kosten, weil sie eben in der Marktmiete mit drin sind, anscheinend nicht nur geringer werden, nein, sie lösen sich völlig auf. Denn nur, wenn das Land Marktmieten bezahlt, kann es den Instandhaltungsstau auflösen und auch noch tilgen - so Minister Möller in seiner Ergänzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da hat das Finanzministerium die berühmte unsichtbare Hand von Adam Smith in seinem marktwirtschaftlichen Lerneifer etwas mißinterpretiert. Marktliche Koordination kann sehr viel. Aber daß sich durch sie Kosten in nichts auflösen, ist mir - als studiertem Ökonomen - bisher

nicht bekannt. Es paßt aber in die gesamte Diskussion um den Immobiliendeal. Herr Kollege Neugebauer, bei allem Respekt: Auch die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion muß doch zugestehen, daß die Tatsache, daß wir beständig neue und veränderte Vorlagen erhalten haben, nicht zu einer Transparenz des Diskussionsprozesses beigetragen hat.

(Günter Neugebauer [SPD]: Das Ergebnis ist entscheidend!)

- Dazu komme ich gleich noch!

Ich darf nur an die wundersame Wandlung der Zahlen des Direktors der I-Bank, Rieck, erinnern. „Wirtschaftlichkeit ist sichergestellt“, lautete die Überschrift der Pressemitteilung der Grünen vom 26. August. Die SPD verkündete in ihrem Pressedienst am gleichen Tag, daß sie „nach ausführlicher Beratung von der Wirtschaftlichkeit der Übertragung in Verbindung mit dem zentralen Management überzeugt“ sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen, wie Sie die **Wirtschaftlichkeit** aus den **Zahlen der I-Bank** abgelesen haben, ist sehr beeindruckend, besonders deshalb, weil Herr Rieck in der letzten Finanzausschußsitzung dankenswerterweise erklärt hat, daß es sich gerade nicht um eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, sondern nur um eine Liquiditätsberechnung unter ganz bestimmten Annahmen handelt.

Die rot-grüne Mehrheit hat Nachhilfestunden in zwei Finanzausschußsitzungen gebraucht, um endlich auch zu dieser Erkenntnis zu gelangen. Aber ganz scheinen Sie es immer noch nicht verstanden zu haben, lieber Herr Kollege Neugebauer. Ihre Pressemitteilung vom 18. September legt diesen Verdacht zumindest nahe. Wie Sie aus den Vorträgen im Ausschuß den Schluß ziehen, daß der Verkauf der Immobilien günstiger sei als eine Kreditaufnahme durch das Land, müssen Sie mir wirklich erklären. Diese Aussage ist nämlich schlicht falsch. Eine Kreditaufnahme durch das Land selbst ist immer günstiger als eine Schuldenaufnahme durch Dritte, da sich das Land zu besseren Konditionen refinanzieren kann.

Wenn Sie nach den Alternativen der Opposition fragen, erinnere ich Sie noch einmal daran, daß die F.D.P.-Fraktion sogar einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Landesbauverwaltung eingebracht hat. Wenn die Landesregierung diese Alternative aus purer Zeitnot nicht rechnet, ist das Ihr Problem, nicht das unsrige, Herr Kollege Neugebauer.

Herr Kollege, es wäre schön, wenn Sie nicht nur sich selbst genug wären, sondern ab und an auch die Wirklichkeit außerhalb des sozialdemokratischen Mikrokosmos, der ja sehr schön ist,

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das stimmt!)

wahrnehmen. Ihre Kollegin, Frau Heinold, ist hierzu nämlich sehr wohl in der Lage. Sie hat in der letzten Finanzausschußsitzung mit bemerkenswerter Offenheit und deshalb auch akzeptabel den wahren Grund für den Immobiliendeal, das heißt die Veräußerung an die I-Bank, genannt: Das Land braucht Geld, jetzt und sofort. - Das ist eine Position, die wir akzeptieren können, auch wenn wir sie nicht teilen. Dann können wir uns das öffentliche Kasperletheater über die Frage der Wirtschaftlichkeit wirklich sparen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was wurde uns denn bisher bewiesen? - Nur, daß ein Verkauf unter den gemachten Annahmen in der Frage der Bewirtschaftung günstiger ist als die bisherige, offensichtlich völlig ineffiziente Bewirtschaftung.

Der **Rechnungshof** - ich stehe nicht an, ihn hier zu verteidigen, Frau Kollegin Erdsiek-Rave; aber es ist auch eine Frage des Stils, ob man ihn in einer Parlamentsdebatte, in der er nicht reagieren kann, so angreift, wie Sie das getan haben -

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

hat in einem dynamischen Modell unter Einbeziehung der Zahlungsströme und der Verwendung der Prämissen des Modells der Landesregierung gezeigt, daß ein Verbleib der Immobilien beim Land wirtschaftlicher ist als der Verkauf der Immobilien. Alles andere wäre auch eine Überraschung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Landesregierung behauptet zudem, daß ohne einen Verkauf der Immobilien die Einsparziele nicht erreicht werden können. Auch dieses Argument ist vorgeschoben. Warum wohl hat die Landesregierung die **Gutachten** mit Vorschlägen zur Neuorganisation der Bauverwaltung dem Finanzausschuß nicht freiwillig, sondern erst auf Aufforderung durch meine Fraktion zur Verfügung gestellt? - Ganz einfach: Weil mit keinem Wort der Verkauf der Immobilien erwähnt, geschweige denn empfohlen wird. Es gibt kein Gutachten, das uns vorliegt, das den Verkauf der Immobilien an die I-Bank empfiehlt.

Es bleibt dabei: Das einzige, was Sie mit einer einigermaßen großen Genauigkeit sagen können - das ist ja auch schon etwas -, ist, daß ein Verkauf in Verbindung mit der angestrebten Effizienzsteigerung wenigstens nicht teurer ist als der bisherige unbefriedigende Zustand.

Alternative Modelle wurden fahrlässigerweise nicht untersucht. Es bleibt auch, daß es eine weitere Belastung der zukünftigen Generationen, eine zusätzliche Einengung kommender Haushalte geben wird und damit das Gegenteil dessen, was diese Regierung vor eineinhalb Jahren versprochen hat.

In den bisherigen Beratungen ist völlig untergegangen, daß der **Verkauf der Immobilien** auch ein **Demokratieproblem** aufwirft, und zwar ein sehr massives. War bisher die Bestimmung über die Immobilien und Grundstücke des Landes eine Sache des Parlaments, so rückt sie jetzt weg vom Parlament in den Einflußbereich der Satelliten des Landes. Der Einfluß des Landes soll zukünftig durch den neu zu schaffenden Liegenschaftsausschuß gewährleistet werden. Ich habe mit Bedacht die Formulierung gewählt, daß der Einfluß des Landes über den Liegenschaftsausschuß sichergestellt werden soll. „Das Land“ bedeutet in diesem Zusammenhang aber nicht „das Parlament“, sondern „die Landesregierung“, denn sie bestimmt nach dem Gesetzentwurf über die Zusammensetzung des Ausschusses. Es ist ein seltsames Verständnis von parlamentarischer Kontrolle, wenn die Landesregierung darüber bestimmt, wie und durch wen das Parlament seine Kontrollrechte wahrnimmt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will jetzt gar nicht die wunderbare Entscheidung der Landesbank mit der Ausgliederung aus der Rentenversicherung ansprechen; das machen wir später. Aber: Ihre Initiative und die Initiative von Frau Heinold zeigen, wie weit es eigentlich mit der parlamentarischen Kontrolle der Einrichtungen ist, auf die wir Aufgaben verlagert haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ist es!)

Die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen sollten sich darüber im klaren sein, daß auch sie nicht ewig an der Regierung sind. Spätestens dann, wenn Sie nicht mehr an der Regierung sind, wird Sie ihre jetzige **Fehlentscheidung** einholen. Ich sage in allem Ernst, Herr Kollege Neugebauer, nach dem, was ich im Finanzausschuß gehört habe: Für

mich ist bedrückend, vom Finanzminister hören zu müssen, daß er sich selbst und dem Parlament weniger Durchsetzungskraft zutraut als den Direktoren einer Bank. Das nehme ich nicht so einfach hin. Es ist für mich bedrückend, daß er sagt, er traue sich selbst in seiner Funktion als Finanzminister weniger zu als Herrn Rieck in seiner Funktion als Eigentümer, und daß er sagt, er traue dem Parlament bei der Durchsetzung gegenüber der Verwaltung weniger zu als dem Direktorium einer Bank. Daß Sie das kommentarlos hingenommen haben, schmerzt mich bei Ihrem Vorverständnis von parlamentarischer Demokratie wirklich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dem Ganzen setzt die Bemerkung die Krone auf, man wolle mit dem Immobiliendeal endlich den Wendepunkt bei der **Nettoneuverschuldung** erreichen. Hierbei verweist der Finanzminister auf die **mittelfristige Finanzplanung**. Herr Finanzminister, seit 1988 prognostizieren Sie am Ende des 5-Jahres-Zeitraums eine deutlich gesunkene Nettoneuverschuldung. Seit 1988 haben diese Prognosezahlen nichts, aber auch überhaupt nichts mit der tatsächlichen Entwicklung zu tun. Schuld sind natürlich immer die anderen. Deshalb wird der Herr Kollege Neugebauer an dieser Stelle wie immer die Platte mit dem unverwüstlichen Oldie auflegen: Das liegt doch nur an der verfehlten Finanzpolitik in Bonn.

(Holger Astrup [SPD]: Weil es immer noch stimmt!)

- Ich sage das ja jetzt deshalb, damit er das nicht wiederholen muß.

Ersparen Sie uns doch diese Nummer; dann zählen wir Ihnen nicht auf, um wie viele Millionen DM Sie die Vorgaben der vorliegenden mittelfristigen Finanzplanung auch in diesem Jahr verfehlt haben.

Zur Substanz der mittelfristigen Finanzplanung ist eigentlich nur noch zu sagen, daß der Finanzminister alle Ausgaben der letzten Jahre zu einem Buch binden lassen sollte, um sie als Fortsetzung von Grimms Märchen auf den Markt zu bringen. Vielleicht lassen sich so einige Mark in den maroden Landeshaushalt bringen.

Es spricht in der Tat für die vorausschauende und weise Politik der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, wenn Sondereinnahmen in Höhe von 500 Millionen DM in den Haushalt eingestellt sind, die Nettoneuverschuldung aber gegenüber dem Nachtrag

1997 gerade einmal um 70 Millionen DM sinkt. Wie können Sie angesichts dieser Zahlen der Feststellung widersprechen, daß die Sondereinnahmen aus dem Immobiliendeal, dem Verkauf von unbebauten Grundstücken, von LEG oder von Anteilen der Flughafen Hamburg nicht einfach verkonsumiert werden, anstatt sie richtigerweise in die Verringerung der Nettokreditaufnahme zu stecken, um das Land von Zinskosten zu entlasten, die im nächsten Jahr auch um 119 Millionen DM steigen sollen? Sie verweisen immer darauf, daß Sie alles besser machen als andere. Mit dieser Finanzpolitik verspielen Sie die Zukunft des Landes - auch besser als andere.

Auch auf dem **Bildungssektor** verspielt das Land die Zukunft, Frau Kollegin Erdsiek-Rave, und zwar in einer Art und Weise, von der ich von vielen Kolleginnen und Kollegen von Ihnen weiß, daß sie das genauso sehen wie ich, es nur nicht so formulieren.

Der Landesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen 1997 zum wiederholten Mal auf die **Kostenvorteile von verbeamteten gegenüber angestellten Lehrern** hingewiesen. Was tut die Landesregierung in einer Situation steigender Schülerzahlen? - Sie hält eisern an ihrer ideologisch verbohrten Politik fest und wandelt Planstellen für Beamte in Angestelltenstellen um.

Auf Ihrem Ideologiefeldzug gegen alles, was sich sozialdemokratischer Lenkungswut entzieht, hat die Landesregierung zum wiederholten Mal die Privatschulen ins Visier genommen, Kollegin Spoorendonk. Nach zahlreichen Kürzungen in den letzten Jahren hat sie sich auch für dieses Jahr wieder etwas einfallen lassen. Nach dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, wird bei **Privatschulen** einfach bestritten, daß diese sogenannte Overheadkosten haben. Was per Definition nicht existiert, bezahlt das Land natürlich auch nicht - obwohl diese Kosten an den staatlichen Schulen selbstverständlich in die Kalkulation eingehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Selbst die Regierungskoalition ist sich in dieser Frage nicht einig. Die F.D.P. hofft, daß die Sozialdemokraten noch zur Einsicht kommen und die diskriminierende Regelung für die Privatschulen zurücknehmen.

(Beifall bei F.D.P. und SSW)

Auch wenn wir durchaus anderer Meinung sind, was die Ausrichtung einzelner Schulen betrifft, geht es hier um etwas ganz Elementares, nämlich die Sicherung der Vielfalt und der Qualität von schulischen Angeboten.

Diese Strukturen sind, wie die staatlichen Schulen auch, ein Teil der Zukunft dieses Landes und dürfen nicht einfach zerschlagen werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wollen Sie alle privatisieren?)

- Frau Heinold, mittlerweile möchte ich, weil ich gelernt habe, daß das ganz lukrativ ist, alles an die I-Bank verkaufen und zurückmieten, im Zweifel auch die Lehrer; dann kriegen die alle ein höheres Gehalt, und im Zweifel geht es uns allen auch viel besser.

(Beifall bei der F.D.P.)

Herr Kollege Neugebauer, man könnte nach dem gleichen Prinzip übrigens auch die Sozialwohnungen der WOBAU an die I-Bank verkaufen. Dann hätte man auch die Gewähr dafür, daß bei dieser öffentlich-rechtlichen Einrichtung keine großen Probleme auftauchen, und hätte trotzdem einen Einnahmeanteil, der durchaus zur Deckung der Einnahmelücken des Haushalts verwendet werden könnte. Ich sage hier noch einmal: Ich weiß ja, was der Finanzminister demnächst macht und wer die 49 % Anteile der LEG kaufen soll. Das ist natürlich wieder eine dieser wunderschönen Einrichtungen aus dem großen Verbund der In-sich-selbst-Finanzierung.

Auch an den Universitäten des Landes herrscht große Verunsicherung. Ganze Fachbereiche stehen zur Disposition. Die Lehrerausbildung ist ein exemplarisches Beispiel. Unter den Studenten und auch den Professoren keimt immer deutlicher der Verdacht auf, daß unter dem Deckmäntelchen der Reform der **Lehrerausbildung** leise, still und heimlich Studienkapazitäten abgebaut werden sollen. Auch hier gilt: Nichts Genaues weiß man nicht. Gewurstel statt Konzepte.

Die finanzpolitische Misere hat alle Politikbereiche erfaßt. Aber die Polizei ist besonders stark betroffen. Eine schlechte Nachricht jagt die andere. 31 Polizeireviere sollen aufgelöst werden. Die „Helgoland“ kann nicht repariert werden. Zu guter Letzt wurden Überlegungen aus Polizeikreisen bekannt, Rechnungen für laufende Kosten nicht mehr zu bezahlen. Aber Innenminister Wienholtz wird nicht müde, durch das Land zu reisen und zu verkünden, die **innere Sicherheit** stelle einen Schwerpunkt der Arbeit der Landesregierung dar.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Herr Kollege Neugebauer, wir fordern auch Umschichtungen. Wir werden Ihnen das wieder zeigen. Wir werden wieder hören, daß das, was wir vorschlagen, unsozial, frauenfeindlich und nicht ökologisch sei. Mit einer Verzögerung von einem halben Jahr werden Sie dann wieder all die Maßnahmen durchführen nach der Devise: Jetzt können die nicht mehr dagegen sein. Jetzt sind wir den Vorschlägen gefolgt - aber wiederum mit sehr vielen Verlusten für dieses Land.

Wenn die innere Sicherheit ein Schwerpunkt der Landesregierung ist, dann frage ich mich: Ist damit neuerdings der Aufruf zu gewalttätigen Demonstrationen gemeint? Ist damit gemeint, was der Abgeordnete der grünen Regierungsfraktion Matthiessen vor dem Kernkraftwerk Krümmel erklärte? Ich zitiere aus den „KN“ vom 22. September 1997:

„Auf die Frage von Journalisten nennt er“

- Matthiessen -

„die Zerstörung der Bahngleise und das Anzünden der Barrikaden ‚Teil des zivilen Ungehorsams‘. Er halte dies ‚als Widerstand gegen das Atomrecht für gerechtfertigt‘.“

Liebe Kollegin Erdsiek-Rave oder liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wie wollen wir eigentlich noch Hakenkreuzschmierereien als kriminelles Unrecht brandmarken, wie jungen Skinheads klarmachen, daß es eine verabscheuungswürdige Straftat ist, ihre ausländerfeindliche Gesinnung mit dem Baseballschläger zu dokumentieren, wenn regierungsamtlich unkommentiert bleibt, was ein Mitglied der die Regierung tragenden Fraktionen öffentlich verantwortungslos äußert?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was sagen Sie, Herr Innenminister, wenn junge Polizeibedienstete Sie fragen, was sie mich gefragt haben, nämlich ob das recht ist, was Herr Matthiessen äußert, und was sie gegebenenfalls mit ihrer Gesundheit oder ihrem Leben verteidigen sollen?

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfs wurde das große Engagement der Landesregierung mit der Neueinstellung von 200 jungen Polizistinnen und

Polizisten belegt. Freundlicherweise unterschlägt die Landesregierung, daß im Jahre 1998 232 Altersabgänge erwartet werden. Das wird dann Nettozuwachsrate bei der Polizei genannt. Das verstehen Sozialdemokraten unter Nettozuwachsen.

Wie traurig es um die innere Sicherheit bereits steht, hat die Fraktionsvorsitzende der SPD, Ute Erdsiek-Rave, bereits eingestanden. Sie hat erklärt - das muß man sich wirklich einmal vor Augen führen; ich weiß gar nicht, ob die Fraktionsvorsitzende der SPD immer weiß, was sie öffentlich erklärt -: Wenn die BGS-Schule in Bredstedt und der Standort in Schwarzenbek geschlossen würden, sei die schleswig-holsteinische Polizei nicht in der Lage, mit der organisierten Kriminalität fertig zu werden.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Hat der Minister auch gesagt!)

Stimmt das? Das steht in der Presseerklärung von Frau Erdsiek-Rave; ich habe sie hier. - Das mag so sein. Ich habe Zweifel daran, daß das so ist. Ich traue unserer Polizei viel mehr zu, als daß es auf die Anwärtler des BGS in Bredstedt und die Kasernierung in Schwarzenbek ankäme. Aber wenn das so ist - das mag sein -, dann frage ich: Wie lautet die Antwort der Landesregierung auf diese Feststellung? Gibt es denn eine bessere Personalausstattung bei der Polizei, ja oder nein?

Auch die nicht enden wollenden Jubelarien auf COMPAS entbehren einer realen Grundlage. Ich will mich zu dem System wirklich nicht mehr äußern; denn jeder, der es anwendet, wird seine Frustrationen daran abarbeiten können. Die modernen Bürokommunikationsmittel sind in weiten Bereichen jedenfalls noch nicht vorgedrungen. So fehlt auf vielen ländlichen Revieren - man glaubt es kaum - mit dem Faxgerät ein Ausrüstungsgegenstand, den mittlerweile jede noch so kleine Garagenfirma besitzt.

Ich stimme Ute Erdsiek-Rave ausdrücklich darin zu, daß eine repressive Verfolgung von Straftätern und eine präventive Bekämpfung der Ursachen der Kriminalität zusammengehören. Dazu gehört auch eine verantwortliche Sozialpolitik.

Henning Voscherau hat in Hamburg unfreiwillig bewiesen, daß Verbrechen nicht mit Worten, sondern nur mit Taten bekämpft werden können. Wer dies nicht einsehen möchte, den bestraft der Wähler.

Die Haushaltssituation ist schlecht. 500 Millionen DM globale Mehreinnahmen sind nötig, um einen

Haushalt aufzustellen, dessen Nettoneuverschuldung nicht erheblich unterhalb der Verschuldungsgrenze liegt. Der **Immobiliendeal** verschafft dem Land für weitere drei Jahre Luft, nicht mehr und nicht weniger. Was macht der Finanzminister? Er erklärt im Finanzausschuß, daß er durchaus in der Lage wäre, im Haushalt 1998 zusätzliche Mittel einzusparen. Ich will den Betrag nicht nennen; er war nicht unerheblich. Er hat erklärt, er wolle nur nicht. Dies ist kurzsichtig und, wie ich meine, unverantwortlich; denn nach der vollständigen Übertragung der Immobilien sind nach den Plänen der Landesregierung jährlich allein über 100 Millionen DM an Mieten zu bezahlen. Wie wollen Sie in den kommenden Jahren in der Finanzpolitik wieder Boden unter die Füße bekommen, wenn Sie jetzt auf strukturelle Einschnitte verzichten?

Sie verweisen auf die Funktionalreform. Sie wird Ihnen aber kurzfristig nicht helfen, und zwar nicht nur wegen des Verfassungsgrundsatzes der Konnexität, und zwar der vollständigen Konnexität, nicht. Sie wird allenfalls mittelfristig zu Entlastungen für das Land führen; denn **Umstrukturierungen** - das wissen wir alle; das steht auch in allen Gutachten, die wir gelesen haben - kosten zunächst einmal Geld und bringen nichts. Ich meine, Sie doktern an den Symptomen herum, ohne die Ursachen wirklich zu bekämpfen. Nach wie vor wird zu wenig investiert, zuviel konsumiert, zuviel Geld für Personal und für Schulden ausgegeben.

Herr Finanzminister, wenn Sie bei der Ermittlung der Investitionsquote die Berechnungsmethode des letzten Jahres angewandt hätten, dann wären Sie nicht bei 11,2 %, sondern bei 10,7% durch das Rennen gegangen. Ihre Investitionsquote ist gegenüber dem letzten Jahr wieder um einen halben Prozentpunkt gesunken. Das ist ein Zustand, von dem der Wirtschaftsminister dieses Landes bereits vor einem Jahr gesagt hat, die Schmerzgrenze sei erreicht beziehungsweise überschritten. Er ist möglicherweise momentan gerade dabei, seine Schmerzen zu bekämpfen.

Sparwille wäre gefragt. Die Landesregierung hat ihn offensichtlich nicht. Ich könnte die Beispiele beliebig fortführen, an denen deutlich wird, daß diese Landesregierung mit ihrem Anspruch gescheitert ist, das Land erneut einen großen Schritt voranzubringen. Wir werden in den Auseinandersetzungen der kommenden Wochen und Monate noch ausreichend Gelegenheit haben, das bei den Menschen unseres Landes inzwischen weit verbreitete Gefühl, außer viel Public Relation sei bei dieser Regierung praktisch nicht viel Vernünftiges herausgekommen, mit Fakten zu belegen. Sie können sich selbst belügen. Sie können die

Mitglieder der Regierungsfractionen täuschen. Aber Sie können den Menschen dieses Landes nicht mehr das Gefühl nehmen, daß es unter Ihrer Verantwortung mit Schleswig-Holstein nicht mehr bergauf geht. Dieser Haushalt ist bereits jetzt nur noch Fassade. Das dahinterstehende Gebäude haben Sie bereits verkauft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Dem Thema angemessen, will ich - genau wie der Finanzminister - ein klassisches Zitat einbringen:

„Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe, die der Mensch, der vergänglich, baut?“

sagt Schiller in seinem Trauerspiel „Die Braut von Messina“, um auszudrücken, daß oft alles Planen für die Zukunft vergeblich ist. Frei nach Schiller könnte man heute auch sagen: Was sind Hoffnungen, was sind Haushaltsentwürfe, die unser Claus, der umgängliche, baut?

(Heiterkeit)

Bei der ersten Lesung des Landeshaushalts für das Jahr 1998 kommen wir nicht umhin festzustellen, daß die Finanzmisere des Landes Schleswig-Holstein und der übrigen öffentlichen Haushalte in Deutschland mit der globalen Entwicklung der letzten Jahre eng zusammenhängt. Die Symptome der Entwicklung - die höchste Arbeitslosigkeit seit den dreißiger Jahren, sinkende Steuereinnahmen - haben uns dieses finanzpolitische Damoklesschwert beschert. Sicherlich gibt es in Schleswig-Holstein viele hausgemachte Probleme. Aber der jetzt drohende finanzielle Kollaps des Landes ist auch Teil einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung. Ich weiß, daß diese Analyse heute schon ein paarmal angeklingen ist - verständlicherweise; denn das ist des Pudels Kern.

Obwohl laut der jüngsten Konjunkturumfrage der Unternehmensverbände in Schleswig-Holstein die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande gut aussieht, ist auch für das kommende Jahr keine durchgreifende Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt in Sicht. Bei einem realen Wachstum von 2,5 % dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 1998

kaum niedriger als im laufenden Jahr liegen, schreibt die Landesregierung in ihrem Finanzplan. Im Klartext heißt dies: Trotz Wirtschaftswachstum und trotz hoher Gewinne gibt es netto keine neuen Arbeitsplätze und damit auch keine Entlastung für die öffentlichen Haushalte in Schleswig-Holstein.

Dieser Trend besteht nicht nur in der Bundesrepublik. Die UNO-Organisation für Handel und Entwicklungshilfe, die UNCTAD, merkt in ihrem Jahresbericht kritisch an, daß auf der nördlichen Halbkugel die Profite der Unternehmen heute auf einem Niveau sind, wie man es seit den sechziger Jahren nicht mehr gesehen hat. Aber im großen und ganzen schaffen diese Profite viel weniger **Arbeitsplätze** als früher. Die meisten Profite werden auf den Finanzmärkten investiert und bleiben somit ohne Koppelung an Produktion und Beschäftigung. Das führt zu absurden Konsequenzen, zum Beispiel dazu, daß ein Weltkonzern wie Siemens über die Hälfte seiner Gewinne mit Spekulationsgeschäften statt mit seiner Produktion erwirtschaftet.

Ohne eine Lösung der ungleichen Verteilung der Gewinne und der sich daraus ergebenden sozialen Probleme gibt es laut UNCTAD erhebliche politische Risiken für die jetzige weltweite Wirtschaftsordnung. Auch in verantwortungsbewußten Kreisen der Wirtschaft hat man diese Sorgen.

Beispielsweise - so las ich neulich in meiner Zeitung - hat eine Gruppe führender Unternehmer aus Dänemark ein Forum gebildet, in dem die **Krise des Kapitalismus** diskutiert wird. Sie befürchten, daß **kein** ökonomisches System auf Dauer bestehen kann, das einerseits Wachstum und Wohlbefinden der Unternehmen fördert, aber andererseits Arbeitslosigkeit und Elend für einen großen Teil der Bürgerinnen und Bürger schafft.

Weitere Symptome dieser Entwicklung konnte man einer jüngst veröffentlichten Studie des Deutschen Gewerkschaftsbundes entnehmen. Laut dieser Studie wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Danach hat sich die Zahl der Empfänger öffentlicher Hilfen in Westdeutschland in den vergangenen zehn Jahren um 50 % erhöht, im Osten seit 1991 um 20 %. Gleichzeitig hat sich aber in den letzten zehn Jahren die Gruppe derjenigen, die über 10 000 DM netto im Monat verdienen, versechsfacht.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Jensen-Nissen, es mag sein, daß Sie das heute schon einmal gehört haben, aber das ist ja das, worum es geht. Wir müssen aber diese Perspektive mit einbeziehen, wenn wir uns mit den Haushaltsproblemen in diesem Land beschäftigen. Wir kommen darum nicht herum.

Es geht also nicht einfach nur um Sozialneid oder um die Abschaffung des Kapitalismus. Es geht um eine Entwicklung, die langfristig eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie darstellt. Der weltweite Trend hin zum Liberalismus - so sage ich einmal - schafft viele Gewinner, aber noch mehr Verlierer. Von einer sozialen Marktwirtschaft nach dem Vorbild eines Ludwig Erhard kann man dabei nur noch träumen. Hoffentlich werden wir in Zukunft von dem heute bestehenden sozialen Frieden nicht auch nur noch träumen können.

1996 gehörte der Stadtstaat Hamburg laut Angaben der EU-Kommission zu den reichsten Regionen Europas. Trotzdem hat Hamburg enorme soziale Probleme mit hoher Arbeitslosigkeit und großen sozialen Unterschieden. Bei den Hamburger Wahlen ist man noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen, aber die Erfolge der DVU - man kann diskutieren, ob sie von mehr oder weniger Wählern als beim letzten Mal gewählt wurden - kommen nicht von ungefähr. Es gibt inzwischen zu viele Menschen, die fühlen, daß sie kaum noch eine Chance haben, an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Diese Menschen sind leichte Opfer für dumpfe Parolen und Ausländerhetze.

Obwohl die DVU diesmal wieder knapp gescheitert ist, können die verantwortungsbewußten Parteien nicht einfach wie bisher weitermachen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Weiter so!“ hilft hier ganz einfach nicht. Statt weiteren Liberalismus brauchen wir eine Politik, die die **Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** in den Mittelpunkt stellt. Es geht nicht um den Standort Deutschland, sondern es geht um die Arbeitslosigkeit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist das gleiche!)

Ich finde, wir müssen den Blickwinkel einmal ändern. - Es ist nicht das gleiche.

Wir brauchen eine Politik, die Investitionen in Beschäftigung und Arbeitsplätze belohnt, und zwar auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene.

Hamburg ist aber - wie Schleswig-Holstein - auch ein Beispiel dafür, daß die Bundesländer allein nicht die Mittel besitzen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Das zeigt auch der Haushaltsentwurf 1998 der Landesregierung, in dem trotz politischen Willens kein finanzpolitischer Spielraum vorhanden ist, um beispielsweise die Investitionsquote zu erhöhen, um die Zuschüsse für die Bildungspolitik zu erhöhen oder um wirklich wirkungsvolle Arbeitsmarktprogramme zu erstellen. Der **Zwang zum Sparen** ist angesichts der Schuldenlast und der leeren Kassen überwältigend.

Dazu kommen weitere befürchtete Einbrüche bei den Steuereinnahmen. Wir warten ja schon auf die Steuerschätzung vom November, und diese Steuerschätzung wird aller Wahrscheinlichkeit nach weitere Haushaltslöcher in den Kassen von Bund und Ländern aufzeigen.

Unter diesen Vorzeichen ist finanzpolitische Kreativität gefragt. Der SSW begrüßt es deshalb, daß die Landesregierung mit dem geplanten Verkauf der Landesliegenschaften an die Investitionsbank den Versuch unternommen hat, neue Wege in der Finanzpolitik zu beschreiten, um überhaupt einen bescheidenen Spielraum für eigene politische Akzente zu behalten. Einfach nur weiter das Sparbeil zu schwingen, ist keine Lösung der dringenden Probleme, vor denen Schleswig-Holstein steht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Landespolitik nicht als bloße Symptomverwalterin der wirtschaftlichen Fehlentwicklung dastehen will, ist dies der einzig richtige Weg. Trotzdem muß die gewählte Lösung vom Landtag auf Plausibilität und Machbarkeit geprüft werden. Dieser Prozeß ist unserer Meinung nach noch nicht abgeschlossen, und es gibt seitens des SSW noch Bedenken in bezug auf die konkrete Umsetzung der Pläne. Darauf werde ich aber in der Runde der finanzpolitischen Sprecher zurückkommen.

Ehrlicherweise müssen wir aber eingestehen, daß es schwer ist, wirkliche **Alternativen** aufzuzeigen. Der Landesrechnungshof hat zwar zu bedenken gegeben, daß wir durch die gewählte Konstruktion künftige Generationen belasten. Die einzige Alternative aber wäre, daß der Landtag 250 Millionen DM Einsparungen finden müßte - beispielsweise im Kindergartenbereich, bei den Mitteln für das

Regionalprogramm, bei den Zuschüssen für Vereine und Verbände. Dies ist keine wirkliche Alternative.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Mit solchen Einsparungen zerstören wir noch nachhaltiger Strukturen, die für die Zukunft unserer Kinder entscheidend sind.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich wissen wir alle, daß die Einnahmen aus dem **Verkauf der Landesliegenschaften** dem Landeshaushalt nur eine Ruhepause - so sage ich einmal - von zwei bis drei Jahren, wenn überhaupt, geben können. Danach soll die Struktur- und Verwaltungsreform des Landes den Haushalt entlasten. So ist es jedenfalls geplant.

Für den **Landesteil Schleswig** ergeben sich dabei besondere Probleme durch die überdurchschnittlich hohe Zahl an öffentlichen Arbeitsplätzen, durch die allgemein problematische Lage auf dem Arbeitsmarkt und durch die schwache wirtschaftliche Struktur in dieser überwiegend ländlichen Region.

Wirkliche Einsparungen ergeben die Reformen aber nur bei Zusammenlegungen oder Schließungen von Ämtern und somit bei dem Abbau von Arbeitsplätzen. Deshalb hält der SSW an seiner Forderung fest, daß bei der **Struktur- und Verwaltungsreform** des Landes unbedingt **regionale Rücksichten** genommen werden müssen. Es geht bei diesen Reformen auch um ein Stück Regionalpolitik. Das muß man ganz deutlich sagen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die **Weiterführung des Regionalprogramms** im Haushalt 1998. Allerdings findet die langfristige Planung für das Regionalprogramm für den Zeitraum nach 1999 nicht unsere unmittelbare Zustimmung. Die geplante Kürzung der Mittel von über 30 Millionen DM pro Jahr auf nur 10 Millionen DM setzt voraus, daß der wirtschaftliche Rückstand der strukturschwachen Regionen gegenüber dem Rest des Landes wirklich beseitigt worden ist. Angesichts der aktuellen Lage dürfte dies allerdings eine wenig realistische Prognose sein.

Der größte regionalpolitische Rückschlag momentan ist sicherlich die Entscheidung des Bundesinnenministeriums, mehrere **BGS-Einrichtungen** in Schleswig-Holstein ersatzlos zu streichen. Es ist enttäuschend, daß der Bundesinnenminister bei seiner Entscheidung die strukturpolitischen Belange offensichtlich völlig außer acht gelassen hat. Ich weiß, daß wir uns morgen mit diesem Thema noch ausführlicher befassen werden. Ich wollte es aber schon heute in diesem Zusammenhang angesprochen haben.

Bei einem so gravierenden Schritt wie der Schließung kompletter Einrichtungen sollten die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Folgen berücksichtigt werden. Der Verlust von etwa 180 Arbeitsplätzen ist für eine Stadt wie **Bredstedt** nicht zu verkraften. Dort gibt es keine anderen Arbeitgeber, die die Arbeitslosen auffangen können. Die Betroffenen werden hier mit Billigung des Bundesinnenministers auf der Straße stehen, wenn diese Pläne wirklich durchgeführt werden.

Ich bedaure sehr, daß Herr Kanther sich den Argumenten des Landesinnenministers verschlossen hat. Im Positionspapier der Landesregierung ist darauf hingewiesen worden, daß trotz des Inkrafttretens des Schengener Abkommens weiterhin sowohl dienstlicher als auch fachlicher Bedarf für die BGS-Einrichtung im Landesteil Schleswig besteht. Wenn Ausbildungseinrichtungen unabhängig von den jeweiligen Einsatzorten des Bundesgrenzschutzes plaziert sein können - so ist es ja -, ist die Entscheidung gegen Bredstedt nicht nachzuvollziehen. Ich erwarte deshalb, daß sich alle Kolleginnen und Kollegen parteiübergreifend dafür einsetzen, daß die Stadt Bredstedt politisch nicht geopfert wird.

Regionale Gesichtspunkte spielen zur Zeit auch in der Diskussion um die Zukunft der **Lehrerbildung** in Schleswig-Holstein eine große Rolle. Der SSW setzt sich dafür ein, daß die BU in Flensburg nicht ins Aus gerät.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Dennoch halte ich in diesem Fall die Bezugnahme ausschließlich auf regionale Belange für verkürzt. Wir befinden uns in vielfacher Hinsicht an einem Scheideweg. Einerseits können wir studierwillige Abiturienten und Abiturientinnen aus Schleswig-Holstein nicht selbst versorgen. Das führt zur Frage, ob wir künftig eine Art Studienausgleich an andere Länder zu leisten haben werden. Andererseits wird seit langem

leider recht fruchtlos die schulartübergreifende Ausbildung diskutiert. Das ist ein Anliegen, in dem wir unbedingt weiterkommen müssen.

Die Erhebungen und die Qualitätsvergleiche, die in letzter Zeit präsentiert wurden, belegen eines recht deutlich: Die Behauptung, daß das Gesamtschulmodell qualitativ gegenüber dem dreigliedrigen Schulsystem zurückstehe, läßt sich durch nichts belegen. Ganz im Gegenteil. Bei staatsübergreifenden Qualitätsvergleichen wird oft übersehen, daß viele Länder, die gut abschneiden, reine Gesamtschulländer sind. Das Modell der integrierten Gesamtschule würde langfristig die Diskussion der schulartübergreifenden Ausbildung überflüssig machen. Ein nicht unbedeutender Begleitumstand wären beachtliche Einsparungen - übrigens ohne Qualitätsverlust - im schulischen Bereich. Leider sind wir aber noch nicht soweit.

(Beifall des Abgeordneten Hans-Martin
Henschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Deshalb sind Bemühungen in der schulartübergreifenden Ausbildung wichtig. Das Weiterarbeiten an integrativen Maßnahmen ist ebenso unverzichtbar. Grundsätzlich vermißt der SSW auch die Erziehung hin zu mehr Individualität. Mit anderen Worten, wir müssen endlich die Modernisierung unseres Bildungssystems angehen.

Unter diesem Aspekt sollten wir die **Lehrerbildung** betrachten und die Frage stellen, ob die **BU** diesbezüglich nicht große Chancen zu bieten hat. Ein Neuanfang, eine Modernisierung des Bestehenden fällt unter veränderten Bedingungen immer leichter.

Es ist verständlich, daß an einer Aufteilung der Lehramtsstudiengänge Kritik geübt wird. Die Sonderschullehrer im Grundstudium in Flensburg und schließlich im Hauptstudium in Kiel ausbilden zu wollen, könnte die Betroffenen dazu veranlassen, lieber gleich in einem anderen Bundesland zu studieren. Auch die Aufteilung der Realschullehrerbildung je nach Fach in Kiel oder Flensburg scheint mir problematisch zu sein. Der SSW hält deshalb eine Konzentration der gesamten Lehramtsausbildung in **Flensburg** für fachlich sinnvoll. Hierdurch würde eine Grundlage für die erforderlichen Neuerungen geschaffen. Das Argument, daß die Verlegung der Lehramtsstudiengänge in die Provinz zu einer weiteren Schwächung der angebotenen Fächer führen würde, ist meiner Meinung nach fehlerhaft. Ein Reiz für viele Studenten, und zwar gerade auch für Studenten aus

anderen Bundesländern, wäre Flensburgs Lage allemal. Im Unterschied zu Kiel ist in Flensburg auch genügend Wohnraum vorhanden, der außerdem noch billig ist. Auch das sollte ein Argument sein.

Daß niemand das Ziel verfolgt, den Hochschulstandort Flensburg als solchen in Frage zu stellen, ergibt sich daraus, daß Forderungen nach einem Ausbau der grenzüberschreitenden Studiengänge gestellt werden. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer solche Forderungen stellt, wer zum Beispiel nach einer Europauniversität verlangt, muß das hierfür erforderliche Fundament schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Das verlangt Zeit und harte Arbeit. Wer überhaupt schon einmal mit grenzüberschreitenden Studiengängen gearbeitet hat, weiß, wie schwierig das ist. Das kommt nicht einfach von ungefähr; das dauert alles sehr lange. Das ist ein zäher Kampf.

Vorerst ist klar, daß die BU Hilfe braucht, wenn sie nicht dichtmachen soll. Das wäre für unser Land fatal. An der BU gibt es zur Zeit keine vollwertige **Professur im Friesischen**, sondern lediglich eine Honorarprofessur, die zu 50 % vom Nordfriesischen Institut finanziert wird. Soviel zum Kompromiß! Das Nordfriesische Institut hat in diesem Jahr darüber hinaus unter der Kürzung von 5 % leiden müssen. Ein Verzicht in dieser Höhe soll jetzt für die Friesen - so sage ich es einmal - wohl zu einer festen Einrichtung gemacht werden. Denn für das Haushaltsjahr 1998 sind jedenfalls von den ursprünglichen Zuwendungen bereits 5 % abgezogen worden.

Was stutzig macht und was für mich zugegebenermaßen überraschend kam, war die Information darüber, aus welchem Topf die Landesregierung ihren Anteil zur Finanzierung der Honorarprofessur an der BU holt. Die Gelder, die das Bildungsministerium beizusteuern hat, sind im Landshaushaltsplan nicht zu finden. Ich jedenfalls habe sie nicht gefunden. Das Land finanziert nämlich seinen Anteil vielmehr aus der Stiftung für das friesische Volk. Diese Stiftungsgelder sind aus dem Verkauf der Landesanteile an der Provinzial-Versicherung zusammengekommen, und die Zinsen aus dieser Summe sollten den Friesen zugutekommen. So war es geplant.

Nun wird ein Teil dieser Summe für die Finanzierung einer öffentlichen Bildungsaufgabe abgezackt. So werden die Friesen doppelt bestraft. Denn einerseits müssen sie teilweise die Finanzierung für die

Honorarprofessur übernehmen, andererseits werden dem friesischen Volk zuge dachte Stiftungsgelder zur Finanzierung des vom Land zu tragenden Anteils verwendet. Damit zahlen die Friesen praktisch auch den Anteil des Landes. Das kann nicht angehen. Ich hoffe, daß wir das im Zuge der Haushaltsberatungen bereinigen können.

Und als würde dies nicht reichen, füge ich hinzu, daß auch die **Kulturarbeit** der friesischen Volksgruppe empfindlich getroffen wird. Sie erfährt eine Kürzung von 10 % im Laufe von zwei Jahren. Mir ist schleierhaft, wie die Landesregierung dies rechtfertigen kann. Durch die derzeitige Finanzpolitik des Landes werden die Minderheiten nicht gefördert.

(Holger Astrup [SPD]: Na, na! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Nicht übertreiben!)

Ein weiteres Beispiel hierfür bietet die von der Landesregierung forcierte Änderung des Schulgesetzes, die wir im Haushaltsbegleitgesetz wiederfinden. Der Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, Schulen in freier Trägerschaft finanziell einseitig zu benachteiligen. Bekanntlich gehören die **Schulen der dänischen Minderheit** zu den Schulen in freier Trägerschaft. Hinsichtlich der Personalkosten sollen künftig die Stellen der Lehrkräfte, die nicht in den lehrplanmäßigen Unterricht einfließen, von der Berechnung der Zuschüsse ausgenommen werden. Wenn es in der Begründung zum Gesetzentwurf heißt, daß solche Kosten bei den Ersatzschulen in der Regel nicht anfallen, dann ist das schlicht falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Fröhlich wird das ITPS erwähnt. Das Institut für Praxis und Theorie der Schule ist nichts anderes als die Fortbildung der Lehrer. Wenn die Finanzierung der Fortbildung für Lehrer an Schulen in freier Trägerschaft künftig wegfällt, kann deren Schulausbildung mit der an den öffentlichen Schulen nicht mehr mithalten. Da muß die Frage erlaubt sein, wie die Forderung nach lebenslangem Lernen mit der Streichung der Finanzierung jeglicher Fortbildung in Einklang gebracht werden kann. Konkret heißt dieser Schritt nämlich nicht mehr und nicht weniger als das Ende der Lehrerfortbildung an den Schulen in freier Trägerschaft.

Eigentlich kann man die Sache auch umdrehen. Es sind ja nicht alle Kosten der Lehrerfortbildung erfaßt, wenn

nur die Stellen der Lehrkräfte mit eingerechnet werden, die nicht in den lehrplanmäßigen Unterricht einfließen. Gerechterweise müßten also alle beim IPTS entstehenden Kosten mit in den Topf einfließen, der Grundlage für die Bezuschußung der Schulen in freier Trägerschaft bildet.

Daß dies nicht geschieht, führt ohnehin schon zu einer Schlechterstellung dieser Schulen. Nach den Angaben des Finanzministeriums sollen im Haushaltsjahr 1998 bei den Zuschüssen für die Schulen der dänischen Minderheit 3,2 Millionen DM gespart werden. Das würde zur Schließung etlicher Schulen führen.

(Holger Astrup [SPD]: Na, na!)

Das dänische Ersatzschulwesen hat bereits in den vergangenen Jahren massiv sparen müssen. Das Gesamtvolumen der Sparmaßnahmen beläuft sich im laufenden Haushaltsjahr auf über 6 Millionen DM. Ich will noch einmal das hinzufügen, was ich schon mehrmals gesagt habe: Es kann nicht angehen, daß die Erhöhung des Zuschusses von Dänemark dazu benutzt wird, den Haushalt in Schleswig-Holstein besserzustellen. Das ist keine Gleichgewichtung der Minderheitenpolitik.

In unserem Bundesland ist die Bezuschussung der Privatschulträger mit den Kosten des öffentlichen Schulwesens unmittelbar verknüpft. Der Gesetzentwurf sieht eine Kürzung dieser Bezuschussung vor, die über die Kürzung im öffentlichen Schulwesen hinausgeht. Das steht im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Schulen in freier Trägerschaft nicht einseitig benachteiligt werden dürfen. Der SSW hofft, daß dieses Dilemma im Zuge der Haushaltsberatungen abgewendet werden kann. Sonst hätten wir hier vielleicht - das sage ich jetzt einmal ganz polemisch - den ersten Fall für ein Landesverfassungsgericht, falls es denn ein solches geben wird.

Der Finanzminister sagte einleitend: Wir haben es mit einem Sparhaushalt zu tun. Dem ist nichts hinzuzufügen. Das wissen wir alle.

Wir müssen aber dennoch politisch gestalten und auch gestalten wollen. Dazu gehört unter anderem, daß wir wenigstens unsere Staatszielbestimmungen ernst nehmen. Wir müssen auch Prioritäten setzen; denn wenn wir das nicht tun, verödet unsere Gesellschaft, und sie wird zu einer Wüste, in der nichts mehr wachsen kann - keine Rosen, höchstens vielleicht Neurosen,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ich denke nicht, daß unsere Gesellschaft als neurotisch zu beschreiben ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich schließe damit die Vormittagsberatung. Wir treten in die Mittagspause ein. Es wird um 15:00 Uhr mit der Rede der Frau Ministerpräsidentin weitergehen. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung: 13:02 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Nachmittagssitzung.

Ich erteile Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die meisten Menschen im Lande, die sich mit dem Haushalt beschäftigen, würden sich unter den dünnen Zahlen nichts vorstellen können, weil die Zahlen mit ihren vielen Nullen zu groß sind. Aber es interessiert sie doch, was aus diesen dünnen Zahlen herauskommt, wenn das Zahlenwerk in politisches Handeln umgesetzt wird.

Wir wissen, daß die Menschen wollen, daß wir mit ihren Steuermitteln etwas für sichere und neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein tun. Wir wissen, daß die Menschen wollen, daß wir etwas für einen ordentlichen Kindergartenplatz, eine gute Schulausbildung und einen Ausbildungsplatz tun. Wir wissen, daß die Menschen Sicherheit brauchen - innere Sicherheit, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit - und wir wissen, daß sie für ihr Alter vorgesorgt haben wollen.

Sie können sehr wohl entscheiden, daß sie mehr Geld für diese vier Ziele ausgeben wollen als für andere Dinge, die sie vielleicht auch haben wollen, aber auf die sie in Zeiten leerer Kassen gern verzichten, wenn die anderen vier Aspekte gesichert sind.

Die Menschen erwarten von uns, daß wir nicht noch mehr Schulden machen, denn sie wollen zu Recht nicht, daß der nachwachsenden Generation eine Schuldenlast hinterlassen wird, die deren eigene Gestaltungsmöglichkeiten einengen. Ich kann Ihnen das an den Zahlen, die ich 1988 von meinem Vorgänger übernommen und vorgefunden habe, darstellen: 18 Milliarden DM betrugen die Schulden. Dafür zahlen wir heute 1,1 Milliarden DM Zinsen. Sie können sich ausrechnen, wie das weitergehen wird.

(Zuruf von der CDU)

- Bei Ihrer Schuldenrechnerei vergessen Sie immer, daß Sie früher gute Gründe gehabt haben, Kredite aufzunehmen, die heute abgezahlt werden müssen, so daß heute eben nichts Neues gemacht werden kann. Das wollte ich damit sagen. Aber es ist ein bißchen schwierig, komplizierte Sachverhalte zu verstehen.

Die Haushaltspolitik ist mehr und mehr eine Kunst geworden, fast Unmögliches miteinander zu verbinden. Wenn ich heute in der „Frankfurter Rundschau“ lese, daß das Kabinett meines Kollegen Teufel seinen Sparkurs nicht durchhalten kann

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist starker Tobak!)

und die Neuverschuldung fast verdoppeln will, weil man angesichts der zurückgehenden Einnahmen keinen anderen Ausweg gesehen hat - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da kann man sehen, wie stark die F.D.P. dort ist!)

- Da hat die F.D.P. munter mitgemacht. Ich habe das ohne Haß und Häme festgestellt. Was die Ländersituation betrifft - so meine ich -, geht es überhaupt nicht mehr um SPD oder CDU. Es geht darum - so nach dem Motto „Waigel heißt die Kanaille“ -, nur noch entgegennehmen zu können, was uns allen von Bonn - auch meinem bayerischen Kollegen und anderen - belastend aufgebürdet wird.

Wir haben in diesem Haushalt, den wir Ihnen vorgelegt haben, versucht, das Kunstwerk zu schaffen, einerseits Schwerpunkte bei unseren Ausgaben festzulegen und andererseits zu sparen. Claus Möller hat Ihnen das anhand seiner Eckwerte zum Haushaltsentwurf vorgelegt.

Anders, als das heute morgen hier dargelegt worden ist, hat das Land Schleswig-Holstein sehr wohl, was die Personalausgaben anbelangt, Großes zu vermelden. Es

ist immerhin der Bund der Steuerzahler, der in seiner neuesten Ausgabe feststellt, daß alle anderen Länder wie zum Beispiel Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit Personalsteigerungsquoten von über 2,2 % in die Haushaltsberatungen hineingegangen sind, während in Schleswig-Holstein, im Saarland und in Berlin, die eine Steigerung der **Personalquote** von weit unter 1,5 % ausweisen, die ersten Sparergebnisse positiv zu verzeichnen sind.

An drei Punkten, die ich Ihnen gern erläutern möchte, haben wir gezeigt, daß wir uns der Sorgen der Menschen, die heute glauben, daß die Zukunft nicht mehr gestaltet werden kann, angenommen und Antworten gefunden haben. Zunächst einmal werden wir anders als in anderen Bundesländern - es wurde schon darauf hingewiesen - zusätzliche Stellen für **Lehrkräfte** schaffen, denn wir wissen, daß die „Schülerberge“ noch zunehmen werden und daß wir junge Lehrer an den Schulen brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten allerdings auch, daß Lehrer und Schüler einen Beitrag zur Sicherung der Unterrichtsversorgung leisten. Weil wir wissen, daß wir den Schülern und den Lehrern etwas zumuten, müssen wir uns auch überlegen, wie morgen die Kosten für diese Lehrer bezahlt werden können. Deswegen hat die Landesregierung beschlossen, daß Lehrerinnen und Lehrer als Angestellte beschäftigt sein werden, um spätere Pensionslasten zu begrenzen.

Nun komme ich ja manchmal mit den Argumentationen der CDU und der F.D.P. mit, aber nicht immer, muß ich zugeben. Wenn ich heute morgen Herrn Kubicki zugehört habe, wie er glühend verfochten hat, daß beispielsweise Lehrer verbeamtet werden müßten, seine eigene Partei aber auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden beschlossen hat, daß die **Beamten** nur noch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen sollen, dann kriege ich das nicht mehr unter einen Hut. Das muß ich Ihnen ehrlich sagen.

Ich kriege auch nicht mehr unter einen Hut, Herr Kayenburg, wenn Sie jedesmal von der Entbeamtungspolitik des Landes reden und kritisieren, wie teuer das sei, aber gleichzeitig - ich ahne ja, was morgen passieren wird - bei der Landesbank, die auf derselben rechtlichen Grundlage eine solche Entscheidung getroffen hat, die ich politisch nicht richtig finde, mit Krokodilstränen von uns verlangen werden, daß das Gegenteil gemacht werde.

(Zuruf von der CDU)

- Sie lassen es Herrn Füllner machen, habe ich mir jedenfalls so vorgestellt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sind zwei Paar Schuhe!)

- Das sind nicht zwei Paar Schuhe! Sie müßten einmal ins Gesetz gucken. Dann würden Sie merken, daß es die gleichen Schuhe sind, die in Bonn über einen Leisten geschlagen wurden und mit denen man uns hier ziemlich hilflos stehen läßt.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Forderung nach der Verbeamtung der Lehrer würde nämlich bedeuten, daß die **Bundesanstalt für Angestellte** rund 37 Millionen DM weniger an Beiträgen im Jahr zur Verfügung hätte. Aus diesem Grunde sind wir der politischen Meinung, daß es mehr Beitragszahler geben müßte, damit dem einzelnen mehr von der Schulter genommen wird. Um das erreichen zu können, müssen wir mehr Angestellte als Beamte haben.

Das zweite Gebiet, dem wir uns der Vorsorge für morgen zu widmen haben, wird die Reform der Hochschulen sein. In manchen Bereichen von Forschung und Lehre ist das Angebot in Schleswig-Holstein hervorragend. Das gilt vor allem für die zukunftssträchtigen Felder wie Meeresforschung, Geowissenschaften, Ökologie und Umweltforschung. Das ist uns gerade wieder von Sachverständigengruppen bestätigt worden.

Diese Gruppen haben uns aber auch eine Liste von Vorschlägen gemacht, damit vorhandene Mittel und Kapazitäten besser eingesetzt und besser auf die Nachfrage der Studenten abgestimmt werden können. Dies wird nun in ein Gesamtkonzept des Landes für **Hochschulstrukturreformen** einfließen. In einzelnen Bereichen, wie zum Beispiel in der Lehrerbildung, stehen wichtige Entscheidungen an, die weiß Gott nicht leicht zu fällen sind, die auch nicht in einem leicht zu findenden Konsens zu fällen sind, sondern denen politische Diskussionen und Diskurse voranzugehen haben.

Was wir nicht mehr schaffen werden, ist, mehr Personal in höheren Besoldungsstufen zur Verfügung zu stellen, ohne uns Gedanken darüber zu machen, wie das morgen bezahlt werden kann.

Aber wir können den Hochschulen das Leben auch ein bißchen leichter machen. Wir können ihnen mehr Eigenständigkeit, Globalhaushalte, klare wissenschaftliche Schwerpunkte, Leistungsfähigkeit, Konkurrenzfähigkeit und Bezahlbarkeit garantieren.

Mit wenig Geld viel bewirken und nachhaltig wirtschaften, das werden wir auch bei unserem Projekt „**Betreute Grundschulen**“ verfolgen, bei dem wir einen neuen Akzent in der Familienpolitik setzen.

Schon heute setzen sich über 230 Initiativen - das sind Eltern und andere engagierte Menschen und Bürger - ehrenamtlich dafür ein, daß Kinder nach den Schulstunden nicht auf der Straße unbeaufsichtigt sind. Diese Arbeit werden wir künftig mitfinanzieren und so einen kleinen Beitrag zu einer sozialen Familienpolitik leisten, bei der Familien auch wirklich entlastet werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir verbessern damit die konkrete Lebenssituation vieler Familien. Wir akzeptieren die Arbeit dieser Elterninitiativen, und wir schaffen bezahlte und unbezahlte Arbeit im Non-Profit-Sektor. Das ist vernünftige Arbeit, die gesellschaftlich anerkannt wird. Dabei geht es nicht um gigantische Summen, sondern es geht um neue Wege der Zusammenarbeit von Öffentlichen und Privaten. Es geht um neue Arbeitsfelder und neue Instrumente, um der Massenarbeitslosigkeit und der Entsolidarisierung unserer Gesellschaft zu begegnen.

Wir schaffen aus diesem Grund beispielsweise die **58er Regelung**, über die Sie sich im Zweifelsfall im Ausschuß noch unterhalten werden, um mit den so gesparten Mitteln einen Teil der Ausbildung zu bezahlen. Herr Stritzl, ich erinnere mich noch daran, als Sie hier standen und das gegeißelt haben. Sie hatten ganz vergessen, daß Sie einen Monat vorher nachgefragt hatten, wie viele Ausbildungsplätze wir zusätzlich zur Verfügung stellen. Man kann nicht alles haben. Man kann einen Kuchen nicht essen und ihn behalten. Wenn man mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt, braucht man Geld. Wenn man das Geld dadurch bekommt, daß man Leuten, die nicht mehr arbeiten und auf einen Teil ihres Einkommens verzichten wollen, diese Möglichkeit gibt, scheint mir das eine vernünftige Lösung zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auf jeden Fall vernünftiger als Ihre bilanztechnische Rechnerei.

Es ist uns mit Hilfe schleswig-holsteinischer Unternehmen gelungen, mehr als 200 Schulen mit Computern und Netzanschlüssen auszustatten, um Jugendliche damit vertraut zu machen, wie sie Computer morgen als Hilfe betrachten können und wie sie im Berufsleben weiterkommen können, ohne von Computern abhängig und süchtig zu werden. Ich danke den Unternehmen dafür.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich persönlich halte Sponsoring für ein Beispiel für eine soziale Bürgergesellschaft. Ich danke denjenigen, die sich daran beteiligen.

(Beifall bei der SPD und SSW)

Ganz nebenbei habe ich das Gefühl, wir tun auch noch ein gutes Werk; denn die Unternehmen brauchen die Entsorgungskosten nicht zu zahlen, da sie ihre Computer bei uns in den Schulen abgeben können, wofür ihnen dann auch noch Dankbarkeit entgegenkommt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wollen Sie sagen, die Schulen bekommen Müll?)

Das letzte Beispiel war eine Lübecker Initiative. Da haben wir vom Vorstand eines größeren Unternehmens fast 150 nagelneue Computer bekommen, die nur in dem Betrieb nicht mehr genutzt werden konnten.

Eine weitere neue Idee, ein Bündnis von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften, von DAG und DGB, hat sich bei uns in Schleswig-Holstein schon ausgezahlt, nämlich der Versuch, mit einer **Kooperation für Ausbildung** dafür zu sorgen, daß Jugendliche nicht auf der Strecke bleiben oder das Gefühl haben, ihr Start ins Leben beginne mit der Arbeitslosigkeit.

Nach einer BAT-Studie forderten 93 % von 700 befragten Jugendlichen, daß ihnen die Angst vor Arbeitslosigkeit endlich genommen wird. Wenn Jugendliche alle anderen Wünsche, die sie haben, dem hintenanstellen, muß es bei uns in der Republik brennen; denn eigentlich sagt man, Jugendliche interessieren sich mehr für Spaß und Fun, aber nein, sie interessieren sich mehr für ihre Ausbildung, für ihre Zukunft, für das, was sie lernen dürfen. Wir dürfen

nicht zulassen, daß wir sie mit ihren Wünschen alleinlassen und sie enttäuschen.

(Beifall bei der SPD)

Dafür, daß unser Angebot, mit einer gemeinsamen Initiative Ausbildungsplätze zu schaffen, so gut angenommen wurde, daß insbesondere das Handwerk mit einer großen Messe im nächsten Monat noch einmal für neue Ausbildungsplätze werben will, dankt die Landesregierung ausdrücklich und sehr herzlich.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

Wenn wir die Sorgen von Eltern, von Jugendlichen und von Älteren ernst nehmen, weil wir sie nachvollziehen können, wollen wir uns von ihnen aber auch nicht lähmen lassen; denn ein Zukunftsrisiko kann auch - wenn man es richtig anpackt - immer zugleich eine Chance sein, um etwas neu zu gestalten und neue Wege aufzutun. Die Wirtschaft unseres Landes hat das begriffen und hat in einem rasanten Strukturwandel versucht, aus dem Risiko des Wandels eine Chance zu machen.

Zwei Drittel der Wirtschaftskraft kommen heute aus dem Dienstleistungssektor. In kleinen Orten wie beispielsweise Gettorf sitzen hochspezialisierte Hightech-Unternehmen; in Bosau sitzt ein weltweit agierender Designer für Autodesign. Das mag nicht jeden bei den Grünen und bei uns in der SPD begeistern, aber die Leistung, die dort erbracht wird, ist hervorragend und sollte auch einmal genannt werden. Es sind zehn Leute in Bosau, die weltweit operieren. Das bedeutet für uns nicht, daß wir glauben, nur dort allein Arbeitsplätze zu finden, aber berufliche Chancen für Menschen, die etwas leisten wollen, finden wir dort, so daß wir unsere Kraft irgendwo anders konzentrieren können, womit wir denjenigen helfen können, die sich nicht so leicht auf dem Arbeitsmarkt zurechtfinden.

Wir werden die Technologiepolitik weiter ausbauen, Telearbeitsplätze fördern sowie Wagniskapital, Förderprogramme und Servicestellen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer zur Verfügung stellen. Ferner werden wir unsere Regionalprogramme fortsetzen, und wir werden zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, in der Tourismusbranche und im Rehabereich Maßnahmen ergreifen, um diesem Land weiter nach vorn zu helfen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dieses Land ist kein Nachzügler mehr. Die Zahlen, die heute morgen vom Finanzminister genannt wurden, zeigen - auch in bezug auf die Frage zum Finanzausgleich im Hinblick auf ärmere Länder -, daß wir uns ganz gut gehalten haben.

Herr Oppositionsführer, auch wenn das heute morgen so gut in Ihre Rede paßte, widerspreche ich Ihnen ausdrücklich: Dieses Land steht nicht vor dem Ruin.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Land hat es schwer; dieses Land hat eine Bürde, aber es steht nicht vor dem Ruin. Allein das Können, das Wissen, der Optimismus und das Engagement der Privaten, der Arbeitnehmer, der Unternehmer, der Arbeitgeber, der Landesregierung, der kommunalen Arbeitgeber, der Kommunen, der vielen, die dort Politik machen, wird dieses Land nie in den Ruin treiben lassen, sondern im Gegenteil, es wird uns immer etwas einfallen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Hauptsache das Richtige!)

um in diesem Land neue Ideen zu entwickeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kämen ein ganz klein wenig weiter, wenn wir uns in der **Steuerreform** treffen würden. An der schleswig-holsteinischen Landesregierung soll ein Konsens - und wenn es ein Minimalkonsens wäre - nicht scheitern. Das habe ich mehrfach zum Ausdruck gebracht. Wir, die Landesregierung und die SPD, haben klargemacht, daß uns eine kleine Steuerreform lieber ist als gar keine, weil wir nämlich genauso wie die CDU die Lohnnebenkosten senken wollen, weil wir das Steuersystem fairer machen wollen, weil wir die Arbeitslosigkeit abbauen wollen und weil wir die Steuerbelastung absenken wollen. Wenn Sie das sagen, glaube ich Ihnen, daß Sie die gleichen Ziele haben, wie wir sie haben.

Es gibt Unterschiede in bezug auf die Steuergerechtigkeit und in bezug darauf, was Sie glauben, womit die Wirtschaft am besten angekurbelt werden könnte. Das sind gravierende politische Unterschiede. Darüber gibt es überhaupt keinen Streit. Aber wenn wir die anderen Ziele in einer ersten Stufe

erreichen könnten, sollten wir es doch einmal versuchen. Wenn unser Vorschlag, einen Eingangssteuersatz von 19 % und einen Spitzensteuersatz von 49 % einzuführen, von Ihnen nicht als ein Entgegenkommen aufgefaßt wird, verstehe ich nicht mehr, was wir noch machen sollen. Am Spitzensteuersatz kann es doch nicht liegen, daß wir uns nicht darauf einigen, die Lohnnebenkosten zu senken.

Ich fand das schon interessant, was Wolfgang Schäuble gesagt hat;

(Vereinzelter Beifall bei SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn bei ihm ist eine erste Bewegung zu verspüren. Er würde eine Mineralölsteuererhöhung mittragen. Die SPD hat gesagt, sie würde auch eine Mehrwertsteuer mittragen. Sie hat gesagt: Wir wollen nicht, daß die anderen im Regen stehen, während wir so tun, als ob das alles ohne Steuererhöhung bezahlt werden könnte. Soweit ich das aber verstanden habe, sind Herr Würzbach, Herr Glos und ein paar von der F.D.P. dagegen. Es ist manchmal Pech, daß man eine gute Idee hat und dann jemand vom hohen Norden kommt und dafür sorgt, daß man es nicht umsetzen kann. Wir wollen einmal abwarten: Entweder Schäuble oder Würzbach - einer von den beiden wird sich schon durchsetzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr
Scharping war auch dagegen!)

Es wird interessant werden, wenn die Grünen im Vermittlungsausschuß diese Idee übernehmen. Warten wir einmal ab, wer dem zustimmt und wer dem nicht zustimmt.

Eines muß aber genauso klar sein: Eine Steuerreform, die weitere Löcher in unsere Landeshaushalte reißt und es uns unmöglich macht, die von mir beschriebenen Ziele - Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, Infrastruktur, Sicherheit - zu garantieren, wird von uns nicht mitgetragen werden. Bei allem anderen können wir uns beugen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SSW)

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zum - wie nennen wir das jetzt neudeutsch? - Gebäudemanagement; man kann es auch Übertragung der **Liegenschaften** nennen. Das ganze christliche Abendland scheint offenbar an dem Punkt angelangt zu

sein, an dem es dem Untergang geweiht ist. Ich weiß gar nicht, weshalb Sie sich so entsetzliche Mühe machen, etwas in der Luft zu zerreißen, was in der Privatwirtschaft längst unter der schönen Rubrik Outsourcing gemacht wird und wodurch das christliche Abendland bis jetzt jedenfalls noch nicht gefährdet wurde.

Wenn es nur die Frage der Wirtschaftlichkeit ist - ich habe die Zwischentöne heute morgen sehr wohl gehört, wobei schon ein paar schrille Töne weggefallen sind -, und wenn Sie sich bei Ihren Berechnungen auf den Landesrechnungshof berufen, ist das Ihr gutes Recht. Allerdings muß dann der guten Ordnung halber hinzugefügt werden, daß der Landesrechnungshof davon ausgeht, daß wir mehr Schulden machen, statt die gewünschten Einnahmen zu erzielen.

Wenn ich mich dann daran erinnere, was der Landesrechnungshof zur angeblich unglaublichen Schuldenpolitik des Finanzministers aufgeschrieben hat, würde ich gern wissen - ich wäre bereit, dem Herrn Präsidenten des Landesrechnungshofs Redezeit zu geben, wenn Sie mitmachen würden -, wie so etwas funktionieren kann, wenn er gleichzeitig einen Finanzminister derart durch den Kakao zieht und ihm dann hinterher im stillen Kämmerlein des Finanzausschusses sagt: Machen Sie gern ein paar Schulden mehr.

Nebenbei gesagt: Wenn wir Wirtschaftlichkeit gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich berechnen, müssen die Schulden eingerechnet werden. Bei der Wirtschaftlichkeit eines Gebäudemanagements - ohne oder mit Übertragung - muß das fairerweise eingerechnet werden; denn Zinsen für die Kredite müssen ja irgendwo bezahlt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang
Kubicki [F.D.P.])

- Natürlich, das gilt aber für beide. Nur dann gibt das ganze einen Sinn.

Zum Vorschlag von Rechnungshof und CDU, Wohnungsbestände der WOBAU zu verkaufen, kann ich nur sagen: Das wollen wir aus sozialpolitischen Gründen nicht. Ich weiß mich da völlig einig mit dem Abgeordneten Stritzl, der bei so etwas immer Sondersitzungen des Finanzausschusses beantragt, um die Interessen der Mieter zu verteidigen.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
F.D.P.)

Herr Landesrechnungshofpräsident, es tut mir leid, an Stritzl werden Sie scheitern, es wird nichts werden mit Ihrer Rechnung, weil der Ihnen das nicht zugestehen wird, und damit ist Ihr schöner Plan leider Gottes im Eimer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie sind doch auch an Stritzl gescheitert!)

- Ja, an irgendeinem Kleinen aus dem Norden scheitert man immer; das geht dem Schäuble so, und das wird dem Herrn Rechnungshofpräsidenten so gehen.

(Heiterkeit)

Ganz nebenbei gesagt: Die Wohnungen der WOBAU sind ein Wert, den wir dem Mutterkonzern LEG Schleswig-Holstein nicht wegnehmen wollen, denn dann können wir ihn gleich dichtmachen.

Herr Münchow, der Hauptgeschäftsführer der LEG, hat das im Finanzausschuß erläutert - übrigens auch die Wirtschaftlichkeit.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

- Doch, nachlesen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir waren ja anwesend!)

- Ich habe seine Papiere. Es ist manchmal besser, wenn man hinterher die Papiere liest, als wenn man anwesend ist und nicht zuhört.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie müssen noch einmal beweisen, daß er sich da geirrt hat; das müssen Sie ihm beweisen, nicht mir.

Heute morgen ist behauptet worden, wir hätten keine Ideen. Ich glaube, daß diese Landesregierung sehr wohl Ideen hat, um Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Wir gehen neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik. Wir sind der Meinung, daß mit Teilzeitbeschäftigungen, die wir bei uns in großzügiger Weise anbieten - wir sind dankbar, daß die Mitarbeiter da mitmachen -, daß mit der Einstellungsteilzeit von Beamten und der 58er-Regelung der Arbeitsmarkt entlastet werden kann, so daß zumindest kleine Möglichkeiten und Nischen denjenigen gegeben werden, die dringlich darauf angewiesen sind, am Anfang ihres beruflichen Werdeganges die ersten

Schritte in einen Beruf und nicht ins Arbeitsamt tun zu dürfen.

Wir versuchen, den Herausforderungen von Umwelt und Ökonomie so entgegenzukommen, daß wir sie friedlich miteinander verbinden. Man muß ja manchmal viel Hohn und Spott einstecken, wenn man über dieses Thema redet.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wachtelkönig!)

Auch die rechte Seite dieses Hauses kann sich da manchmal amüsieren. Ich empfehle einmal die schlichte Zeitungslektüre darüber, was im Moment in Indonesien und Malaysia passiert,

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

wo ganze Bundesstaaten evakuiert werden müssen, weil nun die Rache der Natur für das, was ihr angetan worden ist, ausgerechnet die Menschen trifft, die am wenigsten dafür können, Kinder, die mit Mundmasken herumlaufen müssen, weil sie auf den Spielplätzen, auf denen sie früher gespielt haben, ohne Maske ersticken würden. Das kann doch nicht das Ziel irgendwelcher Politik sein! Die Tiger sind vielleicht sehr interessante Tiere, aber ökonomisch-ökologisch sind die fünf „Tigerstaaten“ nicht an allen Stellen nachahmenswert.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anders als Herr Abgeordneter Kubicki es heute morgen dargestellt hat, sind wir durchaus neue Wege der **Privatisierung** gegangen: HDW, Provinzialübertragung - neue Formen; Schleswig, Hagenuk - neue Formen; wir wollen die LEG teilprivatisieren - da will der Bund allerdings nicht mitmachen. Wir beschreiten diesen Weg aus folgendem Grund - Sie haben heute morgen versucht, uns auf den Arm zu nehmen -: Effizienz, Marktgängigkeit, Marktfähigkeit sind für uns keine ideologischen Begriffe, sondern das sind die notwendigen Kriterien, die eingehalten werden müssen, um die Mittel zu bekommen, Solidarität und Fürsorglichkeit in der Gesellschaft denen gegenüber üben zu können, die es nötig haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau, genau! - Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Klaus-Dieter Müller [SPD])

- Gut, das Protokoll verzeichnet an der Stelle: Begeisterte Zustimmung bei der F.D.P. - Sie haben heute morgen behauptet, der Begriff Effizienz passe nicht zu uns. Er paßt nur zu Sozialdemokraten, weil wir damit eine andere Zielrichtung verbinden als Sie.

(Beifall bei der SPD - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch!)

- Die Grünen auch; in Ordnung!

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Zurufe)

- Keinen Koalitionsstreit an dieser Stelle!

Wir waren auch bereit, mit Bundesinnenminister Kanther über Modelle zu reden, wie die Polizei, die allein dem Land untersteht, an bestimmten Stellen durch den **BGS** verstärkt werden kann, damit die Verbrechensbekämpfung so dargestellt werden kann, daß innere Sicherheit in den Bereichen erreicht werden kann, die wir manchmal deswegen nicht beherrschen, weil Bandenkriminalität - auch von Deutschen, nicht nur von Ausländern - Menschen ängstigt und erschreckt, vielleicht mehr als an reale Bedrohung vorliegt. Wenn ich es richtig verstanden habe, war das Angebot von Herrn Kanther eine Luftnummer zum Hamburger Wahlkampf und ist in der Zwischenzeit zurückgezogen worden.

(Klaus Schlie [CDU]: Das haben Sie offensichtlich falsch verstanden!)

- Nein, das habe ich nicht falsch verstanden, Herr Schlie. Herr Kanther hat jedenfalls Herrn Glogowski, Innenminister von Niedersachsen, geschrieben, er sei falsch verstanden worden, er habe überhaupt nicht genügend BGS-Beamte, die er zur Verfügung stellen könnte. Das war jeweils vor und nach der Wahl.

Wir sind bereit, neue Modelle mitzugehen, wir sind bereit, Experimente zu machen. Wir haben vor überhaupt nichts Angst, aber man muß uns auch ein bißchen zum Leben lassen, Geld, damit wir auch das, was wir wollen, umsetzen können, und darf uns nicht immer nur böse Absichten unterstellen, wenn wir einmal etwas machen, was Sie noch nie erlebt haben. Wenn wir nur das machten, was Sie kennen - du lieber Gott, was wäre die Politik in Schleswig-Holstein langweilig, und was wäre sie ohne Experimente wert!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen erwarten, daß wir uns etwas einfallen lassen. Deswegen ist die Landesregierung immer aufgerufen, sich etwas einfallen zu lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde Schülp.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Stritzl.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir heute den Haushalt 1998 beraten, beraten wir ihn in einer Zeit, in der wir alle wissen, daß die staatlichen Finanzen auf allen Ebenen - ob in Bund, Ländern oder Kommunen - im wesentlichen daran krankten, daß wir eine zu hohe Zahl von Leuten außerhalb des Erwerbsprozesses haben. Das ist die gemeinsame Situation von Bund, Land und Kommunen. Deswegen hätte ich mir heute von Regierungsseite gewünscht, daß einmal Ansätze für Schleswig-Holstein unterbreitet worden wären, für ein Land mit den höchsten Arbeitslosenlasten nach dem zweiten Weltkrieg, Konzepte, die uns dort herausführen.

Frau Ministerpräsidentin, bei allem Respekt: Ich hätte mir ein bißchen mehr erhofft, als allein das Verweisen auf betreute Grundschulen und ein Kindergartenprogramm, das ja im wesentlichen die Kommunen bezahlt haben, weil das Land in der Verantwortung der SPD-Regierung die Steuermehreinnahmen, die es vom Bund erhalten hat, nicht an die Kommunen zur Aufgabenleistung weitergeleitet hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich will nicht bestreiten, daß Sie versuchen, mit Stolz auf die **58er-Regelung** hinzuweisen. Frau Simonis, wir wissen doch beide: Ein pensionierter Beamter kostet 75 % zuzüglich Beihilfe, ein Angestellter, der nichts tut und frühzeitig in den Ruhestand geht, 80 %; das heißt, Sie sparen allenfalls 25 beziehungsweise 20 %.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen Teil der so eingesparten Mittel wollen Sie dann für Aus- und Fortbildungsmaßnahmen einsetzen. Was unter dem Strich übrigbleibt, sagen Sie nicht.

Jetzt komme ich zu einem Einzelbeispiel, um deutlich zu machen, wie prima Sie wirklich sparen. Ich nenne nicht den Namen, sondern nur die Position. Es ist jemand an mich herangetreten, der von Ihrem Angebot Gebrauch gemacht hat. Es ist ein Beamter in der B-Besoldung; der hat das Angebot angenommen und bekommt jetzt 75 % plus Beihilfe fürs erlaubte Spaziergehen. Und was macht die Landesregierung? - Kaum hat der Mann seine Stelle freigegeben - so höre ich -, setzt sie einen neuen auf genau diese Position mit dem hohen Gehalt. Sie haben dann nichts eingespart, sondern Sie zahlen faktisch für zwei Leute - zum einen für denjenigen, den Sie in den Vorruhestand geschickt haben, und zum anderen für denjenigen, den Sie auf die freiwerdende Stelle nachgeschoben haben. Da wird nichts gespart, sondern da werden Mehrkosten produziert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wo denn? - Unruhe)

Wenn wir gemeinsam der Meinung sind, daß sich unternehmerische Initiativen in diesem Lande wieder lohnen müssen, warum bitte schön werden wir seitens der Landesregierung nicht endlich mit einer durchgreifenden Verwaltungsstrukturreform konfrontiert?

Ich habe zwar gelesen, daß der Finanzminister sagt, hier sei einiges auf dem Wege. Herr Finanzminister, ich habe Ihre Rede sehr genau gehört. Sie haben kein einziges brillantes Beispiel dafür nennen können. Ich glaube nicht, daß Sie aus vornehmer Zurückhaltung darauf verzichtet haben. Sie verfahren schlichtweg so wie immer - jahrelang berührt, jahrelang ist nichts passiert. So können Sie Schleswig-Holstein nicht nach vorne bringen.

Meine herzliche Bitte lautet deshalb: Gehen Sie einmal praktische Beispiele an! Überprüfen Sie doch einmal, in wie vielen Verfahren es in diesem Lande Doppel- und Dreifachgenehmigungen gibt, wodurch die Antragstellung verzögert, Initiativen verlangsamt und zusätzliche Kosten verursacht werden!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Solche Verfahrensvereinfachungen müssen wahrlich nicht zu Lasten der Umwelt erfolgen. Ein zügiges, fachgerechtes Prüfungsverfahren, das vor Ort

durchgeführt wird, muß doch nicht zwangsläufig gegen Umweltinteressen gerichtet sein. Wenn wir **Wirtschaft und Umwelt** zusammen betrachten wollen, sollen und auch müssen - das ist meine feste Überzeugung -, brauchen wir nicht nach Malaysia auszuweichen, Frau Ministerpräsidentin. Dort handelt es sich um tragische Naturkatastrophen,

(Zuruf von der SPD: Was heißt hier Naturkatastrophe?)

die natürlich auch mit dem immensen Naturverbrauch zusammenhängen, der durch die dortige Armut begründet ist. Ich wehre mich aber dagegen, die Armut in der vierten und fünften Welt als Rechtfertigung für die Politik in Schleswig-Holstein zu verwenden. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, unseren Beifall gefunden hat Ihre Aussage, daß Sie darüber froh sind, daß das Land zusammen mit der Wirtschaft 200 Computer den Schulen zur Verfügung gestellt hat. Ich kann mich daran erinnern, daß wir im Landtagswahlkampfprogramm der CDU eine ähnliche Initiative vorgesehen haben. Ich finde es prima, daß unsere Idee Früchte trägt.

(Lachen der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

- Es ist doch so, Frau Franzen. Sie können es doch lesen. Im Programm ist das Schwarze die Schrift.

Frau Ministerpräsidentin, mittel- und langfristig reicht ein solcher Hinweis aber für die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation in Schleswig-Holstein nicht aus. Wir wissen, daß in der Bio- und in der **Gentechnologie** ein hohes Wertschöpfungspotential liegt. Warum stehen Sie in diesen Bereichen immer noch auf der Bremse?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Warum haben Sie nicht den Mut gefunden, das zu sagen, worüber Kollege Weber in Ihrer Fraktion öffentlich nachdenkt, nachdem er von Kollegen aus unserer Fraktion, wie zum Beispiel Gero Storjohann, dazu aufgefordert wurde? Jetzt sagt er, die Bio- und die Gentechnologie sind ein richtiger Ansatz. Warum ist die Regierung nicht zu einer Öffnung für neue Technologien bereit? Wir wissen doch, daß in diesem Bereich eine Wertschöpfung in Milliardenhöhe erzielt und Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Europa und

Deutschland geschaffen werden können. In diesem Bereich haben wir auch für Schleswig-Holstein ein Stück Zukunft.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup
[SPD])

- Herr Kollege Astrup, ich finde es gut, daß man als Kabinett in die ländlichen Räume geht, sich dort einen Tag aufhält und zwei Betriebe besucht. Dann muß ich aber auch die politischen Konsequenzen daraus ziehen und dort Zukunftstechnologien verankern, damit junge Leute, die wir in Schleswig-Holstein gut und teuer ausbilden wollen, im Lande auch eine Zukunft finden. Es dient dem Lande, wenn man die ideologischen Bremsen löst.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Bereich ist die **innere Sicherheit**. Frau Simonis hat ihn angesprochen, Frau Erdsiek-Rave hat ihn auch angesprochen. Sie hat allerdings einen Schlenker gemacht unter dem Motto: Das Wegschließen von Straftätern darf nicht dem Verschließen der Augen vor der sozialen Wirklichkeit gleichkommen. Wir sind sicher beide einer Meinung, daß die wirtschaftliche Situation des einzelnen sehr wohl einen Einfluß auf die Kleinkriminalität hat. Dann sollten aber die Regierung und die Koalitionsfraktionen daraus auch Konsequenzen ziehen.

Welches sind denn die Maßnahmen zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein? Im Wirtschaftsprogramm der SPD à la Schröder und Lafontaine stehen sie nicht, zumindest nicht nach Aussagen einzelner Mitglieder des SPD-Bundesvorstandes, die gesagt haben, dazu stehe in dem Programm nichts. Daraus kann ich jetzt zwei Schlußfolgerungen ziehen: Entweder haben Sie keine Ideen, oder es gibt keine Ideen, die über das hinausgehen, was in diesem Programm steht. Dann aber haben Sie das Recht verloren, die Bundesregierung immer wieder zu kritisieren, weil im Schröder-Programm nichts anderes steht als die Umschreibung vieler Positionen, die CDU und F.D.P. schon seit vielen Jahren vertreten. Hören Sie endlich auf, die CDU immer wieder an den Pranger zu stellen, wenn Ihnen nichts anderes oder nichts Besseres einfällt!

Herr Finanzminister, ich muß noch einmal zwei Worte zum **Liegenschaftsdeal** sagen. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben von „outsourcing“ gesprochen. Ihr Finanzminister sagt dazu, er mache nichts anderes als die Unternehmen, nämlich „sale and lease back“. Er übertrage ein erfolgreiches Programm

der Privatwirtschaft auf den öffentlichen Bereich und fragt dann, warum wir dazu nicht klatschen, obwohl er genau das machte, was die anderen auch machen.

Ich sage Ihnen, Sie machen genau das nicht, was die anderen machen, weil Sie es gar nicht können. Ich wiederhole hier zum letztenmal, was ich im Ausschuß bereits vorgetragen haben. Der Hauptbeweggrund für private Unternehmen, „sale and lease back“ zu betreiben, liegt darin, daß sie hinterher die Aufwendungen für die Anmietung der unternehmensnotwendigen Räume direkt bei Herrn Waigel steuerlich geltend machen können. Das heißt, Theo zahlt mindestens 50 % dazu, und das macht er bei Ihnen nicht. Deswegen haben Sie auch diesen steuerlichen Effekt nicht.

Ich will allerdings nicht verhehlen - heute morgen haben es schon Martin Kayenburg und Wolfgang Kubicki gesagt -, daß Sie in der Tat insofern auf ein Steuersparmodell Wert legen, als Sie durch die Veräußerung an die landeseigene Investitionsbank Steuern sparen wollen. Dann aber sollten Sie ehrlich sein und in Zukunft nicht mehr sagen, Gutverdienende zahlen in diesem Land keine Steuern, weil sie zugelassene Schlupflöcher in Anspruch nehmen. Sie selber machen vor, wie man Steuern vermeidet, und damit wird das Steueraufkommen auch für das Land Schleswig-Holstein mittelbar gekürzt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Fraktionsvorsitzende der SPD, Sie haben sich heute morgen auch in unsere Richtung gewandt und gesagt, wir würden immer auf die Bremse treten, wir hätten Angst, etwas Neues anzugehen, und wir wären nicht bereit, das Ei des Kolumbus neu zu entdecken, weil wir dem Liegenschaftsdeal nicht zustimmen wollten. Ich würde es Ihnen gönnen, daß Sie das Ei des Kolumbus neu entdecken. Daß Sie dies behaupten, kann ich gut verstehen. Verlangen Sie aber nicht, daß wir Ihnen deshalb folgen. Wir können noch sehr gut unterscheiden zwischen dem Ei des Kolumbus und rotgrünen Stümpfen. Verlangen Sie also von uns nicht, daß wir so blöd wie Oskar sind, Ihnen hinterhertrotten und sagen: Egal, wo Sie blühende Wiesen zu entdecken glauben, an der Stelle wollen wir mit Ihnen untergehen. Das tun wir nicht.

So, wie Sie das Geschäft angelegt haben, wird es kein Geschäft für unser Land werden. Das ist nicht unsere private Auffassung. Der Landesrechnungshof hat es Ihnen bereits nachgewiesen, und Martin Kayenburg, unser Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer, hat es Ihnen vorgerechnet. Auch der Finanzminister ging

im Ausschuß nicht so weit, daß er sagt, das Geschäft sei wirtschaftlich. In seiner Rede war es allerdings anders. Die Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuß konnten erleben, daß Regierungsvertreter aus dem Finanzministerium zugegeben haben, daß für den Liegenschaftsdeal bis zum heutigen Tage keine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorliegt.

(Beifall bei der CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! Das stimmt!)

Ich halte es wirklich für dreist, daß Sie hier das Gegenteil behaupten. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.

Im Finanzausschuß war auch genauso klar, daß die zusätzlichen Effizienzgewinne nicht quantifiziert werden können, wenn neben dem unumstritten auch von uns befürworteten zentralen Gebäudemanagement die Liegenschaften zusätzlich an die Investitionsbank verkauft werden. Auf die Frage, wieviel ein solcher Verkauf mehr an Einsparung bringt, sagte das Finanzministerium, daß es das nicht berechnen könne. Herr Finanzminister, in Ihrer Rede wird heute ein anderer Eindruck erweckt. Wenn Sie zusätzliche Einnahmen nicht berechnen können, sondern Sie einfach nur behaupten, und wenn Sie eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht vorlegen, verabschieden Sie sich von der Botschaft, daß Ihr Geschäft besonders wirtschaftlich sei. Seien Sie lieber ehrlich, und sagen Sie, Sie machen das Geschäft nur, weil Sie bis zum Jahr 2000 rot-grüne Politik präsentieren wollen, um dann wieder um die Gunst des Wählers werben zu können. Sie wollen in den nächsten drei Jahren zusätzliche 700 Millionen DM ausgeben, damit Sie Ihr Koalitionsprogramm durchziehen können. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Finanzminister, daß Sie gleichwohl eine höhere **Neuverschuldung** in Anspruch nehmen, ist auch aus Ihren Zahlen ersichtlich. Aus der mittelfristigen Finanzplanung 1996 bis 2000, Stand 1. Oktober 1996, war für das Haushaltsjahr 1998 eine Nettokreditaufnahme von 1,1 Milliarden DM geplant. Für 1998 haben wir eine Nettokreditaufnahme von 1,148 Milliarden DM. Das heißt, Sie legen 48 Millionen DM Nettoneuverschuldung obendrauf plus 250 Millionen DM, die Sie sich von der I-Bank einziehen wollen. Das heißt, Sie haben eine massive zusätzliche Belastung für den Landeshaushalt geschaffen. Das ist die Situation, die wir haben. Sie

sparen nicht, sondern legen Verschuldung zusätzlich obendrauf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich!)

Ich weiß, daß Sie jetzt schmunzeln, Herr Minister. Das Schmunzeln nehme ich als Zustimmung.

Im Haushalt 1998 wird keine Vorsorge für das zu erwartende Defizit im Jahr 1997 getroffen. Und Sie wissen, daß das Defizit kommt. Sie haben uns im September einen Haushalt vorgelegt, der eine **globale Minderausgabe** von 135 Millionen DM ausweist,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es! Das schafft er nicht!)

nachdem Sie uns im Januar/Februar einen Haushalt vorgelegt haben, der 175 Millionen DM globale Minderausgaben hatte. Das bedeutet, daß Sie in den darauffolgenden Monaten bis zum September gerade 40 Millionen DM von der sogenannten globalen Minderausgabe haben erwirtschaften können; Ende September haben Sie praktisch noch 135 Millionen DM. Sie wissen, Herr Finanzminister, daß Sie das nicht erwirtschaften können. Wenn Sie uns einen Nachtragshaushalt vorlegen - das haben wir beim letzten Mal schon gesagt -, in dem Sie den Wachhunden bei der Polizei im Rahmen der Erhöhung der inneren Sicherheit das Futter streichen, mit 200-DM-Beträgen, 100-DM-Beträgen arbeiten, muß ich Ihnen sagen: Sie wissen ganz genau, daß nicht mehr viel Luft drin ist, wenn Ihnen die Häuser schon 200-DM-Beträge zum Einsparen anbieten. Wo sollen denn jetzt noch die Millionen herkommen? - Ich sage Ihnen, wo sie herkommen. Sie kommen nämlich aus dem Investitionsbereich. Das wissen Sie auch. Ihnen sind diese Titel angeboten worden. Im September haben Sie das noch abgelehnt. Die werden nachher natürlich in Anspruch genommen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich! Bei der Polizei ist es doch schon so!)

um das alles zusammenzukramen. Dann haben Sie die Verfassungsgrenze überschritten. Jetzt liegen Sie 2,2 Millionen DM darunter. Sie wissen, daß Sie am Ende des Jahres entweder deutlich darübergehen oder mit einem erheblichen Defizit abschließen müssen. Das müssen wir 1998/99 wieder erwirtschaften. Aber auch diese Melodie kenne ich schon wieder: Alles ist Theo gewesen, und das Land hat natürlich keine schuld,

(Beifall bei der CDU)

weil das Land, wie Sie immer wieder versuchen - ich gebe zu: in gewisser Hinsicht erfolgreich -, das Bild aufzubauen, die Länder in der Bundesrepublik Deutschland litten spätestens seit der Wiedervereinigung an struktureller Verarmung.

Herr Finanzminister, widersprechen Sie mir, wenn meine Erinnerung falsch ist, daß die **Steuerverteilung** zwischen Bund und Ländern, gemessen an dem Steueraufkommen, dazu geführt hat, daß die Länder in den Jahren 1991 bis einschließlich 1997 insgesamt ein Mehr an Einnahmen aus dem Steueraufkommen in Höhe von 109 Milliarden DM hatten. Wenn das so ist, haben wir keinen dramatischen Einnahmeverlust in den letzten Jahren gehabt. Was wir gehabt haben, ist ein Zurückgehen gegenüber der politischen Erwartungshaltung, die wir gehabt haben. Aber zwischen der Erwartungshaltung und der tatsächlichen Einnahme liegt ein gewisser Unterschied. Man kann nicht immer die anderen dafür verantwortlich machen, daß man selbst höhere Erwartungen gehabt hat. Auch das will ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

Ein weiterer Punkt, über den wir gemeinsam reden sollten, ist folgender. Wenn ich in Ihre mittelfristige Finanzplanung hineinschaue, stelle ich fest, daß wir in Titel 0407-643 62, Kosten für die Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern - so ist es hier ausgewiesen -, von 1997 zum Entwurf 1998 eine Steigerung von 14 Millionen DM haben. Mich würde interessieren, woher diese enorme Steigerung kommt, ob sie wirklich in der Sache begründet ist oder ob es hier wieder ein verstecktes Koalitionsgeheimnis gibt, was im Ergebnis zu Lasten des Steuerzahlers in Schleswig-Holstein führt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht immer hält das rote Licht dem Wandersmann, was es verspricht. Das gilt insbesondere auf die Wähler bezogen. Das ist in Hamburg auch ablesbar gewesen: Vierkommasoundsoviel Prozent minus war die verdiente Quittung.

Was wir von Ihnen, von der SPD, aber auch von den Grünen erwarten, ist, daß Sie Ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie können nicht die Arbeitslosigkeit von heute auf morgen wegdividieren; das kann keiner. Wenn wir aber wissen, daß dies ein mittelfristiges Strukturproblem ist, das wir haben, müssen wir gemeinsam alle Kräfte anspannen, das zu verändern, weil nur so im Ergebnis auch die Steuerkraft wieder gesteigert werden kann. In dieser Zeit der wirklich leeren Kassen dürfen wir nichts tun, was strukturell die

Finanzsituation und die Vermögenssituation des Landes darüber hinaus noch über Gebühr strapaziert.

Deshalb bitte ich Sie, noch einmal in Koalitionsverhandlungen hineinzugehen und zu sagen, wir überlegen uns noch einmal den Satz, „wir könnten sparen, aber wollen nicht“. Bitte überlegen Sie noch einmal, ob das wirklich eine vernünftige politische Perspektive ist oder ob es nicht doch besser ist zu sagen, „wer für ein Land verantwortlich handeln will, muß Lasten für die Zukunft nach Möglichkeit reduzieren“! Dazu sind wir alle aufgerufen. Sie werden deshalb nicht auf dem Zahnfleisch gehen. Denn selbst nach der mittelfristigen Finanzplanung des Herrn Finanzministers soll das **Steueraufkommen** um 1,8 Milliarden DM steigen. Deswegen: Lassen Sie ab von unseriösen Finanzierungsinstrumenten, die nichts anderes sind als kurzfristiger Konsum aus parteitaktischen Gründen, die das Land teuer zu stehen kommen! In diesem Sinne erhoffen wir uns konstruktive Beratungen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch die Lautstärke kann es nicht verdecken: Die bisherige Haushaltsdebatte war nicht die Stunde der Opposition.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist deine letzte Rede, die du jetzt wieder hältst!)

- Nein! Das habe ich vor einem Jahr schon einmal festgestellt. Gut aufgepaßt, Kollege Kubicki! Aber leider muß ich das auch für heute feststellen.

Wir haben gehört und vernommen, was wir erwartet haben: viel Kritik und wenig Alternativen!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht!)

Abstrakt haben Sie, Herr Kollege Kubicki und Kollege Stritzl, heute Haushaltskürzungen nachdrücklich eingefordert, und im zweiten Halbsatz haben Sie bisher jeden bekannten Kürzungsvorschlag zurückgewiesen.

(Holger Astrup [SPD]: Wie immer! -
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was? -
Meinhard Füllner [CDU]: In welchem
Saal haben Sie gegessen?)

Dieselben Parteien, F.D.P. und CDU, die in Bonn einen
Steuersenkungswettstreit führen, die dem Land
zusätzliche Lasten aufbürden oder Zuschüsse
verweigern,

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]:
Vielleicht trägt er doch die Rede vom
letzten Jahr vor!)

kritisieren hier, von dieser Stelle aus die Ergebnisse
ihres Bonner Tuns und lasten es der Landesregierung
an. Das machen wir nicht mit; dem werden wir
argumentativ entgegenwirken. Sie können nicht ständig
notwendige Kürzungen ablehnen,
Einnahmeverbesserungen wie zum Beispiel durch
Landesumweltabgaben oder
Liegenschaftsveräußerungen verweigern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche
Kürzungen haben wir abgelehnt?)

- Sie haben doch heute in Ihrem Redebeitrag
dargestellt, was wir alles falsch machten, wo wir noch
zulegen müßten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Welche
Kürzung haben wir abgelehnt?)

- Ich habe eine Mappe mit Presseerklärungen auf
meinem Tisch liegen. Anhand derer kann ich Ihnen
nachweisen, wie Sie und Ihre Kollegen durchs Land
reisen und überall kritisieren, daß die Landesregierung
gespart habe, zum Beispiel bei den Volkshochschulen,
hier gespart hat und dort gespart hat.

(Zurufe)

Das ist eine unendliche Geschichte, Kollege Kubicki.

Wir bestreiten nicht, daß der vorgelegte Haushalt 1998
ein **Sparhaushalt** ist. Er ist notwendigerweise ein
Sparhaushalt

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Er ist
keiner! - Martin Kayenburg [CDU]: An
welcher Stelle denn?)

und mutet vielen Zuschußempfängern schwierige
finanzielle Opfer zu - das ist der Fall; wir haben

teilweise Verständnis für die Proteste -, weil die
Steuereinnahmen dramatisch zurückgegangen sind.
Sie können hier noch so viel reden - Sie können eben
nicht verdecken, daß die Steuereinnahmen in den
letzten Jahren dramatisch eingebrochen sind.

Ich weiß, Sie wollen es nicht mehr hören, aber: Solange
in Bonn die Regierung von CDU und F.D.P. die
Arbeitslosigkeit nicht wirkungsvoll bekämpft, werden
die Sozialausgaben steigen und unseren Landeshaushalt
belasten. Solange wir in Bonn ein so ungerechtes
Steuerrecht haben, werden reiche Personen oder reiche
Unternehmen wenig oder keine Steuern zahlen, was zu
einer Belastung der Einnahmeseite der Haushalte und
zu einer Erhöhung des Schuldenstandes führt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie
verhindern doch die Reform! Wie oft
sollen wir es Ihnen noch sagen?)

Es gibt keinen Anlaß - da sind wir uns in der Analyse
womöglich in einem größeren Maße einig, als Sie es
erwarten -, die finanzielle Situation des Landes zu
beschönigen.

Der Kollege Kubicki hat neulich gesagt - heute hat er
es verschwiegen -: Wenn der Haushalt 1998 um 3 %
oder 450 Millionen DM steigt, dann wäre eigentlich
genügend finanzielle Kraft vorhanden, um auf die 250
Millionen DM aus der Übertragung der Immobilien
verzichten zu können. Herr Kubicki, Sie haben
vergessen, dabei zu berücksichtigen, daß wir im
Ausgabenbereich einen Anstieg von mehr als 500
Millionen DM haben, die nicht beeinflußbar sind. Das
reicht vom kommunalen Finanzausgleich über
Zinsbelastungen, Beihilfebelastungen bis hin zu den
Personalkosten. Das läßt sich objektiv feststellen.
Wenn Sie fair wären, würden Sie das auch zugestehen.

Diese Landesregierung - die Frau Ministerpräsidentin
hat das eben dargestellt - ist in ihren Anstrengungen im
Bereich von Privatisierungen, soweit sie im Einzelfall
verantwortlich gewesen sind, unübertroffen. Auch mit
unseren Anstrengungen zum Sparen können wir uns
sehen lassen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Mehr Spielraum - auch das will ich nicht
verschweigen - ist nicht drin. Im Interesse vieler
Menschen wollen wir in den Bereichen Bildungspolitik,
Sozialpolitik und Arbeitsmarktpolitik auch nicht
weitergehen.

Der Einfluß der Steuereinnahmen auf den Haushalt 1998 ist - auch wenn Sie es bestreiten - unverkennbar. Die Steuereinnahmen des Landes für die Haushaltsjahre 1998 bis 2000 haben sich nach der Steuerschätzung vom Mai 1997 gegenüber der Steuerschätzung vom Mai 1996 um 1,7 Milliarden DM verringert. Daran kann doch niemand vorbeikommen. Da kann niemand so tun, als gebe es das nicht.

Ich will ein zweites Beispiel nennen. Stiegen die Steuereinnahmen in der Zeit von 1982 bis 1992 pro Jahr noch durchschnittlich um 5,3 %, so sind sie in der Zeit von 1993 bis 1996 um durchschnittlich 1,2 % und von 1996 bis 1998 noch einmal um 3,5 % gesunken.

(Martin Kayenburg [CDU]: Die Steuereinnahmen? Es ist absoluter Blödsinn, was Sie hier erzählen!)

- Ich nenne hier doch nur Fakten, Herr Kayenburg! Sie müssen sich einmal besser vorbereiten lassen.

(Dr. Eberhard Dall'Asta [CDU]: Sie sollten vielleicht selber denken und sich nicht vorbereiten lassen!)

Wenn Sie das täten, dann würden Sie das bestätigen.

(Beifall bei der SPD)

Diese Steuerausfälle konnten wir in begrenztem Umfang durch eine Erhöhung der **Nettoneuverschuldung** ausgleichen. Wir waren leider gezwungen, sie im wesentlichen durch Kürzungen bei den Nettoaussgaben zu erwirtschaften.

Da es hier noch nicht festgestellt worden ist, will ich folgendes sagen: Dennoch - das macht die Reformanstrengungen dieser Regierung deutlich - stehen wir in vielen Bereichen wesentlich besser da als viele Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland. Was die Wirtschaftskraft angeht, so hat sich das Land Schleswig-Holstein wesentlich besser entwickelt. Wir sind Geberland im Länderfinanzausgleich geworden. Die Zahl der Erwerbstätigen ist stärker gestiegen als anderswo. Mit den Regionalprogrammen, die die CDU - der Kollege Dall'Asta wird sich erinnern - bis 1988 vehement bekämpft hat, ist es uns gelungen, das regionale strukturelle Gefälle in Schleswig-Holstein zwar nicht aufzuheben, aber zu verringern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Der Kollege Hay weiß das aus nächster Anschauung. Vielen Dank, daß Sie dem zugestimmt haben, Kollege Hay. Aus Ihrer Arbeit als Vorsitzender des Finanzausschusses wissen Sie, daß sich das Land auch in bezug auf die Kreditfinanzierungsquote sehen lassen kann, das heißt, die Finanzierung der Nettoaussgaben mit Krediten. Dem Finanzminister ist es gelungen, diese Quote von 10,3 % im Jahre 1988 auf 7,9 % 1998 zu senken.

(Thomas Stritzl [CDU]: Wenn die Einnahmen angeblich sinken und die Nettoneuverschuldung nicht sinkt, sondern steigt, wie kommen Sie dann zu sinkenden Quoten?)

- Das ist das Ergebnis der Sparanstrengungen dieser Regierung.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

- Da können Sie so viel lachen, wie Sie wollen. Es ist so. Vielleicht lachen Sie nicht mehr, wenn ich Sie daran erinnere, daß die CDU-Landesregierung 1975 noch 17 % der Nettoaussgaben mit Krediten finanziert hat.

(Thomas Stritzl [CDU]: Das waren absolut wieviel?)

Die Haushaltsdaten für 1998 belegen, daß wir uns eine Steuerreform, wie sie von CDU und F.D.P. in Bonn diskutiert wird, nicht leisten können, weil sie zu einer weiteren Verringerung der Einnahmen im Landeshaushalt führen würde. Die Haushaltsdaten belegen auch, daß zur Berücksichtigung von Anträgen der Opposition zur Erhöhung von Ausgaben - da sind uns schon einige angekündigt worden, Kollege Stritzl - und zur Verweigerung von Einnahmen kein Raum ist. Wer - wie Sie - den Menschen im Land und in diesem Raum solche Versprechungen macht, ist nicht glaubwürdig.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche denn? Sagen Sie mal eine!)

- Sie haben mehr Polizisten gefordert. Frau Volquartz unterläßt es in keiner Rede im Landtag, mehr Lehrerinnen und Lehrer zu fordern. Sie fordern mehr Geld für die Minderheiten und mehr Radwege da und dort. Sie fordern überall mehr Geld. Das müßte Ihnen doch bekannt sein. Lesen Sie einmal den „Pressespiegel“! Dann wissen Sie, was Ihre Fraktionskollegen überall im Lande versprechen.

(Beifall bei der SPD)

Die Haushaltsdaten - auch da sind wir uns in der Analyse einig - belegen, Kollege Stritzl - Sie haben das eben eingefordert -, daß es für die Absicht der Landesregierung, die Verwaltung zu modernisieren, strukturelle Veränderungen durchzuführen und die Dienstrechtsreform anzugehen, keine Alternative gibt. Wir erhoffen uns davon wesentliche Einsparungen. Wir erwarten natürlich auch, daß dieser Prozeß zügig in Gang gesetzt wird.

Was Sie heute bewußt verschwiegen, richtig ausgeblendet haben, nachdem Sie im letzten Jahr diesbezüglich heftig Kritik geübt haben, ist folgendes: 1998 sollen - netto, Kollege Hay - 405 Planstellen wegfallen. - Das ist doch ein wichtiger Schritt. Sie haben es in 38jähriger Regierungszeit nie erreicht, daß Planstellen gestrichen worden sind. Sie haben die Zahl immer nur erhöht.

(Reinhard Sager [CDU]: Brutto oder netto?)

Kollege Kayenburg, nun wende ich mich Ihnen zu. Wir haben heute von Ihnen gehört, daß es nicht Aufgabe des Oppositionsführers sei, **Kürzungsvorschläge** zu unterbreiten.

(Reinhard Sager [CDU]: Das hat Frau Simonis gesagt!)

So leicht lassen wir Sie nicht davonkommen. Noch vor drei Wochen, am 2. September dieses Jahres, war in den „Kieler Nachrichten“ Ihre Zusage nachzulesen, im Haushalt 1998 250 Millionen DM an Zuwendungen und Subventionen zu streichen. Da Sie darüber hinaus die Absicht haben, die Landesumweltabgaben zu streichen - macht 65 Millionen DM -, müssen Sie den Beweis dafür erbringen, daß es Ihnen gelingt, 315 Millionen DM einzusparen. Wenn Sie heute feststellen, Herr Kayenburg, daß es gar nicht mehr Ihre Aufgabe sei, Kürzungsvorschläge vorzulegen, dann ist das doch der Beweis dafür, daß Sie in drei Wochen intensiver Suche und intensiven Nachdenkens festgestellt haben, daß Sie diese Zusage nicht einlösen können. Wir haben das nicht anders erwartet.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Sagen Sie uns - möglichst noch heute oder in den nächsten Tagen -, wo konkret - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir machen doch nicht Ihre Schularbeiten!)

- Sie haben das versprochen! Ich habe den Zeitungsausschnitt hier:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Beratung machen wir doch noch!)

„Kayenburg verspricht, für den Haushalt 1998 200 Millionen DM bei Subventionen und Zuwendungsempfängern zu erwirtschaften“. Wir messen Sie an diesen Versprechungen. Ich fürchte, nein, ich bin ganz sicher: Sie werden das nicht leisten können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Locker!)

- „Locker“ sagen Sie? Es ist wichtig, daß das im Protokoll festgehalten wird. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten den Haushalt beraten. Sie haben dann, Kollege Kayenburg, die Gelegenheit, konkret - nicht abstrakt, sondern konkret - zu sagen, wo Sie 315 Millionen DM an Subventionen und Zuwendungen streichen wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie das nicht können, sollten Sie so ehrlich und fair sein, mit uns gemeinsam zu der Erkenntnis zu gelangen, daß es zu der Absicht der Landesregierung, sich von einem Teil ihrer Liegenschaften zu trennen und sie an die I-Bank zu übertragen, keine ernstgemeinte Alternative gibt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Wir haben sie doch aufgezeigt!)

- Sie sind eben sehr abstrakt geblieben. Sie haben nichts Konkretes aufgezeigt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Kapiieren Sie das nicht?)

- Lesen Sie doch bitte einmal nach, was man Ihnen für die Rede aufgeschrieben hat, Herr Kayenburg.

(Martin Kayenburg [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen schreibe ich meine Reden selbst!)

Ich will hier ausdrücklich für die SPD feststellen, daß wir das Konzept der Landesregierung mittragen. Wir sind im Gegensatz zu Ihnen der Auffassung, daß die **Übertragung** und - ich betone das Wort „und“ ausdrücklich - die Einführung des **zentralen Gebäudemanagements** wirtschaftlicher sind, als die derzeitige Lösung es ist. Ob es die wirtschaftlichste Lösung ist, das wird die Zukunft zeigen. Aber wir sind uns nach den Gutachten, Berechnungen und Beweisführungen gewiß, daß es wirtschaftlicher ist als das, was wir zur Zeit machen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und es ist günstiger als eine Kreditaufnahme,

(Thomas Stritzl [CDU]: Aha! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt gerade nicht!)

die wir schon wegen der Verfassungsgrenze zu beachten haben.

Außerdem sind wir der Auffassung, meine Damen und Herren - das wird in dieser Sitzung vielleicht von der Landesregierung noch einmal bekräftigt werden -, daß auch die verfassungsrechtlichen Bedenken, die wir sehr ernst genommen haben, inzwischen ausgeräumt werden konnten.

Im Gegensatz zum Kollegen Kubicki bin ich der Auffassung, daß die Übertragung politisch verantwortbar ist, auch im Hinblick auf das parlamentarische Selbstverständnis, das wir haben - da sind wir uns doch sicherlich einig -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben ein ganz besonderes!)

weil der **Einfluß** der Landesregierung oder des Landes durch den **Liegenschaftsausschuß** weiterhin gewahrt bleibt und die **Mitwirkungsrechte des Parlaments** über den neuen § 64 der Landeshaushaltsordnung - diese wollen wir ja dahin ändern - gesichert werden.

Die Übertragung ist auch wirtschaftlicher, als dies der Landesrechnungshof bewertet. Wir sind angesichts der Haushaltslage und der von uns nicht zu verantwortenden und von Ihnen nur abstrakt vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen auch der Auffassung, daß das finanzpolitisch nicht verantwortbar und ohne Alternative ist, weil wir angesichts der Rückgänge bei den Steuereinnahmen in den Bereichen Bildungspolitik, Sozialpolitik und

Umweltpolitik keine weiteren Kürzungen verantworten wollen.

Was den Verkauf der WOBAU angeht, will ich nur auf die Diskussion im Finanzausschuß verweisen. Mein Eindruck war, daß die Diskussion das uns alle überzeugende Ergebnis gebracht hat, wonach es nicht nur aus sozialpolitischen Gründen unverantwortlich ist, sondern auch wegen der besonderen Konstruktion der LEG und der Einbindung der WOBAU in die LEG.

(Peter Lehnert [CDU]: Falscher Eindruck!)

Der Kollege Stritzl sagt, die Regierung betreibe Liquiditätsschöpfung statt Wirtschaftlichkeit.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht wahr!)

Kollege Stritzl, das ist falsch. Richtig ist, daß mit diesem Instrumentarium Liquiditätsschöpfung und Wirtschaftlichkeit geschaffen werden. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und der Vermögensvergleich zur Investitionsbank zeigt - das haben Sie ausgeblendet -, daß dem Land - im Gegensatz zu einem Verkauf an Dritte, wie Kollege Kubicki vorgeschlagen hat -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was tischen Sie da für Lügen auf? Wir haben vorgeschlagen ...)

Überschüsse der Zweckerücklage sowie sämtliche Wertsteigerungen und das eingesetzte Eigenkapital bei einer Rückübertragung steuerfrei zufließen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der baut sich erst einen Buhmann auf und schlägt dann selbst drauf!)

Also, meine Damen und Herren, wer dieses Übertragungskonzept ablehnt, muß hier im Hohen Hause auch sagen, wo er konkret kürzen will oder ob er dafür die Nettoneuverschuldung anheben will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen auch zum Komplex des **zentralen Gebäudemanagements**, weil wir uns in der Tat davon mehr Effizienz und mehr Wirtschaftlichkeit im Bereich

von Beschaffung und Verwaltung versprechen. Und vielleicht kann ich meine Bemerkung zu den Liegenschaften mit der Schlagzeile der „KN“ vom 27. August abschließen, die nach einer umfassenden Bewertung dieser Vorgänge - sie nennt es leider Immobiliendeal -

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! - Lachen des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

zu der Erkenntnis kommt: „keine andere Wahl“. Und wenn die „KN“ recht hat, hat sie recht, Herr Kayenburg.

Meine Damen und Herren, dies ist ein **Sparhaushalt**.

(Lachen des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Wir sind zum Sparen gezwungen, weil wir uns damit Raum und Platz schaffen für weitere Reformen und für die Finanzierung uns wichtiger Aufgaben, die das Land weiterbringt in der Wirtschaftspolitik, bei den Arbeitsplätzen und in der Sozialpolitik.

Ich will nur einige wenige Punkte nennen, über die wir uns besonders freuen: Das sind 100 zusätzliche Lehrerplanstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Das sind 200 junge Polizistinnen und Polizisten,

(Beifall des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

und das ist die weitere Ausweitung von COMPAS, das heißt der technischen Informationsstruktur.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eben haben Sie was ganz anderes gewollt! Was ist denn nun?)

Das sind 104 Millionen DM für Kindertagesstätten, Herr Kayenburg, und das ist die Ausweitung des Ehrenamtes im Jugendbereich.

Der Haushalt 1998 bedeutet 64 Millionen DM für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, 123 Millionen DM für investive Maßnahmen im Hochschulbau und - auch das darf man nicht vergessen - 841 Millionen DM für die Hochschulen und Universitätskliniken. Bei den Universitätskliniken würde ich mir wünschen, daß das Kostendenken etwas stärker einsetzte, damit wir

womöglich etwas einsparen und woanders zulegen könnten.

40 Millionen DM für die Werften, das ist uns ein wichtiger Betrag, weil wir damit dazu beitragen, daß 6.000 Arbeitsplätze im Schiffbau in Schleswig-Holstein sicherer werden.

Ungekürzte 11 Millionen DM für die Sportförderung

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

und die Fortsetzung des Regionalprogramms mit 30 Millionen DM - Kollege Hay, von beiden profitiert ihr Landesteil in besonderer Weise - sollten hier zu Protokoll genommen werden.

Lassen Sie mich abschließend folgendes feststellen: Wir - das möchte ich auch gern zu Protokoll geben - übersehen im Hinblick auf das Jahr 1998 auch keinesfalls die **Risiken**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Risiken überblicken Sie nicht! - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Wie entwickelt sich die Arbeitslosigkeit? Was bringt uns die Steuerreform? Wie geht die Novemberschätzung aus, Kollege Kubicki? Wenn Sie in Bonn so weitermachen, fürchte ich das Schlimmste. Können die globalen Minderausgaben für 1998 in der vorgesehenen Höhe erwirtschaftet werden? Das sind die Risiken, die wir sehen. Um so wichtiger wird es für die Haushaltsberatungen der nächsten Wochen und Monate sein, den Sparkurs zu halten, den Umstrukturierungs- und Reformprozeß in der Verwaltung fortzusetzen und an den finanzierbaren Reformen festzuhalten. Dann bleibt Schleswig-Holstein auch in finanziell schwieriger Lage wesentlich bessergestellt als der Bund. Ich freue mich, daß der Finanzminister des Landes im Gegensatz zu seinem amtsmüden Kollegen in Bonn nicht den finanzpolitischen Offenbarungseid ablegen muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst möchte ich den Präsidenten um die Genehmigung bitten, heute aus alten Plenarprotokollen zitieren zu dürfen.

Effizienz ist in aller Munde, also habe ich mir gedacht: Schau doch mal in alte Plenarprotokolle. Vielleicht findest du ja eine alte Rede, die zum heutigen Anlaß paßt.

Und tatsächlich! 1982, also genau vor 15 Jahren, gab es hier im Hohen Haus eine Haushaltsdebatte, die in etwa der heutigen gleicht. Nur die Rollen waren anders besetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

So kann ich viele Ausführungen des damaligen CDU-Finanzministers Titzck und des finanzpolitischen Sprechers der CDU, Asmussen, einfach übernehmen. Ich zitiere:

„Die Bundesrepublik Deutschland, unsere Bevölkerung und unsere Wirtschaft sind in einer außerordentlich schwierigen Lage.“

Dies stellt Finanzminister Titzck fest und er ergänzt den auf die heutige Situation zutreffenden Satz:

„Auch Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, als Teil des Ganzen bleibt davon nicht ausgenommen.“

Herr Asmussen bringt es dann auf den Punkt:

„Wir weisen entschieden den Versuch der Opposition zurück, die Öffentlichkeit durch das Verbreiten rhetorischen Nebels und das Legen falscher Färten über die entscheidende Gründe unserer finanziellen Lage zu täuschen. Die Opposition verweist immer auf weltwirtschaftliche Zusammenhänge. Aber wenn es hier im Hohen Hause um den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein geht, dann tut sie so, als sei Schleswig-Holstein finanzpolitisch auf der anderen Seite des Mondes angesiedelt.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Grund: Sie will nicht wahrhaben, daß Schleswig-Holstein wirtschaftlich ein Teil der Bundesrepublik Deutschland ist.“

(Lebhafter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Na, bitte, meine Damen und Herren von der CDU: Immer den Blick Richtung Bonn; denn dort finden wir die tatsächlichen **Verursacher der Haushaltsmisere**, wie Sie es damals richtig erkannt haben.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur sitzt dort heute Ihre eigene Regierung und verursacht einen nie dagewesenen Reformstau und eine nie dagewesene Selbstblockade: Mineralölsteuererhöhung - ja oder nein; Nullrunde bei den Rentnerinnen und Rentnern - oder lieber doch nicht, und der Soli; die F.D.P. Schleswig-Holsteins bietet ja jetzt sogar schon den Eurofighter an, um den Soli zu senken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Das ist der letzte Versuch, überhaupt irgend etwas zustande zu bringen.

In Bonn dominieren Koalitionsstreitereien statt konstruktiver und richtungsweisender Politik.

Weiter erläutert die CDU 1982:

„Sie“

- an die Opposition gerichtet -

„fordern Umschichtungen im Haushalt. Jeder, der die Arbeit dieser Landesregierung objektiv verfolgt, weiß, daß wir die vielfältigen und verschiedenartigen Förderungsprogramme ständig auf ihre Effizienz überprüfen. Sie fordern Entlastung bei der Wahrnehmung von Landesaufgaben. Wir sind der Meinung, daß das im Rahmen des Vertretbaren längst geschehen ist.“

Auch das kann ich so übernehmen.

Sogar die **Situationsbeschreibung** aus dem Jahr 1982 brauche ich für 1998 nicht umzuformulieren:

„Wir haben die Aufstellung des Haushalts unter schlechten gesamtwirtschaftlichen Bedingungen begonnen und diese Arbeit unter noch schlechteren Bedingungen abschließen müssen. Während wir im Frühjahr aufgrund optimistischer Prognosen noch hofften, daß die zweite Jahreshälfte den Durchbruch nach oben bringen würde, haben wir heute“

- nun kommt das, was wir alle kennen -

„den Einbruch nicht vorhergesagter Steuereinnahmen.“

Jetzt wieder ein Zitat:

„Trotz dieser schlechten Entwicklung bleiben die Ziele unseres Haushalts unverändert. Wir räumen der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absoluten Vorrang ein.“

Kann ich übernehmen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt zum **Rückgang der Steuereinnahmen:**

„Das Ergebnis dieser amtlichen Steuerschätzung ist weit schlechter, als wir noch vor kurzem annehmen konnten. Die schleswig-holsteinische Landesregierung“

- so bekundet die CDU -

„hat dies nicht zu vertreten.“

Paßt gut!

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Sehen Sie, liebe Opposition - Herr Stritzl ist leider schon „davongeflogen“ -, so realistisch können einige CDU-Politikerinnen und -Politiker die Situation einschätzen!

Ich schließe mich diesen Ausführungen uneingeschränkt an. Sie sind gültig für die heutige Situation, und sie beschreiben die Anstrengungen zumindest unserer Landesregierung, doch zeigen sie auch, daß die CDU damals schon dachte, genug

Sparwillen gezeigt zu haben, während wir heute wissen, daß dies nichts war im Vergleich zu 1998.

Die folgenden Ausführungen zeigen, daß die CDU zwar die Probleme analysiert, sie aber nicht angefaßt hat. Darunter leiden wir ja auch noch heute.

Zum Beispiel in der **Personalpolitik:**

„Der Schwerpunkt unserer Sparmaßnahmen liegt im Bereich des größten Ausgabenblocks - bei den Personalausgaben.“

So schwadroniert die CDU. Zwei Seiten später folgt dann die Realität:

„Wir haben die Personalkosten auf einen Zuwachs von 2,5 % begrenzt.“

Liebe CDU, und da wollen Sie uns heute hier kritisieren, wo wir von nur gut 1 % Steigerung ausgehen und auch im Nachtragshaushalt - -

(Martin Kayenburg [CDU]: Da müssen Sie sagen, wie die Lohnerhöhungen 1982 waren!)

- Sie hatten damals noch viel mehr Personal; Sie hätten sehr viel mehr sparen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An die **Zuschüsse** - jetzt kommen wir zu den schönen 6er Titeln - hat sich die CDU ebenfalls nicht mutig herangetraut:

„Im Bereich der freiwilligen nichtinvestiven Leistungen an Dritte haben wir nach Kürzungen 1982 insgesamt keine Erhöhung eingeplant.“

Im Klartext: Weitere Schulden statt Kürzung - etwas, was uns die CDU heute vorhält und womit sie sogar, wenn sie von roten und rot-grünen Spielwiesen spricht, inzwischen den ganzen Haushalt sanieren will.

Auch in 1982 wird von harten Sparbeschlüssen geredet, von Kürzungen im Beihilferecht, und sogar die Entbürokratisierung ist ein Thema. Asmussen bekennt zwar, daß man mittelfristig um eine Vereinfachung der Gesetze nicht herumkomme, er fügt aber hinzu, daß dies ein mühseliger Beschluß sei. Das ist auch heute noch so, obwohl wir schon sehr viel weitergekommen sind.

(Reinhard Sager [CDU]: Na!)

Doch so richtig deutlich wird die Blamage und die Unglaubwürdigkeit der heutigen CDU-Kritik aber erst beim Thema **Neuverschuldung**. Zitat:

„Unverzichtbares Ziel der Landesregierung bleibt es, mittelfristig die jährliche Neuverschuldung abzubauen und damit den Anstieg der Zinslast zu begrenzen.“

(Heiterkeit des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

„Nur so gewinnen wir den Handlungsspielraum wieder, den wir dringend brauchen, um Wirtschaft und Bürgern in Schleswig-Holstein Hilfe zur Selbsthilfe geben zu können. Die gegenwärtige Wirtschaftslage läßt allerdings eine solche Politik auch in Schleswig-Holstein leider noch nicht zu. Wir können heute also nicht sparen, um zu konsolidieren.“

Da frage ich doch Herrn Stritzl, warum er uns immer auffordert, derart zu sparen, wo heute tatsächlich der Spielraum deutlich geringer ist.

Doch die CDU wollte nicht nur nicht sparen, sondern überschritt im Vollzug des Haushalts 1983 die verfassungsrechtlich zulässige **Kreditgrenze** um 7,7 Millionen DM.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat der Landesrechnungshof dazu gesagt?)

Also auch das ist alles schon einmal dagewesen!

(Konrad Nabel [SPD]: Was hat damals der Landesrechnungshof dazu gesagt?)

- Ja, es ist schon einmal dagewesen, daß die verfassungsmäßig gesetzte Grenze überschritten worden ist. Ob es wiederkommt, wird sich zeigen.

(Reinhard Sager [CDU]: „Schon mal“ heißt „zweimal“! - Zurufe von der CDU)

Sie kennen meine sehr realistische und kritische Einschätzung. - Sie kennen die Zahlen wie ich. Ich kann gern noch einmal weiter recherchieren, ob Sie mehrfach übertreten haben, wenn Sie das möchten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat damals der Landesrechnungshof gesagt?)

- Keine Ahnung!

Schon die im Entwurf geplante Nettokreditaufnahme betrug damals 1,12 Milliarden DM - wir kamen ja vorhin auf die Zahlen zu sprechen - bei einem Gesamthaushalt von knapp 9 Milliarden DM. Wenn wir also heute bei einem deutlich größeren Haushalt von 14,4 Milliarden DM eine Nettoneuverschuldung von 1,14 Milliarden DM einplanen und das noch eine Senkung ist - es ist ja eine Senkung um 60 Millionen DM -, dann sind wir gut davor.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für die CDU hingegen war das damals überhaupt kein Problem. Asmussen erklärte:

„Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß: Wir sind der Meinung, daß der Haushalt 1983 trotz einiger Schönheitsfehler - ich denke dabei an die erhöhte Kreditaufnahme - den Anforderungen gerecht wird.“

Diese Unverschämtheit brauchte wohl nicht kommentiert zu werden, wenn die CDU nicht eine ebenso unverschämte Begründung liefern würde, nämlich:

„Meine verehrten Kollegen, es ist gegen uns der Vorwurf erhoben worden, daß wir die Verschuldung des Landes in unerträglicher Weise in die Höhe getrieben hätten. Sie müssen sich schon einmal vor Augen führen, in welcher steuerpolitischen Landschaft wir uns im Augenblick befinden. Dabei muß ich darauf hinweisen, daß wir gegenüber der Steuerschätzung im Juni 1980 und im Juni 1983 mit einem Steuerausfall von rund 590 Millionen DM zu rechnen hatten.“

Dann zitiert er noch, daß die Investitionen höher sind, und dann heißt es

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- hören Sie gut zu! -:

„Daß wir bei diesen Summen mit einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme von rund

300 Millionen DM ausgekommen sind, beweist doch nach meiner Auffassung, wie eisern die Landesregierung und die CDU-Fraktion gespart haben.“

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 300 Millionen DM für die CDU sparen bedeutet, dann ist Rot/Grün die Mega-Sparregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, das ist vorhin gemeint gewesen! Jetzt wissen wir das!)

Aber zum Beweis des ungezügelter Sparwillens gab es sogar schon **globale Minderausgaben** - ein Instrument, das die Opposition heute auf das heftigste kritisiert.

Ich zitiere den F.D.P.-Abgeordneten Neitzel. - An dieser Stelle sage ich, daß ich mich gewundert habe, daß die F.D.P. hier damals präsent war; aber das kommt ja immer wieder einmal vor.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Zitat:

„Ich komme jetzt auf die Tricks zu sprechen, mit denen die CDU beim Haushaltsausgleich gearbeitet hat und mit deren Hilfe nach außen hin ebenfalls falsche Eindrücke erweckt werden.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Unsere Position hat sich nicht geändert, wie Sie sehen! - Heiterkeit)

„Als Beispiel nenne ich die globalen Minderausgaben.“

Da sage mir noch einer, die CDU sei schon immer gegen die globalen Minderausgaben gewesen, wo sie diese doch schon vor 15 Jahren in den Haushalt eingestellt hat - bei den sächlichen Ausgaben im Zuschußbereich und im Personalbereich.

Ich muß Ihnen sagen, ich war sehr erstaunt, als ich das las, da ich als Neue im Parlament immer gedacht habe,

die CDU habe tatsächlich berechtigterweise Kritik an der Sache. Aber es ist nur eine „Oppositionskiste“.

Meine Damen und Herren, wenn ich der CDU Schleswig-Holsteins bisher eher theoretisch begründet Unfähigkeit in der Finanzpolitik unterstellt habe, so unterstelle ich ihr nach der Lektüre der Plenarprotokolle nun fundiert Unfähigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Solide Finanzpolitik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist das, was ich in den alten Protokollen aus der Zeit, als Sie die Verantwortung hatten, wiederfand, nicht.

Zum stets in Haushaltsdebatten fälligen Vorwurf der jeweiligen Opposition, der Haushalt bestehe nur aus Buchungstricks, hier noch ein kurzes Zitat, bevor ich zu den Liegenschaften komme. Es paßt an dieser Stelle sehr gut, ist allerdings aus dem Jahre 1986; es steigerte sich ja immer alles.

Inzwischen ist Asmussen Finanzminister. Er erläutert die geplante Neuverschuldung für das Jahr 1987.

(Meinhard Füllner [CDU]: So einfach kann man eine Rede gestalten!)

„Der schrittweise Abbau der Neuverschuldung wird fortgeführt. Wir drücken die Neuverschuldung unter die 900-Millionen-DM-Grenze. (Dr. Klingner [SPD]: Das sind Buchungstricks!)“

Darauf antwortet ihm der Finanzminister Asmussen von der CDU:

„Herr Dr. Klingner, darüber können wir uns nachher noch unterhalten. Das sind natürlich keine Buchungstricks, sondern das ist Kunst der Finanzpolitik.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Weil dieses Ritual auch in diesem Jahr wieder abläuft, lassen Sie mich zum Schluß ein paar klare Worte zum geplanten **Verkauf der Liegenschaften** sagen. Wir haben uns für den Verkauf der Liegenschaften entschieden, um in den Jahren 1998 bis 2000 zusätzliche Einnahmen von 700 Millionen DM zu erzielen. Wir halten die **Veränderung der**

Landesbauverwaltung hin zu einer Anstalt des öffentlichen Rechts für notwendig, um die Bewirtschaftung der Gebäude wirtschaftlicher auszurichten als bisher.

Nur über die Zahlung von Mieten wird es möglich sein, notwendige Mittel für die Bauunterhaltung, vor allem aber für Energiesparmaßnahmen, sicherzustellen. Ich stütze ausdrücklich die Aussage von Herrn Kubicki, daß es sowohl für das Parlament als auch für die Regierung und die Verwaltung traurig ist, daß sie es nicht geschafft haben, dies ohne den Verkauf zu tun. Das muß ich an dieser Stelle deutlich sagen. Aber es ist einfach eine Tatsache, die auch aus den Gutachten hervorgeht.

(Zuruf von der CDU)

Wir sehen die Gefahr, daß durch diese Umstrukturierung **Rechte des Parlaments** verlorengehen, und werden diese Frage im Finanzausschuß auch weiterhin thematisieren.

(Beifall der Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Vor allem die Verabschiedung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesbank aus der Solidargemeinschaft gibt uns an dieser Stelle zu denken. In den nächsten Tagen wird sich zeigen, ob die von uns eingerichteten Gremien - zum Beispiel die Beiräte - überhaupt eine politische Funktion haben oder ob es Kaffeerrunden sind. In diesem Fall müßten wir uns fragen, ob wir sie finanzieren müssen.

(Beifall der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir werden darauf drängen, daß die zugesagten Effizienzgewinne, die jetzt im Gutachten stehen, auch realisiert werden, zumal diese Gewinne langfristig zur Konsolidierung der Finanzen beitragen, während der Verkauf der Liegenschaften einmalig und kurzfristig Einnahmen bringt. Dabei belastet diese Transaktion gleichzeitig den jetzigen Haushalt. Wir gehen davon aus, daß der **Verkauf der Liegenschaften** in Verbindung mit der **Fremdbewirtschaftung** wirtschaftlicher ist als der heutige Zustand. Aus diesem Grund tragen wir diese Entscheidung mit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Verkauf der Liegenschaften ist angesichts der finanziellen Lage des Landes eine Notmaßnahme, bedeutet jedoch keinen Verfassungsbruch. Er ist mit einer der größten Umstrukturierungsmaßnahmen der Landesverwaltung verbunden und wird der Verwaltungsstrukturreform hoffentlich einen großen Schub nach vorn geben. Der Verkauf ist verantwortbar, da wir die Gebäude nicht an Dritte, sondern sozusagen an uns selbst verkaufen. Durch die Gewinne des zukünftigen Besitzers können wir Einnahmen zugunsten unserer eigenen zukünftigen Landeshaushalte erwirtschaften, wenn denn Gewinne erwirtschaftet werden.

An dieser Stelle muß deutlich gesagt werden, daß die **kritische Begleitung durch den Landesrechnungshof** notwendig war. Sie hat zu mehr Klarheit beigetragen. Auch wenn ich mich mit dem Rechnungshof gern darüber streite, ob er zur Vermeidung möglicher „Enten“ aus dem Hut gezauberte Zahlenkolonnen nicht lieber rechtzeitig verumdrucken und ins geordnete Verfahren einbringen sollte, meine ich doch, daß Konkurrenz das Geschäft belebt. Kooperation, Herr Korthals, ist aber im Interesse unseres Landes zumindest genauso notwendig. Manchmal wünsche ich mir mehr Kooperation, mehr Miteinander und weniger Öffentlichkeitsarbeit des Rechnungshofs - nicht weniger Kritiklosigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Daß die CDU den Verkauf kritisiert, ist klar. Es ist ihre Rolle, die Regierung zu kritisieren. Doch die Bürgerinnen und Bürger haben das Spiel der gegenseitigen Schuldzuweisungen längst satt. Niedrige Wahlbeteiligungen und der jüngste Ausgang der Wahl in Hamburg haben dies gezeigt und werden dies auch weiterhin zeigen.

Ein kleines positives Signal an die Wählerinnen und Wähler setzen wir heute mit dem Gesetzentwurf betreffend die **Beteiligung der Abgeordneten an ihren Beihilfekosten**. Auch wenn dies eher unbemerkt bleiben wird, ist es gerade in Zeiten dramatischer Sparmaßnahmen notwendig, die Politikerinnen und Politiker in die Sparmaßnahmen einzubeziehen.

Die grüne Landtagsfraktion wird in den Haushaltsberatungen versuchen, den Haushalt noch ein bißchen „grüner“ zu machen - zugunsten der Jugend, der Ökologie und der Minderheiten. Ich sage das gerade auch deshalb, weil dies mit Sicherheit auf Kritik stoßen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Frau Kollegin Heinold, ich bedanke mich für Ihren Redebeitrag und auch für Ihre Rolle im Finanzausschuß bei der Beratung des „Liegenschaftsdeals“, weil ich glaube, daß diese Form der neuen Offenheit oder auch der neuen Ehrlichkeit einen einfacheren und besseren Umgang miteinander ermöglicht als der Versuch, Phrasen und Worthülsen immer als solche zu entlarven.

Ich akzeptiere - ich schließe dabei jetzt Frau Kollegin Erdsiek-Rave ausdrücklich mit ein -, daß die Regierung selbstverständlich alles unternehmen kann, muß, soll und darf, ihre Regierungspolitik umzusetzen und auch finanzwirtschaftlich abzusichern. Weil das so ist, müssen wir beide Dinge voneinander trennen: Die Frage der **effizienteren Bewirtschaftung** - das Einspielen von Mitteln in diesem Bereich - und die Frage des **Liegenschaftsverkaufs**.

Beide haben eigentlich nichts miteinander zu tun, denn die Bewirtschaftungsvorteile würden wir auch erreichen, wenn wir die Liegenschaften nicht an die I-Bank veräußerten. Daß sie an die I-Bank veräußert werden, hat einfach damit zu tun, daß Geld benötigt wird. Das ist auch so in Ordnung.

Wir haben einen anderen politischen Ansatz. Daß es auch andere Modelle gibt, haben wir dargestellt. Daß wir nicht die Zeit haben, dies ordentlich zu rechnen, habe ich bereits gesagt. Ich wiederhole das, was ich sowohl im Finanzausschuß als auch dem Finanzminister unter vier Augen gesagt habe: In den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen, in denen er sich bewegt, kann auch ich erkennen, daß dies aus seiner Sicht eine vernünftige Lösung ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Er erkaufte sich damit zumindest drei Jahre Zeit für mögliche andere Lösungen. Möglicherweise haben wir dann auch im Parlament Zeit, darüber zu diskutieren.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Sehr gut!)

Aber, Herr Kollege Neugebauer - das sage ich in aller Freundschaft; wir kennen uns auch schon lange genug -: Am Verstand sollte man nicht sparen. Wenn sich der finanzpolitische Sprecher der SPD hier hinstellt und sagt, die Sozialdemokraten dieses Landes, der Finanzminister seien nicht mehr in der Lage, in diesem Haushalt 1,5 % Ausgaben einzusparen - das haben Sie ja gerade gesagt -, dann erklärt er damit ausdrücklich das Scheitern der Regierungspolitik von Heide Simonis.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir reden über 250 Millionen!)

Wir reden darüber, daß Sie 3,2 % **Ausgabensteigerung** haben. Wenn Sie diese halbieren sind Sie auf der Grundlage von 450 Millionen DM bei einem Betrag von 225 Millionen DM. Den Rest kratze ich Ihnen dann noch zusammen; das ist nicht das Problem. Aber wenn Sie behaupten, das gehe nicht, dann erklären Sie, daß die Regierungserklärung der Ministerpräsidentin Makulatur ist, denn sie hat erklärt: Unsere Politik besteht darin, daß wir eine Ausgabenbegrenzung von 1,5 % erreichen wollen.

Wenn wir ehrlich miteinander umgehen, Kollege Neugebauer, dann müssen wir uns natürlich fragen, ob es nicht tatsächlich **struktureller Einschnitte** bedarf, die schmerzhaft sein mögen. Aber daß es unmöglich wäre, das wollen Sie uns doch nicht im Ernst erzählen. Ich werde Ihnen das in den Beratungen auch zeigen. Ich bin nur das Ritual leid, daß Sie sagen: „Die Opposition soll endlich einmal sagen, wo eingespart werden kann.“ Wenn sie das dann macht, dann laufen die Sozialdemokraten - die Grünen nehme ich jetzt einmal aus - durch die Gegend und sagen: „Welch eine hartherzige neoliberale kapitalistische Politik! Hier soll bei den Ärmsten der Armen gespart werden.“ - Drei oder vier Monate später wird das aber alles klammheimlich eingesammelt und tatsächlich gemacht.

Ich will Ihnen sagen, wo die Probleme bei der Bewirtschaftung des Haushaltes liegen. Darauf können wir gern zurückkommen. Ein Beispiel, Herr Finanzminister, das die Unsinnigkeit bestimmter Bewirtschaftungsmaßnahmen kennzeichnet: Wir erhöhen beispielsweise die Anzahl der Betriebsprüfer, frieren aber den Titel Fahrtkostenzuschüsse mit der fatalen Folge ein, daß - nach dem, was ich gehört habe - die Betriebsprüfer in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr hinausfahren, weil sie diese Kosten nicht mehr abrechnen können.

(Zuruf von der SPD)

- Sagen Sie nicht einfach „ach“. Ich gebe ja nur wieder, was ich gehört habe. Ich glaube nicht, daß mir das falsch berichtet worden ist. Das heißt, hier müssen wir einmal sehen, ob im Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen im Rahmen der Bewirtschaftung zum Schluß das Ergebnis effizienter als vorher ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zur Frage der **Effizienz** möchte ich sagen, Frau Ministerpräsidentin, ich bin ja wirklich ganz begeistert, wieder Otto Graf Lamsdorff aus Ihrem Mund gehört zu haben. Den Satz, es müsse erst erwirtschaftet werden, was verteilt werden könne, habe ich genau im Ohr.

Es muß erwirtschaftet werden, was verteilt werden kann. Das gilt aber für die Gesamtwirtschaft. Das heißt, wir müssen alle Rahmendaten setzen, daß die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein oder der Bundesrepublik Deutschland insgesamt wieder stärker und besser wird. Das bedeutet, wir müssen Wachstumsimpulse setzen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

- Ja, ich finde es schön, Herr Hentschel, daß Sie als Vertreter einer Partei, die jahrelang Nullwachstum und negative Wachstumsraten haben wollte, endlich auch „genau“ rufen, wenn ich sage, wir müssen Wachstumsimpulse setzen. Jetzt sehen Sie, wohin das führt, wenn man die wirtschaftlichen Rahmendaten nicht in entsprechender Weise setzt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Wir haben auch
gesagt, welches Wachstum wir wollen!)

- Sie wollen das Wachstum Ihrer Zuschüsse und Ihrer Gehälter, ich will das wirtschaftliche Wachstum. Das unterscheidet uns beide. Das Geld kommt nicht nur vom Staat, Herr Hentschel, das müssen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwirtschaften können.

Da liegt ein Problem, Frau Ministerpräsidentin, das Sie selber angesprochen haben, ohne es möglicherweise zu merken. Sie haben gesagt, wir haben junge und kreative Unternehmen in Schleswig-Holstein, die auch teilweise auf dem Markt Hervorragendes leisten. Sie haben in diesem Zusammenhang davon gesprochen - ich habe das gar nicht so genau mitbekommen -, daß es ein Unternehmen gebe, das Autozulieferung in irgendeiner Form betreibe.

(Zuruf der SPD: Design!)

- Design, das ist völlig egal, aber Sie haben angefügt, das könnte einigen in Ihrer Partei und bei den Grünen möglicherweise nicht schmecken.

Natürlich gibt es viele Bereiche, die den Mitgliedern Ihrer Partei oder den Grünen nicht schmecken, die aber trotzdem zur Wertschöpfung in diesem Lande beitragen können, ja sogar beitragen. Und es gibt Zukunftsbereiche, in denen die Sozialdemokratie jahrelang, Herr Kollege Neugebauer, Skepsis vor sich hergetragen hat, statt diese Zukunftsbereiche zu fördern und die Wertschöpfung hier in Schleswig-Holstein und nicht woanders anzusiedeln.

Es ist gut, wenn es jetzt zu einem Umdenken kommt; ich höre ja auf Bundesebene, daß sich im Bereich der Bio- und Gentechnologie die Sozialdemokraten dieser Entwicklung nicht mehr widersetzen wollen. Wie könnten sie auch angesichts einer weltweiten Entwicklung. Ich sage, für das Land Schleswig-Holstein ist viel Zeit ins Land gegangen. Wir alle wissen, was Zeit bedeutet. Wir alle wissen, daß Gorbatschows Wort jedenfalls im Wirtschaftsbereich immer gilt: Wer zu spät an den Markt kommt, den bestraft der Verbraucher, den bestraft das Leben.

Deshalb ist es notwendig, daß ein mentaler Änderungsprozeß in diesem Lande stattfindet - ich habe den Eindruck, daß er bei der Regierung schon viel weiter gediehen ist als bei den regierungstragenden Fraktionen, aber auch die folgen ja mit unheimlicher Geschwindigkeit -, und daß wir wieder mehr auf wirkliche Wirtschaftsförderung setzen. Zur Wirtschaftsförderung gehört für mich auch die Infrastrukturförderung. Es gehören nicht nur Erklärungen und Sprüche dazu.

Warum, frage ich Sie, ist mit dem **Bau der A 20** noch nicht begonnen worden? An dem Gerichtsverfahren kann es ja nicht liegen. Frau Simonis, das Gerichtsverfahren ist es nicht. Die Anordnung des Sofortvollzuges hat einen gesetzlichen Sinn. Der besteht darin, daß man den Sofortvollzug sofort vollzieht. Daß Sie einen Moment gewartet haben, hat etwas damit zu tun, daß eine Anwohnerversammlung stattfinden sollte. Das war ein moralisches Warten. Das ist aber längst vorbei. Die Frage ist, warum fangen Sie nicht endlich mit dem Bau an. Sie wissen genau, daß Sie ab Mitte Oktober nicht mehr bauen können, weil der Winter kommt. Der Grund Ihrer Verzögerung ist - sagen wir einmal - die Kapitulation vor dem Koalitionspartner. Das ist akzeptabel im politischen Wettstreit, aber schlecht für dieses Land. Es ist ein

schlechtes und falsches Signal, daß mit dem Bau der A 20 nicht begonnen worden ist und dieses Jahr nicht mehr begonnen werden wird. Herr Steinbrück tut mir in dieser Frage schon sehr leid. Mir tut es auch für dieses Land leid, weil wir in zwei, drei, vier Jahren genau diese Diskussion wieder führen werden, die wir heute geführt haben, allerdings unter anderen und schlechteren ökonomischen Vorzeichen als heute.

Frau Kollegin Heinold, ich habe mit großem Genuß gehört, was Sie über die Debatten von 1982 gesagt haben. Ich habe damals für den Kollegen Neitzel als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Landtag auch einmal einen Redebeitrag zu einer Haushaltsdebatte geschrieben mit Reden aus den siebziger Jahren. Es ist fast immer identisch. Die Problembeschreibung ist interessanter Weise identisch: Es gibt immer zu wenig Steuern, die Verschuldung ist zu hoch, und der Staat steht vor dem Kollaps.

Ich finde es auch ganz toll, wie Sie der Union gesagt haben, daß es ganz komisch sei, daß sie ihre Positionen, wenn Sie die Bänke tauscht, ändert. Die F.D.P. hat das nicht getan. Das lag wahrscheinlich auch daran, daß wir unsere Bänke nicht getauscht haben. Wir waren immer Opposition. Ich will darauf gar nicht weiter eingehen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Manche Grundeinstellungen haben Sie geändert!)

- Auch das stimmt nicht, Frau Kollegin Erdsiek-Rave. Auch das stimmt nicht.

Mich hätte jetzt aber interessiert, Frau Kollegin Heinold, was damals die Sozialdemokraten gesagt haben und wie sie es heute vertreten, daß ihre heutige Position der Position der CDU von damals entspricht. Der Union können Sie sagen, wenn die sich wieder auf die Regierungsbank setzen, dann machen sie es genauso. Aber daß Sie jetzt sagen, die CDU-Politik von damals muß richtig gewesen sein, weil unsere Politik von heute richtig ist, das finde ich schon ein bißchen merkwürdig. Sie müssen mir erklären, warum die Sozialdemokraten heute eine CDU-Politik betreiben, die damals kritisiert worden ist.

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Günter Neugebauer [SPD]: Man lernt auch immer dazu!)

- Herr Kollege Neugebauer, so sind Parlamentsdebatten schön, und so machen sie auch

Spaß, wenn man sich wirklich ein bißchen austauschen kann.

Ich will noch einen kurzen Hinweis auf diese wunderbare Erklärung geben, daß die **Nettoaussgabenquote** - finanziert durch Kredite - dankenswerterweise gesunken ist, seitdem die Sozialdemokraten die Regierungsverantwortung tragen. Da ist ja etwas dran. Sie ist ja von 17 auf 11 % - wie Sie es gesagt haben - gesunken.

(Günter Neugebauer [SPD]: 8,5 %!)

- 8,5 %. Aber die entscheidende Frage ist doch, in welchem Maße ist die **Investitionsquote** gesunken. Verstehen Sie, die Relation besteht ja immer in der Grenze, daß Sie nicht mehr Nettokreditaufnahme haben können, als Sie an Investitionsausgaben haben. Wenn das der Fall ist, kann ich Ihnen garantieren, wenn Sie gar nichts mehr in diesem Land investieren, ist die Nettokreditaufnahme gleich null, wenn wir das beibehalten. Das leuchtet uns ein. Insofern ist die Zahl, die Sie hier anbringen, völlig inhaltsleer und nicht aussagekräftig.

(Zurufe)

- Ich widerlege gar nichts. Abschließend möchte ich jetzt noch etwas zu dem wunderbaren Programm **ASH III** sagen, das Sie auflegen. Haben Sie eigentlich einmal nachvollzogen, wie die Effizienz dieser Maßnahmen ist? Ich habe ja von Effizienz gehört, auch Effizienz von Sozialleistungen und Sozialtransfers. Meine Kollegin Aschmoneit-Lücke hat nachgefragt, wie die Effizienz von ASH „Arbeit statt Sozialhilfe“ ist. Die Antwort lautet wie folgt. Ich zitiere: Von 329 Abbrechern haben 42, also ein Anteil von 12,8 %, eine unbefristete Beschäftigung gefunden, während 554 Personen, die die Maßnahme beendet haben, 48, das entspricht einer Quote von 8,7 %, in unbefristete Beschäftigung gelangt sind. Es ist unglaublich, daß die Chance, nach Absolvierung einer ASH-Maßnahme einen Job zu bekommen, schlechter ist als ohne diese Maßnahme. Und das ist die entscheidende Frage.

(Widerspruch bei der SPD)

Es ist die entscheidende Frage, Kollege Neugebauer, ob wir nicht einmal gucken müssen, ob nur die Ausbringung von Titeln schon etwas Sinnvolles ist, oder aber ob die Einsetzung dieser Mittel etwas Sinnvolles ist und ob im Ergebnis nicht der Mitteleinsatz des gleichen Betrages an anderer Stelle beispielsweise bei Investitionen sinnvoller sein kann als

Ihre Maßnahmen, um Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon die Eckdaten des Finanzplanes für die Jahre 1997 bis 2001 sehen ernüchternd aus. Es ist zwar eine Senkung der Kreditfinanzierungsquote von 8,6 % im Jahre 1997 auf 4,6 % im Jahre 2001 vorgesehen, aber im Finanzplanungszeitraum steigen die Erstattungen des Landes für die Sozialhilfe überproportional. Dazu kommt, daß der überwiegende Teil der Ausgaben des Landes gesetzlich oder faktisch gebunden ist, was zu Ausgabensteigerungen führen kann, auf die das Land keinen oder nur geringen Einfluß hat. Das ist heute auch schon gesagt worden.

Bedenklich ist, daß die **Investitionsquote** von 11,1 % im Jahre 1997 auf 10 % im Jahre 2001 zurückgehen soll. Das gesamte Investitionsvolumen hält sich aber auf 1,5 Milliarden DM.

Wie gering der Spielraum der Finanzpolitik ist, zeigt, daß die Zinssteuerquote bereits 1998 auf über 17 % steigen wird, das heißt, daß fast jede fünfte Mark der Steuereinnahmen des Landes gebraucht wird, nur um die Zinsen zu zahlen. Auch die Landesregierung sagt: Eine derartig hohe Zinssteuerquote ist dauerhaft ohne Gefährdung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes nicht tragbar. Eine Kompensation von Steuerausfällen im Zuge steuerlicher Entlastungen ist deshalb unumgänglich.

Wie man angesichts dieser Fakten die von der Bundesregierung vorgeschlagene **Steuerreform** befürworten kann, die zu erheblichen Steuermindereinnahmen für Schleswig-Holstein führen würde, ist mir unbegreiflich. Ich hoffe, daß man im Vermittlungsausschuß einen Schritt weiterkommt, so daß eine Steuerreform nicht zu Lasten der Länder erfolgt.

Positiv bewertet der SSW die Tatsache, daß die Landesregierung ab 1998 erstmalig **Personalkostenbudgets** in den Ministerien einführen will. Ressorts, die ihre Personalkostenbudgets am Jahresende überschreiten, erhalten im Folgejahr eine zusätzliche Kürzung. Sparsame Ressorts können

dagegen im Folgejahr Einsparungen für Fortbildungsmaßnahmen und EDV-Beschaffungen verwenden. Dieses Instrument wirkt sich hoffentlich positiv auf die Einhaltung der Personalkosten aus.

1996 und auch 1997 hat es in diesen Bereichen Probleme gegeben, wie wir wissen. Allerdings ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß die Personalsätze ihren bisherigen Einfluß auf Personalentscheidungen in den Ministerien nicht verlieren dürfen. Ich finde, bei der Budgetierung muß man diese Teilhabe, diese demokratische Mitbestimmung auch mit bedenken.

Zur geplanten Veräußerung der **Landesliegenschaften** stimme ich den Äußerungen des Kollegen Kubicki zu.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Er hat im Finanzausschuß sinngemäß gesagt: Das kann alles Sinn machen, macht es wahrscheinlich auch, aber das ist nicht die wirtschaftlichste Lösung, sondern eine vernünftige Lösung. Vielleicht ist es nicht die wirtschaftlichste aller Lösungen, aber die bisherigen Erläuterungen im Finanzausschuß deuten unserer Meinung nach darauf hin, daß der geplante Verkauf der Landesliegenschaften im Zusammenhang mit der Optimierung der Bewirtschaftung auf jeden Fall wirtschaftlicher ist als das bisherige System.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die verfassungsrechtlichen **Bedenken des Landesrechnungshofs** müssen natürlich ernstgenommen werden. Aber auch in diesem Fall scheint mir die Argumentation der Landesregierung, daß es sich nicht um eine weitere Kreditaufnahme, sondern um einen Verkauf - wenn auch in Form von sozialgebundenem Eigentum - handelt, einleuchtend. Im Prinzip beschreitet die Landesregierung denselben Weg, den Ende der achtziger Jahre viele große Unternehmen gingen, als sie in Liquiditätsschwierigkeiten steckten. Der Verkauf der eigenen Gebäude hatte zum Ziel, schnell Kasse zu machen und gleichzeitig die laufenden Betriebskosten für die Gebäude zu minimieren.

Angesichts der Größe der Transaktion des Landes und da es sich um die öffentliche Hand handelt, stellen sich die Probleme allerdings viel drastischer dar. Auch müssen wir besonders vorsichtig sein, weil abzusehen ist, daß viele Kommunen denselben Weg gehen werden, wenn die Landesregierung Erfolg mit ihren Plänen hat.

Für den SSW stellt sich im Zusammenhang mit diesem Finanzierungsweg besonders die Frage nach dem Einfluß, nach der **Kontrollmöglichkeit des Parlaments**. Hier gibt es unserer Meinung nach noch erheblichen Klärungsbedarf, bevor wir dem I-Bank-Gesetz zustimmen können.

Ein anderer wichtiger Punkt, bei dem wir auch die Bedenken der F.D.P. teilen, ist die Frage, ob wir durch den Verkauf der Landesliegenschaften an die Investitionsbank nicht einen Konzern schaffen, der im Wohnungs- und Eigentumsbereich über eine enorme Marktmacht verfügt. Es ist nicht auszuschließen, daß diese irgendwann außerhalb der Kontrolle des Landes geraten könnte. Dann haben wir kein Interesse.

(Beifall bei der SPD und des
Abgeordneten Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Trotz der vorgenommenen Einsparungen zeigen die Vielfalt der Förderprogramme und auch die vorgesehene finanzielle Ausstattung der Programme, daß die Landesregierung weiterhin einen Schwerpunkt bei der **Wirtschaftsförderung** setzt. Das können wir unterstützen. Eine aktive Standort- und Industriepolitik ist wichtig, um das Land wirtschaftlich voranzubringen.

Schwerpunkte sind außerdem die **Werftenhilfe**, die 1998 von Land und Bund mit über 40 Millionen DM gefördert werden soll, und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, in deren Bereich über 60 Millionen DM investiert werden sollen.

Im **Landwirtschaftsbereich** muß im Zuge der weiteren Beratungen nochmals überdacht werden, ob das Land die Komplementärmittel für die GA-Förderung voll zur Verfügung stellen sollte. Das entscheidende Kriterium ist aber auf jeden Fall, daß die bereitgestellten Mittel sinnvoll für Projekte im ländlichen Raum oder für den Küstenschutz eingesetzt werden.

Dem Verband der landwirtschaftlichen Vereine in Südschleswig e.V., das heißt der **Landwirtschaftsverband der dänischen Minderheit**, sind - wie bereits im letzten Jahr - über 35 % seiner Mittel gekürzt worden. Das können wir so nicht hinnehmen, wenn im gesamten Haushalt des Landwirtschaftsministeriums unter Kapitel 0802 nur zirka 10 % gekürzt werden. Hinzu kommt, daß diese Kürzung zum dritten Mal nacheinander vom Ministerium vorgenommen worden ist, so als ob es niemals eine parlamentarische Debatte gegeben hätte,

in der wir erklärt haben, was bei unserem Verein anders ist. Wir werden diese Zuschüsse erneut im Zuge der Haushaltsberatungen in den zuständigen Ausschüssen auf die Tagesordnung setzen lassen und hoffen, daß sich die Mehrheit dieses Hohen Hauses wieder dazu entschließen kann, die Kürzungen zurückzunehmen.

Im Bereich der **energiewirtschaftlichen Maßnahmen** sind in den fünf Jahren des Finanzplanungszeitraums insgesamt nur 30,5 Millionen DM für Förderprogramme zugunsten der erneuerbaren Energieformen eingesetzt.

Ich muß kurz eine Pause machen. Herr Präsident, ich glaube, daß die Uhr durcheinander geraten ist.

(Zuruf: Das ist ein Trick!)

- Ja, das ist ein Trick von mir, aber hier blinkte alles. -
Ich werde mich beeilen.

Für 1998 sind zirka 6 Millionen DM eingeplant. Dem stehen jährliche Ausgaben für atomrechtliche Verfahren in Schleswig-Holstein in Höhe von 28,3 Millionen DM gegenüber. Letztere Kosten werden zwar nicht vom Land getragen. Dieser Vergleich zeigt aber deutlich, daß allein die atomrechtliche Aufsicht ein Vielfaches dessen verschlingt, was das Land selber in unsere Zukunft investieren kann.

Die Trendwende in der Energiepolitik ist ein langwieriger Prozeß. Sie kann realistischerweise nur über den Bund finanziert werden.

Unsere Justiz ist überlastet und kostet viel Geld. Die Einstellung weiterer Richterinnen und Richter, weiterer Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie weiterer Justizbediensteter kann sich das Land nicht leisten. In den letzten Jahren sind die Bemühungen um eine **Effektivierung des Justizapparates** daher groß gewesen. Es ist nicht leicht und kostet Zeit, Arbeitsabläufe, die über Jahrzehnte gewachsen und unverändert geblieben sind, zu reformieren. An der Notwendigkeit solcher Maßnahmen besteht jedoch kein Zweifel.

Wenn wir uns die europäischen Nachbarländer ansehen, kommen wir nicht umhin, daß die Pro-Kopf-Anzahl der Richter in Deutschland vergleichsweise hoch ist. Dennoch lassen sich die Prozesse in vielen Fällen nicht innerhalb vertretbarer Fristen abarbeiten. In einem Versuch einer Analyse gelangt man zu vielen Antworten. Eine dieser Antworten hat Staatssekretär

Jöhnk kürzlich aufgegriffen, als er zu einem anderen Umgang mit der Bagatelldelinquenz aufforderte. So etwas könnte eine große Entlastung des Justizapparats ergeben. Ich greife die Frage an dieser Stelle deshalb auf, weil die Rechtsprechung oftmals den gesellschaftlichen Veränderungen hinterherhinkt. Das liegt aber nicht an der Rechtsprechung, sondern an den Gesetzen, an die die Rechtsprechung sich zu halten hat. Die Veränderung von Gesetzen ist wiederum Sache der Politik.

Ich möchte kurz ansprechen, daß auch im Jugendbereich in den kommenden Haushaltsberatungen noch viel Arbeit zu leisten ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die vorgesehenen Kürzungen sind für uns indiskutabel. Meine Hoffnung ist, daß wir uns noch darauf einigen können, die Ausgaben im **Jugendbereich** wenigstens auf dem Niveau des Jahres 1997 einzufrieren. Angesichts der verhältnismäßig geringen Summen, um die es geht, ist es einfach absurd, diesen Bereich langsam ausbluten zu lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Ich muß hinzufügen: Außerdem halte ich es nicht für vertretbar, daß in der allgemeinen Jugendarbeit im Verhältnis zur Mädchenarbeit überproportional gespart wird. Ich stehe der Zielsetzung einer verstärkten Mädchen- und Frauenförderung bestimmt nicht ablehnend gegenüber - im Gegenteil -, aber angesichts der Finanzlage können die Prioritäten nicht so gesetzt werden, daß die allgemeine Jugendarbeit leidet. Die Mädchenarbeit ist ein Teil der Jugendarbeit. Das sollte auch so gesehen werden.

Die Landesregierung versucht, auch die Arbeitsförderung weiter über die Runden zu bringen und die Mittel aufzustocken.

(Unruhe)

Als letztes möchte ich ansprechen, daß wir uns im Bildungsbereich nicht nur mit den Schulen befassen dürfen, sondern auch das Weiterbildungsgesetz anpacken müssen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir müssen uns auch über die Volkshochschulen Gedanken machen, deren Belastungsgrenze durch die erneuten Kürzungen im Haushaltsplan 1998 erreicht ist.

Ich habe heute schon ein paarmal das Thema **Minderheitenpolitik** angesprochen, das werde ich im Rahmen der Haushaltsberatungen weiter tun. Gerade vor dem Hintergrund der Einlassungen der Kollegin Heinold - ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, daß sie einmal die Oppositionskiste angesprochen hat - wünsche ich mir, daß wichtige Entscheidungen mit großen Mehrheiten getroffen werden, damit sie mehr Bestand haben.

Historisch betrachtet könnte ich hinzufügen, daß wir seit 1988 hinsichtlich der finanziellen Förderung der Minderheit einen großen Schritt vorangekommen sind. Daher erwarte ich von der Regierungskoalition, daß wir die Minderheitenpolitik in Zeiten leerer Kassen nicht zu Sonntagsreden verkommen lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Helmut Plüschau [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Spoorendonk, Sie haben recht: Es gab am Anfang ein bißchen Unruhe, aber dadurch haben Sie eine Minute länger reden dürfen. - Das Wort hat jetzt Herr Minister Dr. Wienholtz.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema, nämlich der Vereinbarkeit des Liegenschaftsmodells mit Artikel 53 der Landesverfassung, komme, gestatten Sie mir, drei Bemerkungen im Hinblick auf die heutige Debatte zu machen!

Zunächst zum Thema innere Sicherheit! Ich möchte mich bei der Fraktionsvorsitzenden der SPD ausdrücklich für ihre abgewogenen Äußerungen zu diesem Thema bedanken. Der Fraktionsvorsitzende der F.D.P. ist nicht anwesend - ich möchte mein Bedauern zum Ausdruck bringen, daß er seine kritischen Punkte nicht in der Ausschusssitzung in der letzten Woche geäußert hat. Dort haben wir uns nämlich vereinbarungsgemäß zwei Stunden Zeit genommen, das Thema innere Sicherheit zu diskutieren. Wenn er dort das, was er hier so pauschal zum Thema **innere Sicherheit** hingeworfen hat, angesprochen hätte, hätte

ich Gelegenheit gehabt, das intensiver beantworten zu können, als ich es jetzt kann. Dann hätte ich ihm beispielsweise sagen können, daß wir, wenn wir dazu kommen, Polizeireviere aufzulösen, das freiwerdende Personal zur Präsenz der Polizei einsetzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann hätte ich ihm auch sagen können, wie der letzte Stand der Reparatur der „Helgoland“ ist, bevor er hier immer wieder mit diesem alten Thema kommt. Ich hätte ihm dann vielleicht auch den Unterschied zwischen COMPAS und einem Faxgerät erklären können.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier scheint er nicht ganz auf dem laufenden zu sein.

Ich nehme aber einen Ball, den er mir zugespielt hat, gern auf: Gewalt gegen Personen oder Sachen ist kein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Das sage ich von dieser Stelle aus nicht zum ersten Mal; das habe ich wiederholt und ständig gesagt, das letzte Mal im Vorfeld der Demonstrationen am letzten Wochenende in einer Pressemitteilung Donnerstag oder Freitag letzter Woche.

Nein, die innere Sicherheit bedarf gerade in diesen Zeiten - jetzt und nach den vergangenen Wochen und Monaten der Diskussion über dieses Thema - abgewogener, sachlich begründeter Stellungnahmen, und dazu sollten wir in diesem Landtag alle miteinander bereit sein. Ich bin gern dazu bereit und möchte gern das Meine dazu beitragen. Ich wehre mich nur mit allem Nachdruck dagegen, wenn hier der Eindruck vermittelt wird, die innere Sicherheit in Schleswig-Holstein sei nicht gewährleistet. Sie ist in Schleswig-Holstein gewährleistet, das möchte ich mit allem Nachdruck unterstreichen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Thema BGS gibt es morgen genug Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Zum Abgeordneten Stritzl, der leider auch nicht hier ist, möchte ich zwei Bemerkungen machen. Erste

Bemerkung. Trotz aller Bemühungen, die wir in der letzten Dreiviertelstunde angestellt haben, ist es uns nicht gelungen, sein hier vorgetragenes phantastisches Beispiel der **58er-Regelung** zu recherchieren. Ich könnte mir gut vorstellen, daß der Herr Abgeordnete Stritzl verwechselt hat

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Das wäre nicht das erste Mal!)

den Eintritt in den sogenannten vorzeitigen Ruhestand mit der 58er-Regelung. Das erstere ist nämlich eine Regelung, wo in der Tat derjenige, der vorzeitig in den Ruhestand geht und etwa eine Position B 2 hat, natürlich durch einen anderen mit der Position B 2 ersetzt werden kann. Wenn es denn die 58er-Regelung gewesen sein sollte, stimmt es auch nicht, was er sagt, weil dann die Kosten der B 2-Stelle einzusparen sind und im Falle der Nachbesetzung eine A 16-Stelle nicht wiederbesetzt werden darf. Hier liegt entweder eine Verwechslung oder eine Unkenntnis der Regelungen der Landesregierung vor.

Zweite Bemerkung zum Abgeordneten Stritzl, zu den **Asylbewerberkosten!** In dem Ihnen in der Drucksache vorliegenden Haushaltsentwurf ist der Nachtrag 1997 nicht berücksichtigt, mit dem wir 10 Millionen DM nachgetragen haben. Diese Summe muß mit dem gegenwärtigen Haushaltsanschlag verrechnet werden, so daß de facto eine Steigerung von 4 Millionen DM dabei herauskommt.

Ich darf jetzt zur Frage der Vereinbarkeit des **Liegenschaftsmodells** mit Artikel 53 der Verfassung kommen. Der Herr Oppositionsführer hat diesem Thema heute morgen einen breiten Raum eingeräumt. Herr Abgeordneter Kayenburg, ich habe sehr sorgfältig zugehört, ich habe auch gelesen in dem Text, den Sie verbreitet haben, in dem es an einer Stelle heißt, der Deal stelle eine Umgehung von Artikel 53 Landesverfassung dar, oder an einer anderen Stelle, es liege eine Umgehung von Artikel 53 der Landesverfassung vor. Von hier aus haben Sie heute allerdings auch formuliert: Das Geschäft könnte möglicherweise verfassungswidrig sein. - Darin scheint mir eine gewisse Differenzierung zu liegen. Ich will versuchen, Sie mit zwei, drei mir wichtig erscheinenden Argumenten in Ihrem Zweifel dahin zu bestärken, daß Sie zum Schluß meine Auffassung teilen, daß nämlich das Liegenschaftsmodell mit der Verfassung durchaus vereinbar ist.

Ich möchte zur Behauptung Stellung nehmen, bei unserem Liegenschaftsmodell handle es sich um eine

verdeckte Kreditaufnahme sowie eine Umgehung des Artikels 53 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein; darüber hinaus sei die Konstruktion bei einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise im verfassungsrechtlichen Sinne eine Kreditaufnahme des Landes. Dazu ist aus meiner Sicht folgendes zu sagen.

Erstens. Kernpunkt der bisherigen politischen und juristischen Auseinandersetzung ist die **Interpretation des Begriffes Kredit** in Artikel 53 unserer Verfassung, weil die Rechtsfolgen, die sich aus dieser Norm ergeben, davon abhängig sind. Deshalb kommt es ganz besonders darauf an, in juristisch und methodisch einwandfreier Weise den objektiven Sinngehalt des Begriffes Kredit zu ermitteln und zu fragen, ob das Liegenschaftsmodell rechtlich ein Kreditgeschäft des Landes im Sinne des Artikels 53 oder zumindest ein dem Land zurechenbares Kreditgeschäft ist. Wir haben diese Fragen sorgfältig geprüft, so daß ich hier für die Landesregierung feststellen kann, daß nach unserer begründeten Überzeugung Artikel 53 Landesverfassung nicht betroffen ist und somit auch nicht verletzt sein kann. Zwar definiert Artikel 53 der Landesverfassung den Kreditbegriff nicht, jedoch wird von der herrschenden Meinung unter Krediten im Sinne dieser Verfassungsnorm und der insoweit gleichlautenden Regelung des Artikels 115 Grundgesetz die vertragliche Begründung von Finanzschulden verstanden, die dem Land für eine bestimmte Zeit Geldmittel zur Finanzierung von Haushaltsausgaben zuführen und die natürlich auch zurückgezahlt werden müssen.

Davon strikt zu trennen sind die sogenannten **Verwaltungsschulden**, die aus der Geschäfts- oder Verwaltungstätigkeit des Landes, wie zum Beispiel aus Kauf-, Werk- oder Mietverträgen entstehen. Derartige Verwaltungsschulden werden nicht begründet, um dem Staat Einnahmen zu verschaffen. Sie müssen vielmehr im Haushalt durch andere Einnahmen gedeckt werden. Die beabsichtigten Übertragungen von Eigentum an Liegenschaften gegen Geld sind Grundstückskaufverträge im Sinne der §§ 433 und 873 BGB, die weder Finanz- noch Verwaltungsschulden begründen. Auch die Rückzahlung eines Teils des Kaufpreises an die Investitionsbank als Eigenkapitalhilfe begründet für das Land keine Finanz- oder Verwaltungsschuld, da der Rückfluß des Kaufpreises für das Land keine Finanzierungsfunktion hat. Das Land nimmt kein Geld auf, sondern gibt es vielmehr hin. Verwaltungsschulden, aber keine Kredite sind allerdings die Entgeltzahlungen, die aus den Miet- und Pachtverträgen folgen.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten: Das Liegenschaftsmodell begründet keine unmittelbare Kreditaufnahme durch das Land. Nachdem Artikel 53 der Landesverfassung somit nicht berührt ist, hat der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit keine Grundlage.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus ist auch der **Umgehungsvorwurf** verfehlt, weil die Kreditaufnahme durch die Investitionsbank dem Land nicht zuzurechnen ist. Die Investitionsbank nimmt in eigenem Namen und für eigene Rechnung Kredite zur Finanzierung des Kaufpreises aus den Grundstückskaufverträgen auf. Die Investitionsbank stellt dem Land auch kein Geld als Kreditmittel zur Verfügung, sondern sie zahlt auf eine eigene Kaufpreisverbindlichkeit. Es liegt also kein Drittfinanzierungsfall vor, der als Umgehung einer eigenen Kreditaufnahme durch das Land gewertet werden könne.

Völlig entfernt vom objektiven Sinngehalt des Artikels 53 der Landesverfassung ist schließlich die Annahme, bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise sei das Liegenschaftsmodell ein **Kreditgeschäft**, das einer rechtlichen Kreditaufnahme durch das Land gleichzustellen sei. Artikel 53 der Landesverfassung und der darin verankerte Kreditbegriff bieten gerade keinen Ansatz für eine wirtschaftliche Betrachtungsweise. Der Kreditbegriff des Artikels 53 der Landesverfassung ist eng auszulegen. Er betrifft nicht die vielfältigen Formen des Kredites im wirtschaftlichen Sinne wie zum Beispiel die Leasing-Finanzierung. Dies ist herrschende Lehre und Rechtsprechung, wie Juristen abschließend zu sagen pflegen.

Wir haben unsere Auffassung, die wir von Anfang an vertreten haben, durch einen **Gutachter** bestätigen lassen. Gutachter ist einer der renommiertesten Finanzverfassungsrechtler, die wir in unserer Republik haben, Herr Professor Dieter Birk aus Münster. Ich habe gestern das Gutachten, das wir Ende letzter Woche bekommen haben, den Fraktionen zugesandt. Herr Oppositionsführer, es tut mir leid, daß die Zustellung zwar gestern gegen 15 Uhr bei Ihrer Posteingangsstelle erfolgte, der Vorgang aber erst heute morgen auf Ihrem Schreibtisch lag.

Ich möchte in dem Zusammenhang aber noch ein Wort zum **Liegenschaftsausschuß** sagen, weil Sie ihn heute morgen angesprochen haben. Die rechtliche Eigentümerstellung der Investitionsbank wird durch die Befugnisse des Liegenschaftsausschusses nicht in Frage gestellt. Wie mir berichtet wurde, hat der Staatssekretär

im Finanzministerium dem Finanzausschuß am 18. September erklärt, daß eine Änderung des § Abs. 5 des IB-Gesetzes vorgelegt wird, wonach die Passage, daß die Vertreter des Landes im Liegenschaftsausschuß die Mehrheit bilden, gestrichen und durch eine andere Bestimmung ersetzt wird. Zu diesem Ergebnis kam im übrigen auch unser Gutachter, der den Finger exakt auf diese Wunde gelegt hatte.

Abschließend darf ich noch auf Herrn Abgeordneten Kubicki eingehen, der im Liegenschaftsmodell ein Demokratieproblem sah. Frau Abgeordnete Spoorendonk sprach davon, daß dem **Parlament** im Zusammenhang mit dem Liegenschaftsmodell Kontrollmöglichkeiten entgingen. Diesen Aussagen steht § 64 a der Landeshaushaltsordnung, den wir dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt haben, eindeutig entgegen. Diese Bestimmung verlangt die Einwilligung des Landtages in die Veräußerung und den Hinzuerwerb von Grundstücken aus dem Sondervermögen. Die Kontrollrechte des Parlamentes bei der Veräußerung von Liegenschaften bleiben gegenüber der bisherigen Rechtslage unverändert.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt Besucher vom Seniorenbeirat der Stadt Lauenburg und Jungredakteure der „Eckernförder Zeitung“. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ende nächster Woche wird sich wieder der Tag der Deutschen Einheit jähren. Wie jedesmal wird es auch diesmal eine Diskussion darüber geben, ob und inwieweit die **Lasten der Wiedervereinigung** solidarisch in unserer Republik verteilt werden. Zu diesem Thema hat sich am 2. Oktober des vergangenen Jahres auch unsere Frau Ministerpräsidentin im Regierungsprescribedienst geäußert. Sie hat damals unter der Überschrift „Bundesregierung läßt die ostdeutschen Länder im Stich“ vehement die Kürzung der steuerlichen Förderung von Investitionen in den neuen Bundesländern kritisiert. Wenn man mehr steuerliche Subventionen für die neuen Bundesländer verlangt, wie

es Frau Simonis mit ihrer Kritik zum Ausdruck gebracht hat, darf man sich andererseits nicht darüber beklagen, daß Bürger solche steuerlichen **Abschreibungsmöglichkeiten** auch in Anspruch nehmen und daß es dadurch zu **Steuerausfällen** kommt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wer A sagt, muß auch B sagen und Steuerminderungen in unserem Land begrüßen und in Kauf nehmen, zumindest muß er sie akzeptieren. Er darf dann nicht hier am Rednerpult die große Klage führen, wie es die Regierungsfraktion so gerne tut, und sagen, wir hätten weniger Steuereinnahmen unter anderem deshalb, weil solche legalen Steuerminderungsmöglichkeiten nach unserem jetzigen Steuerrecht in Anspruch genommen werden.

Hier geht es um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung. Mit ihren bisher sehr auseinandergehenden Äußerungen ist die Regierung unglaublich. Frau Simonis, wenn Sie nächste Woche zum bevorstehenden Tag der deutschen Einheit eine Erklärung abgeben, verzichten Sie bitte auf solche unglaublichen Äußerungen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kayenburg das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, offenbar hat es Probleme bei der Zustellung des Gutachtens gegeben. Nach unseren Feststellungen ist es heute morgen eingegangen. Das wollen wir aber an anderer Stelle klären.

Wichtig ist es mir, zu sagen, daß mein Hinweis in meinem Redetext heute morgen etwas anders formuliert war, denn inzwischen war heute morgen das **Gutachten** eingegangen. Sie selbst weisen darauf hin, daß ganz entscheidende Punkte, die zu unserer Einschätzung Anlaß gegeben haben, verändert worden sind. Der Vorwurf, daß das Geschäft nicht verfassungsmäßig sein könnte, war unter anderem im Hinblick auf die wirtschaftliche Verfügungsgewalt zu sehen. Wenn das Land im **Liegenschaftsausschuß** eine Mehrheit behalten hätte, hätte es in der Tat die

wirtschaftliche Verfügbarkeit und mittelbar auch die rechtliche Verfügbarkeit über die Vermögenswerte behalten, wenngleich Sie recht haben, daß formal die Investitionsbank zuständig ist. Vor diesem Hintergrund wäre mit Sicherheit Artikel 53 der Landesverfassung ins Spiel gekommen.

Sie haben hier auch die **wirtschaftliche Kreditaufnahme** angesprochen. Wenn ich das Gutachten richtig gelesen haben, besteht in dieser Frage keine absolute Klarheit. Im Gutachten wird auch ausdrücklich die Frage ausgeklammert, ob die Definition der wirtschaftlichen Kreditaufnahme eine andere Beurteilung zugelassen hätte. Auch diese Frage sollten wir im Ausschuß noch einmal überprüfen.

Zur Drittmittelfinanzierung! Sie haben eine weitere Änderung vorgenommen, die Sie hier nicht erwähnt haben, die deshalb vorgenommen wurde, weil uns sonst möglicherweise der Gutachter hinsichtlich der Formulierung „verfassungsrechtlich bedenklich“ gefolgt wäre. Sie haben nämlich auch die **Rückübertragung** gemäß § 15 c in der Form verändert, daß die Rückübertragung nur noch gegen Erstattung des Verkehrswertes erfolgt. Das heißt, daß das, was hätte ausgekehrt werden können, anders zu bewerten ist, als das bei einer ordnungsgemäßen Rückübertragung aufgrund einer Anforderung erfolgt wäre.

Das Problem, das für uns dahintersteckt, ist an einer anderen Stelle zu suchen. Wir haben den zweiten Entwurf nicht. Er ist uns auch nicht zugeleitet worden. Bis heute gibt es keine Landtagsdrucksache dazu. Es gibt - das ist unstrittig - einen Umdruck. Dieser Umdruck liegt in Form einer Synopse vor. Dieser ist erstens im Finanzausschuß noch nicht behandelt worden. Zweitens ist für die Opposition überhaupt nicht zu ersehen, was aus dieser Synopse in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden ist.

Insofern ist unsere gesamte Argumentation hinsichtlich der **Verfassungsmäßigkeit** oder Nichtverfassungsmäßigkeit auf der zu diesem Tagesordnungspunkt vorgelegten Drucksache erfolgt und nicht etwa auf einem uns formal und offiziell noch nicht bekannten Entwurf. Vor diesem Hintergrund werden wir über das Thema Verfassungsmäßigkeit in der Tat erneut diskutieren müssen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse nun abstimmen, zunächst über die Tagesordnungspunkte 2 und 21. Es ist beantragt worden, das Haushaltsbegleitgesetz 1998 und den Finanzplan 1997 bis 2001 federführend dem Finanzausschuß und mitberatend allen anderen Ausschüssen zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich lasse nun über Tagesordnungspunkt 3 abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 14/942, dem Finanzausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einmütig so beschlossen worden.

Ich lasse nun über Tagesordnungspunkt 4 abstimmen. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/977, dem Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Auch das ist einmütig so beschlossen.

Ich gebe bekannt, daß sich die Parlamentarischen Geschäftsführer geeinigt haben, daß morgen früh zunächst die Tagesordnungspunkte 23, Tätigkeit des Eingabenausschusses, und 29, Tourismuswirtschaft, und am Freitag um 10:00 Uhr die Fragestunde und die Anträge zum Thema „Rentenversicherung“ aufgerufen werden.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 5 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 14/981

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Grundsatzberatung. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlie.

Klaus Schlie [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion möchte in die aktuelle Verfassungsdiskussion in Schleswig-Holstein einen Aspekt einbringen, der das Parlament selbst betrifft. Wir schlagen Ihnen vor, die Legislaturperiode von derzeit vier Jahre auf fünf Jahre zu verlängern. Die Legislaturperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften hat der Landtag im Rahmen des Kommunalverfassungsrechts bereits von vier auf fünf Jahre verlängert.

Aus unserer Sicht gibt es gute Gründe, die dafür sprechen, die Legislaturperiode um ein Jahr zu verlängern. Die politischen Entscheidungsnotwendigkeiten verlangen eine größere **Kontinuität** in der **Arbeit der Abgeordneten**. Die Sachentscheidungen, die getroffen werden müssen und die häufig zu umständlichen Verfahrensregelungen unserer Beratungen zögern viele notwendigen politischen Entscheidungen hinaus.

Es scheint uns angemessen zu sein, die vom Wähler legitimierte Handlungszeit des Parlaments von vier auf fünf Jahre zu verlängern, um eine stärkere Kontinuität in der Arbeit der Abgeordneten zu ermöglichen, die notwendigen Sachentscheidungen tatsächlich abschließen zu können und den Druck, den Wahlkampfaktivitäten auf die parlamentarische Arbeit ausüben, zugunsten einer kontinuierlichen Sacharbeit zu verlagern.

Hinsichtlich der **Dauer der Legislaturperiode** folgt unsere jetzige Landesverfassung mit der jetzt gültigen Regelung dem Grundgesetz und vielen Verfassungen der Länder. Ein Umkehrtrend ist in vielen Ländern jedoch schon erkennbar. Die immer länger werdenden und intensiver geführten Wahlkämpfe, zumal zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den einzelnen Ländern, sollten uns veranlassen, die Legislaturperiode im Interesse einer langfristig angelegten Parlaments- und Regierungsarbeit auf fünf Jahre festzulegen.

(Beifall bei der CDU)

Der andere Vorschlag, der in unserem Antrag enthalten ist, ist eine **Reduzierung der Zahl der Abgeordneten** von derzeit 75 auf 68.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, es ist sachlich geboten und politisch notwendig, daß sich das Parlament im Rahmen einer allgemeinen

strukturpolitischen Debatte im Land auch einmal selbst auf den Prüfstand stellt.

(Beifall des Abgeordneten Peter Lehnert
[CDU])

Diese Überprüfung muß sich nach unserer Auffassung nicht nur auf die Größe des Parlaments, sondern vor allem auch auf dessen **Arbeitsweise** beziehen. Viele tradierte Verfahrensweisen und überholte Rituale lähmen in vielen Bereichen die parlamentarische Arbeit, verhindern Spontaneität und führen zu überhöhtem bürokratischem Aufwand, ohne allerdings die Effizienz zu steigern. Ich denke, daß jeder von uns das - hoffentlich! - noch selber spürt. Eine Überarbeitung der Geschäftsordnung, eine Überprüfung und eine Revision vieler parlamentarischer Verfahrensabläufe sind längst überfällig.

Wer die gesamte Landesverwaltung effizienter gestalten will, wer die staatlichen Aufgaben auf Kernaufgaben begrenzen will und damit das Ziel verfolgt, Personal in erheblichem Umfang abzubauen, muß mit gutem Beispiel vorangehen.

(Beifall des Abgeordneten Peter Lehnert
[CDU])

In einem Kommentar der „Kieler Nachrichten“ vom 1. Oktober 1996 steht der Satz: „Statt Bürokratie wirklich zu kontrollieren, sind das Parlament und seine Abgeordneten längst selbst zum Bürobetrieb abgestiegen.“ Müssen wir den Wahrheitsgehalt dieser Aussage nicht überprüfen? Müssen wir nicht auch die Konsequenzen daraus ziehen?

Bei der Änderung des Wahlgesetzes ist leider die Chance verpaßt worden, das Parlament zu verkleinern. Es ist nur die Zweitstimme eingeführt worden. Eine **Verkleinerung des Parlaments** zwingt uns, unsere Arbeitsfähigkeit, die Effizienz unserer Arbeit zu steigern und ermöglicht eine Überprüfung und Veränderung der parlamentarischen Arbeitsweise.

Die Argumente der Gegner einer Verkleinerung des Parlaments sind in unserem sehr überschaubaren Schleswig-Holstein leicht zu entkräften. Die Argumente etwa, daß größere Wahlkreise automatisch zu einem Verlust an Bürgernähe führten und der Betreuungsaufwand für die einzelnen Abgeordneten aller Fraktionen bei vergrößerten Wahlkreisen enorm ansteige, sind schon durch die von uns geplante

Reduzierung der Zahl der Abgeordneten um rund 10 % widerlegt.

Ich sage abschließend: Lassen Sie uns im Sonderausschuß „Verfassungsreform“ den Vorschlag zur Verkleinerung des Parlaments ernsthaft diskutieren. Die Vorteile liegen auf der Hand. Arbeitsfähigkeit und Effizienz des Parlaments würden steigen, die Vielzahl parlamentarischer Gremien könnte verringert werden,

(Holger Astrup [SPD]: Quatsch!)

die Arbeitsweise des Parlaments müßte überarbeitet werden, Kosten könnten gespart werden und die Abgeordneten gingen in der Strukturreformdebatte unseres Landes mit gutem Beispiel voran.

(Glocke des Präsidenten)

- Quatsch ist das überhaupt nicht, Herr Kollege Astrup. Es ist Ihnen nur politisch unangenehm, daß ich das gesagt habe. Sie sollten lieber zustimmen. Dann würden Sie ein bißchen Mut beweisen und könnten den Bürgern draußen und besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Landes ganz anders gegenüberreten.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler
[SPD]: Niemand hindert Sie daran zu arbeiten, Herr Schlie!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In einer parlamentarischen Demokratie scheint es mir der falsche Weg zu sein, die öffentlichen Finanzen dadurch zu sanieren, daß man die Abgeordneten abschafft. Ich gebe zu, daß Sie uns nicht alle abschaffen wollen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion. Aber Sie praktizieren hier die sattsam bekannte fiskalische Rasenmähermethode der 10-%-Kürzung ohne sachliche Begründung, rein nach Adam Riese: 75 minus 10 % gleich 7,5 sind 67,5 - aufgerundet 68. Das ist zwar richtig gerechnet, aber von keinerlei seriöser Sachargumentation untermauert.

(Holger Astrup [SPD]: Der halbe ist Schlie!)

Die gesamte Diskussion über Verwaltungsmodernisierung, in der wir uns befinden

und von der wir, was strukturelle Änderungen angeht, das Landesparlament in der Tat nicht ausnehmen sollten - Sie haben auf die Bedürftigkeit hingewiesen, die Geschäftsordnung zu überarbeiten -, steht unter der Überschrift „Aufgabenkritik und Aufgabenanalyse“.

Ausgabenkürzung durch **Aufgabenverzicht** setzt doch Aufgabenverzichtbarkeit voraus. Ich gehe eigentlich nicht davon aus, daß Sie auch nur einen Teil der verfassungsrechtlich vorgegebenen Aufgaben des Landes für überflüssig halten und streichen wollen. Falls dies doch der Fall sein sollte, müßten Sie diese konkret benennen.

Für die SPD-Fraktion kann ich jedenfalls sagen, daß wir es für angemessen, aber auch für erforderlich halten, wenn in den Schleswig-Holsteinischen Landtag 75 **Abgeordnete** gewählt werden, die sich um Gesetzgebung, Regierungskontrolle und Volksvertretung kümmern. Wir als SPD sind und bleiben eine Partei, die es für ihre Abgeordneten als eine Verpflichtung ansieht, nicht nur hier im Landtag in Fraktions-, Ausschuß- und Arbeitskreissitzungen sozusagen unter sich das öffentliche Wohl immer wieder neu zu definieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ach!)

Wir wollen auch in unseren Wahlkreisen, Herr Kubicki, mit den Menschen vor Ort ständig im Gespräch bleiben und daraus Anregungen, Ideen und Verbesserungsvorschläge für unsere Arbeit hier in Kiel gewinnen. **Landtagsarbeit** und **Wahlkreisarbeit** sind für uns gleichgewichtig und müssen getan werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Ich möchte als drittes für die SPD-Fraktion sagen: Bei uns leisten alle 33 Abgeordneten engagiert, zuverlässig und fleißig die Arbeit, für die sie hierher gewählt worden sind. Auch nur einen Kollegen oder eine Kollegin als verzichtbar zu bezeichnen, wäre nicht nur nicht gerechtfertigt, sondern objektiv anmaßend. Ich gehe davon aus, daß die CDU-Fraktion es für ihre Abgeordneten genauso sieht.

Warum liegt uns heute also ein Antrag auf **Verringerung der Abgeordnetenzahl** vor? Soll nur einer Grundströmung in der Bevölkerung entsprochen werden, die nicht nur den Parlamenten, sondern bekanntlich der Politik insgesamt kritisch und verdrossen gegenübersteht? Ich finde, hier müssen wir alle selbstbewußt noch sehr viel mehr Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Jeder für sich in

seiner Fraktion oder Partei, wir alle gemeinsam, fraktions- und parteiübergreifend, dürfen nicht müde werden, uns darum zu bemühen, unseren objektiv schlechten Ruf durch objektiv gute Berufsausübung zu verbessern und dies der Bevölkerung zu vermitteln. Dem Vorurteil überflüssiger Abgeordneter muß der Beleg überzeugender Abgeordnetenarbeit entgegengesetzt werden. Ich glaube, dazu sind wir imstande.

Das Abknicken vor Forderungen, zum Beispiel des Steuerzahlerbundes, kann nur kontraproduktiv sein.

(Beifall der Abgeordneten Helmut Plüschau [SPD] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Auch auf die dort kultivierten fiskalischen Argumente sollten wir selbstbewußt reagieren: durch Nichtreaktion.

„Über Geld spricht man nicht, man hat es“, heißt ein Sprichwort. Gleichwohl möchte ich einen Satz zu der immer wieder kritisierten Höhe unserer **Bezahlung** sagen. Wir verdienen als **Abgeordnete** nicht mehr als ein Realschullehrer oder eine Realschullehrerin. Deren Arbeit kann und will ich hier nicht bewerten oder mit der unserigen vergleichen. Doch sicher ist soviel: Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag verdienen für das, was sie leisten, nicht zuviel.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU sowie Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Letzter Punkt! Ich finde es ärgerlich, daß hier als CDU-Antrag wieder auf den Tisch des Hauses gelegt wird, was inhaltlich mit der CDU-Fraktion längst beraten und abgestimmt worden ist. 75 war die Zahl, die wir immer gemeinsam erreichen wollten. Ich erinnere mich an die ausführlichen Diskussionen aus der letzten Legislaturperiode. Außerdem, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, haben Sie Ihre Schularbeiten nicht gemacht; denn eine **Reduzierung der Abgeordnetenzahl** bedingt selbstverständlich in der Folge auch wieder die mehrheitlich längst abgelehnte Reduzierung der Zahl der Direktwahlkreise. Dazu machen Sie auch heute wieder keinen konkreten Vorschlag. Ein solcher Vorschlag wäre allerdings - jedenfalls mit der SPD-Fraktion - nach wie vor nicht mehrheitsfähig.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Mehrheitsfähig könnte hingegen der zweite Teil Ihres Antrages sein. Die **Verlängerung der Landtagswahlzeit** von vier auf fünf Jahre, wie es für die Kommunalwahl schon eingeführt ist, könnte auch auf Landesebene die Kontinuität der Politik und die Funktionskraft des Parlaments stärken.

Wir schlagen vor, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion dem Sonderausschuß zur „Verfassungsreform“ zu überweisen.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Böttcher.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schlie, wer Rituale kritisiert, sollte sie nicht gleichzeitig selber ausüben.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Der Antrag zur Verringerung der **Größe des Parlaments** ist ein solches Ritual. Ich glaube, nach der Diskussion um das Landeswahlgesetz hat sich das erledigt.

Was den zweiten Punkt betrifft, so hätte man durchaus die Gelegenheit nutzen können, die Diskussion um eine **Verlängerung der Legislaturperiode** auch im Sonderausschuß zu führen, der sich sehr offen gezeigt hat, wenn es um solche Diskussionen geht.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das zu den Fragen der Rituale!

Es ist noch nicht lange her, daß wir hier im Landtag über die Landesverfassung diskutiert haben. Ich muß mit meinen Zitaten nicht so weit zurückgehen, wie Frau Heinold es getan hat. Am 12. März dieses Jahres erklärte der Vorgänger von Herrn Kayenburg, Herr Hennig, in bezug auf die Landesverfassung, als er die drei Vorschläge der CDU-Fraktion vorstellte, Änderungen sollten nur behutsam und wohlüberlegt vorgenommen werden. Zum Schluß erklärte er, mit diesen drei Änderungen sei es nach seiner Meinung dann auch der Verfassungsänderungen genug.

Mittlerweile liegen uns drei weitere Vorschläge aus den Reihen der CDU vor, die sicherlich auch wohlüberlegt und diesmal wirklich genug sind, bis uns der nächste Dreierpack - vielleicht kommt es dann auch gleich im Sechserpack - vorgelegt wird.

Ich komme nun zu Punkt 1 des CDU-Antrages. Nachdem es uns schon bei der Diskussion um das Wahlgesetz - das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen - zu unserem Bedauern nicht gelungen ist, die **Zahl der Abgeordneten** über das Wahlgesetz zu begrenzen, versuchen Sie es nun über die Verfassung. Dafür brauchen Sie sogar eine Zweidrittelmehrheit und nicht nur eine einfache Mehrheit. Da würde Ihnen selbst unsere Zustimmung nicht reichen, sondern da bräuchten Sie schon die Stimmen unseres Koalitionspartners.

Für den Fall, daß Sie bei 43 Direktwahlkreisen die Größe des Landtages in der Verfassung auf 68 Abgeordnete festschreiben wollen, garantiere ich Ihnen, daß Verfassungsanspruch und Wirklichkeit noch stärker auseinanderklaffen werden, als es überhaupt vorgekommen ist. Der Vorschlag ändert nichts an der Situation, daß bei einem entsprechenden Wahlergebnis die Zahl der Abgeordneten auf über 75 ansteigen kann. Auch die Zahl von 89 Abgeordneten, die wir in der letzten Legislaturperiode gehabt haben, kann erreicht werden. Der einzige Weg, das Parlament auf eine maximale Anzahl von Abgeordneten zu begrenzen, führt über die Reduzierung der Anzahl der Wahlkreise. Darüber haben wir aber - mit bekanntem Ergebnis - bereits diskutiert. Es sind Vorschläge gemacht und abgelehnt worden. Eine neue Legislaturperiode kommt bestimmt. Dann wird man darüber eine Diskussion führen können.

Man kann dieser Verfassungsänderung unter dem Motto zustimmen: Es schadet nicht. Aber das genügt nicht dem Anspruch, den man an eine Verfassung stellen sollte.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Holger Astrup [SPD])

Deshalb werden wir diesem Vorschlag auch nicht zustimmen.

Was Punkt 2 des CDU-Antrages angeht, so muß ich ehrlich gestehen, daß die diesbezügliche Meinungsbildung innerhalb meiner Fraktion noch nicht abgeschlossen ist. Es gibt Gründe, die dafür sprechen, und es gibt Gründe, die dagegen sprechen. So, wie sich Politik und Gesellschaft entwickelt haben, ist es üblich

geworden, Legislaturperioden in zwei wesentliche Abschnitte zu teilen: erst die unpopulären Entscheidungen und dann die Wahlgeschenke. In fünf Jahren hat man natürlich mehr Zeit, diese beiden Phasen voneinander zu trennen.

Aber es gibt auch wirklich gute Gründe. Es ist einfacher für Regierungen, längerfristige Entscheidungen zu treffen und Projekte durchzuführen, wenn sie ein Jahr mehr planbare Zeit haben. Abgeordnete haben mehr effektive Arbeitszeit, wenn man berücksichtigt, daß neue Abgeordnete eine Einarbeitungszeit brauchen und jeder Wahlkampf Zeit frißt, wobei sich die großen Parteien auch einmal fragen müssen, wieviel neue Abgeordnete sie in jeder Legislaturperiode in die Landtage schicken.

Das sind aber Effektivitätsgesichtspunkte, die man demokratischen Grundsätzen gegenüberstellen muß. Artikel 20 Grundgesetz sagt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“. Mit einer **Verlängerung der Wahlperiode** wird dieses Recht eingeschränkt. Die Möglichkeit, einen Regierungswechsel herbeizuführen, reduziert sich in 20 Jahren von fünf- auf viermal. Wie quälend lang eine Wahlperiode von vier Jahren sein kann, zeigt sich aus meiner Sicht an dieser Bundesregierung, wobei ich davon ausgehe, daß die Opposition gleiches von dieser Regierung behaupten wird.

Ich frage mich aber auch, ob dieser Antrag eher ein Ausdruck von Wahlkampfmüdigkeit oder von ungedämpftem Optimismus der Opposition ist. Trotz aller Kritik an Wahlkämpfen und daran, wie sie zum Teil geführt werden, bleibt festzuhalten: Sie führen zu einer Auseinandersetzung mit der Bevölkerung über politische Ideen und Konzepte, die man nicht unterbewerten sollte. Wahlen sind das Mittel, mit dem die „Regierten“ ihre Zufriedenheit beziehungsweise Unzufriedenheit ausdrücken und mit dem sie die demokratisch legitimierte Macht in diesem Lande verteilen.

Wir werden sicherlich im Sonderausschuß darüber zu diskutieren und zu bewerten haben, ob eine fünfjährige Amtszeit beziehungsweise eine fünfjährige Legislaturperiode wirklich zu besseren Ergebnissen führen kann. Ich hoffe, wir führen diese Diskussion mit dem Anspruch: im Zweifel für die Demokratie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn zwei das gleiche tun, ist es offensichtlich noch lange nicht dasselbe.

In der August-Tagung, also vor genau vier Wochen, debattierten wir in diesem Hohen Hause über die Änderung des Landeswahlgesetzes. Die von der F.D.P. im Ursprungsentwurf vorgeschlagene Verringerung der Zahl der Direktwahlkreise von 45 auf 37 fand vor vier Wochen keine Mehrheit. Die F.D.P. bedauert die Ablehnung ihrer Forderungen und nimmt bedauernd zur Kenntnis, daß in diesem Hohen Hause keine Mehrheit für eine **Reduzierung** der Zahl der Direktmandate vorhanden ist.

Wir sind nach wie vor der Meinung, daß mit unseren Vorschlägen eine Punktlandung bei 75 Landtagsabgeordneten zu erreichen gewesen wäre. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, vor vier Wochen haben sich SPD und Grüne gegen die Reduzierung der Zahl der Direktwahlkreise bei gleichbleibender Zahl der Abgeordneten ausgesprochen. Angesichts dieser Faktenlage finde ich es ein wenig kindisch, die Verringerung der Zahl der Abgeordnetenmandate jetzt über eine Änderung der Verfassung, für die sogar eine Zweidrittelmehrheit benötigt wird, zu fordern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und bei der SPD)

Ich glaube, mit großer Sicherheit voraussagen zu können, daß dieses Hohe Haus innerhalb so kurzer Zeit zu einem Sinneswandel nicht kommen wird.

(Zurufe der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was mich heute besonders stört - der Kollege Böttcher hat ja auf die abgelaufene Legislaturperiode verwiesen, und wir machen heute einen neuen Anlauf -, ist das Verfahren. Was ist eigentlich los in der CDU-Fraktion, Herr Kollege Kayenburg und Herr Kollege Schlie? Wozu haben wir einen Sonderausschuß „Verfassungsreform“ eingesetzt, wenn Sie anscheinend in Ihrer Fraktion Ihre eigene Reformwerkstätte

eingerrichtet haben. Welchen Hintergrund hat dieses unkoordinierte Vorgehen?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zukunftsvisionen!)

Mir erschließt sich das nicht. Wenn wir den Sonderausschuß „Verfassungsreform“ nicht in Frage stellen wollen, dann sollten wir trotz aller Terminenge versuchen, die Anträge der CDU in den Beratungsgang aufzunehmen. Ich weiß, Kollege Puls, bisher ist niemand daran gehindert worden, sich mit konstruktiven Vorschlägen unmittelbar an diesen Ausschuß zu wenden.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ausgezeichnet!)

Für meine Fraktion würde das auch deshalb Sinn machen, weil der Willensbildungsprozeß innerhalb der F.D.P.-Fraktion zumindest in der Frage der Verlängerung der Legislaturperiode noch nicht abgeschlossen ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Das ist für euch auch besonders schwer!)

Die Zurückhaltung der Liberalen in der Frage einer Parlamentsverkleinerung kommt aus der konkreten Erfahrung der täglichen parlamentarischen Arbeit.

(Holger Astrup [SPD]: Ihr müßtet eigentlich dafür sein!)

Eine weitere **Verringerung der Zahl der Abgeordneten** hätte gerade für die kleinen Fraktionen im Hohen Hause dramatische Auswirkungen; denn, Kollegin Spoorendonk - sie weiß aus eigener leidvoller Erfahrung, wovon wir reden -, die F.D.P. mit ihren vier Abgeordneten und natürlich auch die Grünen mit sechs Abgeordneten sind am Rande der **Arbeitsfähigkeit**. Wenn zukünftig die Fraktionsgrenze auf drei Mitglieder absinkt, ist an eine geregelte parlamentarische Arbeit nicht mehr zu denken.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ohne die deutliche Aufstockung der Mittel für die wissenschaftlichen Mitarbeiter der kleinen Fraktionen würde es bei einer solchen Konstellation nicht abgehen.

(Holger Astrup [SPD]: Das fehlte noch!)

Den angeblichen Kosteneinsparungen aus der Verringerung der Zahl der Abgeordneten stehen dann Mehrausgaben für Personal gegenüber, so daß dabei am Ende mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Nullsummenspiel herauskommt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Verkleinerung der Räume für die Parlamentarischen Geschäftsführer der großen Fraktionen! - Holger Astrup [SPD]: Nur aus Prinzip!)

Herr Kollege Astrup, mir leuchtet es ein, daß die SPD-Fraktion sich vehement dagegen wendet, daß der wissenschaftliche Beratungsdienst in den Fraktionen aufgestockt wird, weil Sie ja Ihre Kontrollfunktion der Regierung so ernst nehmen, daß Sie immer das nachvollziehen, was die Landesregierung macht, statt ihr auf die Finger zu klopfen, wie wir es bei der Liegenschaftsübertragung bis zum Schluß gerade gesehen haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Das fällt auf!)

Für die Bewertung des Vorschlages, die Wahlperiode auf fünf Jahre zu verlängern, gibt weder ein Blick auf die Verfassungswirklichkeit der Bundesländer noch in die Aussagen der Wissenschaft eine klare Antwort. In acht Bundesländern dauert die Legislaturperiode fünf Jahre, in den anderen acht Bundesländern einschließlich Schleswig-Holstein ist die Wahlperiode vier Jahre lang.

Ein Blick ins Ausland zeigt zudem, daß auch andere Konstellationen vorstellbar sind. In den USA wird das Repräsentantenhaus alle zwei Jahre gewählt, während für das englische Abgeordnetenhaus eine Maximaldauer für die Legislaturperiode von fünf Jahren existiert, die durch schlichten Beschluß des Premierministers jederzeit unterschritten werden darf.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Klaus Schlie [CDU])

Auch innerhalb der rechtswissenschaftlichen Literatur gibt es keine Präferenz zugunsten einer bestimmten **Dauer der Wahlperiode**. Sie soll nur im voraus bestimmt sein und innerhalb einer bestimmten Bandbreite liegen, deren Länge sich nach der Gewichtung bestimmter Funktionen der Wahl und der parlamentarischen Arbeit, also nach funktionalen Kriterien, richtet.

Soll der Stellenwert der Repräsentation und der Rückbindung an den Wählerwillen betont werden, so ist eine kurze Legislaturperiode anzustreben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Stellt man in der Argumentation mehr auf die **Arbeitsfähigkeit des Parlaments** und die Vermeidung eines permanenten Wahlkampfes ab, dann spricht einiges für eine längere Legislaturperiode.

Der Blick auf die Situation in anderen Bundesländern, ins Ausland und in die wissenschaftliche Literatur zeigt: Die optimale Länge für eine Wahlperiode gibt es nicht. Welches Argument schließlich stichhaltiger erscheint, kann nicht auf die Schnelle entschieden werden, sondern muß in einem sorgfältigen Abwägungsprozeß bestimmt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Ich möchte deshalb noch einmal für die Überweisung an den Sonderausschuß „Verfassungsreform“ plädieren, in dem wir diese Frage vielleicht etwas intensiver erörtern können.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Holger Astrup [SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als anläßlich der letzten Landtagssitzung das Wahlgesetz gegen die Stimme des SSW geändert wurde, habe ich bereits kritisiert, daß nur ein Reförmchen übriggeblieben sei. Und nun haben wir den Salat. Nun kommt gewissermaßen die Nachschiebeliste. Was die Anzahl von Mandaten betrifft, wäre die Änderung der Landesverfassung als Folge eines entsprechenden im Wahlgesetz zum Ausdruck kommenden Willens sinnvoller gewesen.

Mit den zwei weiteren Aufgaben, die dem Sonderausschuß „Verfassungsreform“ aus dem Gesetzentwurf erwachsen werden, soll zweierlei erreicht werden. Durch den Vorstoß zur **Reduzierung** der Zahl der Mandate von 75 auf 68 und deren Festschreibung in der Landesverfassung soll der Eindruck erweckt werden, als unternehme die CDU

eine ernsthafte Initiative zur Begrenzung der Anzahl von Mandaten im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Gerade das ist aber nicht der Fall. Ebenso wie die Zahl von 75 Mandaten ist auch die von 68 Mandaten nicht absolut. Solange Überhangs- und Ausgleichsmandate entstehen können, kann sich die Anzahl nach wie vor erhöhen.

Abgesehen davon wissen alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus, daß die Zahl der Mandate für den SSW geschichtlich eine gewisse Rolle spielt. Es fällt auf, daß der Gesetzentwurf der CDU die Rückkehr zu einer geraden Anzahl von Mandaten vorsieht. In diesem Punkt ist - das muß ich deutlich sagen - der SSW sehr empfindlich. Wurde doch 1979 eigens wegen des SSW die Anzahl der Mandate auf 74, also eine gerade Zahl, festgelegt. Damit wollte die CDU seinerzeit verhindern, daß dem SSW bei einer Pattsituation die Rolle als Zünglein an der Waage zukommen könnte. So weit sollte der Einfluß der Partei der dänischen Minderheit denn doch nicht reichen. Wie wir alle wissen, kam dann ja doch alles ganz anders.

Die CDU will den Landtag außerdem auf einen Zeitraum von fünf Jahren wählbar machen. Eine Meinungsbildung hierzu ist nicht ganz einfach. Wie bei den anderen Fraktionen diskutieren auch wir immer noch diese Probleme. Schließlich stehen die Argumente, die für eine **Verlängerung der Wahlperiode** sprechen, in einem ausgewogenen Verhältnis zu denen, die dagegen angeführt werden können.

Gegen die Verlängerung der Wahlperiode spricht, daß wir in einer „Zuschauerdemokratie“ leben. Die Bürger haben im Grunde genommen nur den Einfluß, der ihnen daraus entspringt, daß sie in regelmäßigen Abständen ihr Kreuz auf dem Wahlzettel anbringen können. Sicher, wir haben in unserem Bundesland auch Formen direkter demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir aber zugeben, daß der Weg über die Volksinitiative zum Volksbegehren und letztlich zum Volksentscheid in gewisser Weise dem Kampf von Don Quichote gegen die Windmühlen vergleichbar ist.

(Zurufe von der CDU)

Wenn der Grundgedanke des regelmäßigen Ganges zur Wahlurne die Ermöglichung eines Machtwechsels ist, dann sind fünf Jahre natürlich eine lange Zeit. Für eine Verlängerung der Wahlperiode spricht, daß sich mehr Ziele verwirklichen lassen würden. Das Bestreben der jeweiligen Regierung, wiedergewählt werden zu

wollen, spiegelt sich letztlich häufig in einer gewissen Untätigkeit gegen Ende der Wahlperiode wider. Unpopuläre Vorhaben nimmt man im letzten Jahr vor einer Wahl in der Regel nicht in Angriff. Diese werden am liebsten zu Anfang einer Legislaturperiode durchgesetzt in der Hoffnung, der Wähler habe sie bis zum Ende wieder vergessen.

Wie dem auch sei: Grundsätzlich steht der SSW diesem Vorschlag nicht ablehnend gegenüber. Darum kann ich für meine Fraktion auch nur sagen, daß wir der Überweisung an den Sonderausschuß natürlich zustimmen werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD] und Dr. Ulf von Hielmcrone
[SPD])

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Sonderausschuß „Verfassungsreform“ zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich geeinigt, daß jetzt nur noch die Tagesordnungspunkte aufgerufen werden, zu denen keine Aussprache vorgesehen ist, weil um 18:00 Uhr die Ausstellung eröffnet wird.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 9 auf:

Umbesetzung im Stiftungsrat der Kulturstiftung

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/950

Eine Aussprache ist - wie gesagt - nicht vorgesehen. Ich lasse also über den Wahlvorschlag abstimmen. Ich schlage offene Abstimmung vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Vertretung des Landes Schleswig-Holstein im Ausschuß der Regionen

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/951

Wahlvorschlag der Landesregierung
Drucksache 14/961

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/982

Auch hier ist eine Aussprache nicht vorgesehen. Ich lasse über die Wahlvorschläge insgesamt abstimmen. Ich schlage auch hier eine offene Abstimmung vor. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen im Lande Schleswig-Holstein im Schuljahr 1996/97

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/701

Bericht und Beschlußempfehlung des
Bildungsausschusses
Drucksache 14/937

Das Wort hat der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Dr. von Hielmcrone.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ausschuß empfiehlt Kenntnisnahme.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Auch hierzu ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Der Ausschuß empfiehlt, von dem Bericht Kenntnis zu nehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 25 auf:

Sicherung der Jugendaufbauwerke in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/758

Bericht und Beschlußempfehlung des
Sozialausschusses
Drucksache 14/952

Das Wort hat die stellvertretende Ausschußvorsitzende, Frau Abgeordnete Hunecke, als Berichterstatterin.

Gudrun Hunecke [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke der Frau Berichterstatterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist hier ebenfalls nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag der Fraktion der SPD in der vom Ausschuß empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Lage der Polizei und innere Sicherheit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/456

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 14/969

Das Wort hat der Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Der Ausschuß empfiehlt, die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Auch hier erfolgt keine Aussprache.

Wer der Empfehlung auf Kenntnisnahme zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Erneut einstimmig beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Fahndungskapazitäten der Polizei in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/659

Bericht und Beschlußempfehlung des Innen- und
Rechtsausschusses
Drucksache 14/970

Das Wort hat der Berichterstatter des Innen- und
Rechtsausschusses, der Herr Abgeordnete Maurus.

Heinz Maurus [CDU]:

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag Drucksache
14/659 für erledigt zu erklären.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es
Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.
Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wer so beschließen will, den Antrag Drucksache
14/659 für erledigt zu erklären, den bitte ich um das
Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? -
Auch das ist einstimmig beschlossen worden.

Ich rufe jetzt noch den Tagesordnungspunkt 32 auf:

Technologietransfer in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 14/516

Bericht und Beschlußempfehlung des
Wirtschaftsausschusses
Drucksache 14/972

Das Wort hat der Berichterstatter des
Wirtschaftsausschusses, der Herr Abgeordnete
Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Ich verweise auf die Vorlage
Drucksache 14/972.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es
Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.
Auch hierzu ist eine Aussprache nicht vorgesehen.

Ich lasse über den Antrag in der vom Ausschuß
empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will,
den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! -
Enthaltungen? - Auch das ist einstimmig so
beschlossen worden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der
heutigen Sitzung angelangt.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß wir morgen
früh um 10:00 Uhr mit der Beratung des
Tagesordnungspunktes 23 - Tätigkeit des
Eingabenausschusses - beginnen werden.

Weiter möchte ich Sie noch darauf hinweisen, daß um
18:00 Uhr die Ausstellung „Mecklenburg“ eröffnet
werden wird und der Präsident Sie alle noch einmal
herzlich einlädt.

Denen, die nicht zur Ausstellung kommen werden,
wünsche ich jetzt schon einen guten Heimweg und
einen guten Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17:44 Uhr